

Berliner Zustände

2020

Inhalt

INTRO

- 04** Berliner Zustände 2020 –
Einleitung der Redaktion
Simon Brost und Bianca Klose (MBR), Frank
Metzger und Kilian Behrens (apabiz)
- 10** Ein Jahr Landesantidiskrimi-
nierungsgesetz Berlin –
Meilenstein und Auftrag im Kampf
gegen Diskriminierung
Doris Liebscher (Leiterin der LADG-
Ombudsstelle)

BEITRÄGE

- 16** Kontinuitäten und neue Dimensionen
von anti-asiatischem Rassismus
Interview mit Thj Minh Huyèn Nguyễn und
Victoria Kure-Wu (#ichbinkeinvirus)
- 24** Pressefreiheit 2020: Angriffe auf
Journalist*innen in Berlin
Jörg Reichel (Landesgeschäftsführer dju in
ver.di Berlin-Brandenburg)
- 34** „Die waren das mit dem Virus“
Julia Kopp (Projektreferentin RIAS Berlin)
- 40** Der Umgang mit Verschwörungs-
erzählungen im privaten Kontext
Interview mit Anna Müller (MBR)
- 48** Hohe Angriffszahlen in Berlin
Sabine Seyb (ReachOut)
- 52** Zahlen! Zahlen?
Sabine Seyb (ReachOut)
- 53** Angriffs-Statistiken
ReachOut
- 59** (R)echte Kerle und ihre Frauen
Ulla Wittenzeller und Sarah Klemm (Dissens)
- 67** Die Muslimbruderschaft als politische
Herausforderung in Berlin
Kim Robin Stoller (Vorsitzende IIBSA)

- 73** Rassismus in Deutschland
nach George Floyd
Interne Diskussion zwischen Simone Dede
Ayivi, Tahir Della und Bafta Sarbo (ISD)
- 81** „Warum sollten wir auf der Insel
der Glückseligen leben?“
Interview mit Christoph Kopke (Professor
an der HWR Berlin)
- 86** Was ein Untersuchungs-
ausschuss bringt
Ulli Jentsch (apabiz/NSU-Watch)
und Caro Keller (NSU-Watch)
- 94** Mobilisierung für eine solidarische
Migrationspolitik von
unten im Pandemiejahr 2020
Seebrücke Berlin
- 101** „Wie viele andere, haben
wir einiges gelernt“
Interview mit Markus Tervooren
(VVN/BdA Berlin)

CHRONIK

Verteilt im Heft findet sich
die Chronik rechter, rassistischer
und antisemitischer
Angriffe in Berlin 2020
ReachOut

ANHANG

- 109** Literatur
112 Adressen
114 Impressum

Berliner Zustände 2020 Einleitung der Redaktion

Simon Brost
und Bianca Klose
(MBR), Frank
Metzger und
Kilian Behrens
(apabiz)

⇨ Staatliches Handeln benötigt eine kritische Begleitung durch die Zivilgesellschaft. Mehr noch, Politik und Verwaltung müssen durch Nachfragen und Interventionen, die vonseiten der Engagierten in dieser Stadt kommen, beständig weiter angetrieben werden, schreibt Doris Liebscher, Leiterin der Ombudsstelle zum 2020 in Kraft getretenen Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) im Vorwort zu dieser Ausgabe der „Berliner Zustände“. Ganz in diesem Sinne versteht sich der vorliegende „Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ auch in seiner vierzehnten Ausgabe als kritischer Blick auf das zurückliegende Jahr in Berlin. Wir freuen uns, dass wir trotz der Schwierigkeiten des Jahres 2020 durch Corona wieder eine Vielfalt engagierter Autor*innen und Gesprächspartner*innen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft, Initiativen und Fachprojekten für den Schattenbericht gewinnen konnten.

Die „Berliner Zustände“ waren im Jahr 2020 in mehrerlei Hinsicht geradezu erdrückend. Im Sommer 2020 begann der Prozess zum rechtsterroristischen Anschlag in Halle. Berliner Jüdinnen*Juden, die den antisemitischen Angriff in der dortigen Synagoge überlebt haben, nahmen als Nebenkläger*innen an der Verhandlung teil und begleiteten die Arbeit des Gerichts mit ihren kritischen Stimmen. Wie auch der Prozess gegen den neonazistischen Mörder des hessischen Kommunalpolitikers Walter Lübcke, endete auch der Halle-Prozess mit einer Verurteilung zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe. Zu den rechtsterroristischen und rassistischen Morden in Hanau im Februar 2020, die viele Berliner*innen erschütterten, wird es nach dem Suizid des Attentäters hingegen keine öffentliche Verhandlung geben. Die Trauer, Wut und Verunsicherung derjenigen, die direkt oder auch potenziell von diesem mörderischen Rassismus betroffen sind, übersetzte sich in Berlin in eine breite (post-)migrantische Organisation, die durch Mobilisierungen auf den Straßen eine kritische Öffentlichkeit herstellte.

Die Dynamik nicht nur dieser Mobilisierung wurde bald darauf durch die Corona-Pandemie und die ab März 2020 greifenden Maßnahmen zu ihrer Eindämmung ausgebremst. Wie kein anderes Thema hatten die globale Pandemie und ihre Auswirkungen das gesellschaftliche Leben im vergangenen Jahr über weite Strecken fest im Griff. Die Konsequenzen trafen die gesamte Berliner Zivilgesellschaft und Initiativenlandschaft – und damit auch die herausgebenden Projekte – hart und erschwerten die Arbeit. Ohne die etablierten Ausdrucksformen und die analogen Austausch-

und Anlaufmöglichkeiten machte sich zunächst ein Gefühl der Handlungsunfähigkeit breit. Nicht nur die Umstellung auf das mittlerweile allgegenwärtige „Homeoffice“, sondern auch die Sorge um die eigene Gesundheit und die von Familie und Freund*innen machte vielen Engagierten zu schaffen. Die Gewöhnung an neue Kommunikationsmedien nahm vielerorts die ersten Wochen und Monate der Pandemie in Anspruch.

Gleichzeitig blieben diejenigen, welche die Maßnahmen zur Einschränkung der Pandemie mit Verschwörungserzählungen und Rassismus beantworteten, nicht untätig. Im Frühjahr 2020 häuften sich auch in Berlin Angriffe gegen als asiatisch gelesene Menschen, die für die Entstehung und Verbreitung des Virus verantwortlich gemacht wurden. Thị Minh Huyền Nguyễn und Victoria Kure-Wu, zwei der Initiator*innen von #ichbinkeinvirus, verweisen im Interview mit den „Berliner Zuständen“ aber auch auf die traurige Kontinuität von anti-asiatischem Rassismus, von den Ursprüngen des deutschen kolonialen Rassismus über den tödlichen Angriff auf Nguyễn Văn Tú in Marzahn-Hellersdorf 1992 und die pogromartigen Ausschreitungen in Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992) bis zu den Morden in Atlanta (USA) im März 2021. Mit #ichbinkeinvirus haben sie im Frühjahr 2020 eine Plattform geschaffen, auf der Betroffene Erfahrungsberichte veröffentlichen, Kontakt zu Beratungsstellen herstellen und empowernde Netzwerke knüpfen können. Etwa zur gleichen Zeit, Ende März 2020, gab es am Rosa-Luxemburg-Platz die erste sogenannte Hygienedemonstration. Seitdem fanden mitunter mehrfach wöchentlich Versammlungen unterschiedlicher Größe gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie statt. Die Teilnehmenden spielten die Gefahr des Virus herunter, und etliche leugneten sie sogar. Es war und ist bis heute ein sehr heterogenes und auf den ersten Blick irritierendes Miteinander, das oft unter der (Selbst-)Bezeichnung „Querdenken“ zusammengefasst wird. Unter den Teilnehmenden sind Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen und sozioökonomischen Verhältnissen, aus allen Altersgruppen und in einem relativ ausgewogenen Geschlechterverhältnis. Viele waren vorher politisch inaktiv und haben sich in den vergangenen Monaten oft sehr schnell radikalisiert. Ohne Berührungängste demonstrierten sie gemeinsam mit Neonazis, Reichsbürger*innen, Impfgegner*innen, Esoteriker*innen und christlichen Fundamentalist*innen. Auch linke oder zumindest sich als links verstehende Friedens- und Umweltaktivist*innen sowie Kul-

turschaffende waren darunter. Artikuliert wurde in einer Mischung aus Verschwörungsideologien und NS-Relativierung eine oft aggressive Regierungs- und Demokratiefeindlichkeit sowie eine Wissenschafts- und Medienfeindlichkeit. Für diese Ausgabe der Berliner Zustände hatten das apabiz und die MBR einen gemeinsamen Artikel dazu geplant. Aufgrund der dynamischen Entwicklung wird dieser nicht in der Printausgabe, sondern in Kürze digital auf rechtsausen.berlin und mbr-berlin.de erscheinen.

Wie kein anderes Thema hatten die globale Pandemie und ihre Auswirkungen das gesellschaftliche Leben im vergangenen Jahr über weite Strecken fest im Griff.

Die Aggressionen und Anfeindungen bei diesen Demonstrationen richteten sich u. a. gegen Vertreter*innen der angeblich „gleichgeschalteten Medien“. Die damit einhergehenden Einschränkungen der Pressefreiheit und die Angriffe auf Journalist*innen beschreibt in seinem Artikel Jörg Reichel von der Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di (dju), der Medienvertreter*innen regelmäßig bei ihrer Arbeit im Rahmen dieser Versammlungen begleitet hat. Er vertritt die These, dass das Entstehen der Corona-Proteste ohne ihre Live-Übertragung durch rechtsextreme Videoaktivist*innen auf YouTube nicht möglich gewesen wäre. Reichel stellt heraus, dass diese Videoaktivist*innen nicht für sich in Anspruch nehmen können, einer journalistischen Tätigkeit nachzugehen. Sie verstießen fortlaufend gegen die journalistischen Grundsätze der Unabhängigkeit und Sorgfaltspflicht,

indem sie eine berichtende Darstellung der Ereignisse mit einer konkreten Einflussnahme auf ein Demonstrationsgeschehen vermischten, da sie zugleich teilnahmen und sich mit dem Geschehen identifizierten. Beobachtet hat Reichel zudem, dass die Medienaktivist*innen die Arbeit professioneller Journalist*innen behindern und sie teilweise antisemitisch markieren und diffamieren. Das ist nicht verwunderlich, denn antisemitische Verschwörungsmymen und Post-Schoa-Antisemitismus, die sich u. a. auf mitgeführten Schildern und auf getragenen Kleidungsstücken zeigten, sind Elemente, welche die versammelten Akteur*innen einen – so analysiert Julia Kopp von der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS Berlin). RIAS Berlin dokumentierte bereits im April 2020 die ersten antisemitischen Artikulationen im Rahmen der Corona-Versammlungen. Antisemitismus mit Bezug zur COVID-19-Pandemie begegnete Jüdinnen*Juden von Beginn an aber auch unmittelbar in ihrem privaten Umfeld – online, in Alltagssituationen und im eigenen Wohnhaus. Dass die Auseinandersetzung mit teilweise offen antisemitischen Verschwörungserzählungen mit der Pandemie zunehmend Einzug in Familien und Freund*innenkreise auch vieler nicht-jüdischer Berliner*innen hielt, berichtet Anna Müller von der MBR aus ihrer Beratungsarbeit. Besonders viele Anfragen dazu haben die MBR im Sommer 2020 erreicht, als die Corona-Proteste

auf der Straße einen Höhepunkt erlebten. Müller beschreibt die Auseinandersetzungen, denen schon allein aufgrund der persönlichen, emotionalen und oft auch räumlichen Nähe kaum ausgewichen werden kann, als sehr belastend für viele Beratungsnehmende. Die MBR bestärkte in ihrer Beratung diese Menschen darin, der eigenen Wahrnehmung zu vertrauen, wenn verschwörungsideologische Äußerungen als problematisch empfunden werden, minderheitenfeindlichen Positionen stets zu widersprechen und nicht zuletzt aus Eigenschutz auch im Privaten Grenzen zu setzen. Die eine richtige Strategie, die in jedem Kontext greife, gebe es aber nicht, so Müller, daher plädiert sie für eine Kombination aus verschiedenen Ansätzen.

Eine ebenfalls beunruhigende Bilanz des Jahres 2020 zieht ReachOut. Trotz Pandemie und zweier Lockdowns ist die Zahl der von der Beratungsstelle für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt registrierten Angriffe mit insgesamt 357 hoch geblieben. Obwohl deutlich weniger Menschen in der Stadt unterwegs gewesen seien, habe es zahlreiche brutale Angriffe im öffentlichen Raum gegeben. ReachOut deutet dies als Hinweis darauf, dass die Aggressivität und die Enttabuisierung von Gewalt gegen ausgegrenzte und diskriminierte Bevölkerungsgruppen weiter zunehmen. Allein 93 Angriffe sind nach der Zählung von ReachOut aus einer LGBTIQ*-feindlichen Motivation heraus begangen worden. LGBTIQ*-Feindlichkeit und Hass gegen diejenigen Frauen, die andere Lebenswege gehen oder sich gegen Kinder entscheiden, sowie Hass gegen alle nicht normativ lebenden Personen aller Geschlechter sind ein fester Bestandteil extrem rechter Geschlechterpolitiken. Diese Politiken hat der Text von Ulla Wittenzellner und Sarah Klemm, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen bei Dissens – Institut für Bildung und Forschung e.V., zum Gegenstand. Zu den zentralen Bestandteilen extrem rechter Weltbilder zählt auch der Antifeminismus. Extrem rechte Akteur*innen richten sich hier in organisierter und strategischer Form gegen Errungenschaften und Forderungen gleichstellungsorientierter und emanzipatorischer Bewegungen sowie gegen die Anerkennung der real existierenden Vielfalt von Geschlechtern, sexuellen Identitäten und Lebensweisen. Nach Einschätzung der Autorinnen versuchen sie dabei an Geschlechterbilder des gesellschaftlichen Mainstreams anzuknüpfen und (extrem) rechte Ideologien auf diese Weise anschlussfähiger zu machen. Dass LGBTIQ*-Feindlichkeit nicht nur

In Auseinandersetzungen hielten zunehmend offen antisemitische Verschwörungserzählungen Einzug in Familien und Freund*innenkreise nicht-jüdischer Berliner*innen.

im Rechtsextremismus beheimatet ist, sondern auch von reaktionären, islamistischen Strukturen ausgeht, zeigt Kim Robin Stoller, Vorsitzende des Internationalen Instituts für Bildungs-, Sozial- und Antisemitismusforschung (IIBSA), in ihrem Artikel zur Muslimbruderschaft. Sie thematisiert den Widerspruch zwischen einerseits der demonstrativen Dialoghaltung von Strukturen, die der Muslimbruderschaft nahe stehen, gegenüber jüdischen Organisationen in Deutschland, und andererseits der Beteiligung an der Organisierung internationaler israelfeindlicher Demonstrationen sowie diskriminierenden Haltungen gegenüber nationalen und religiösen Minderheiten in den Ursprungsregionen dieser Organisation. Stoller ordnet dieses zwiespältige Vorgehen als Teil einer legalistischen Strategie zur Legitimierung islamistischer Strukturen ein und warnt in diesem Zusammenhang vor den Versuchen dieser Akteur*innen, insbesondere die Arbeit gegen antimuslimischen Rassismus zu vereinnahmen.

Die Gefahr solcher Vereinnahmungen ist gewachsen in einem Jahr, in dem antirassistisches Engagement erfreulich an Breite gewonnen hat und verstärkt in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt ist. Nach dem Mord an dem Schwarzen US-Amerikaner George Floyd durch einen weißen Polizisten am 25. Mai in Minneapolis erhielt die „Black Lives Matter“-Bewegung auch international Auftrieb und übte laute Kritik an rassistischer Gewalt durch Polizist*innen. Am 6. Juni 2020 versammelten sich mehr als 15.000 Menschen am Berliner Alexanderplatz zu einer der größten antirassistischen Demonstrationen der letzten Jahre. Simone Dede Ayivi, Tahir Della und Bafta Sarbo von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) geben in den „Berliner Zuständen“ Einblicke in ihre aktuellen Diskussionen über die Geschehnisse dieses Sommers und ihre Bilanz zu den bewegten Debatten des vergangenen Jahres. Ihr Blick geht dabei über die ursprünglichen Ereignisse hinaus, und sie stellen die Frage in den Raum, ob die Arbeit der Polizei in ihrer jetzigen Form Menschen, die von Rassismus betroffen sind, überhaupt gerecht werden kann. Sie kritisieren dabei einen strukturellen Rassismus bei der Polizei und beschreiben eine Ungleichheit in der polizeilichen Gewaltausübung, beispielsweise im Rahmen von Demonstrationen. Christoph Kopke, Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR), kommentiert im Interview die Debatte um rechtsextreme und rassistische Vorfälle in der Polizei vor dem Hintergrund seiner eigenen Erfahrungen bei der Aus-

Trotz Pandemie und zwei Lockdowns ist die Zahl der registrierten Angriffe hoch geblieben.

bildung angehender Polizist*innen in Berlin. Er nimmt ein großes Interesse seiner Studierenden am Thema „Rechtsextremismus in der Polizei“ wahr, das an der Hochschule mit gesonderten Veranstaltungen bedient werde. Generell müsse sich die Polizei gegenüber Kritik viel stärker öffnen. Gleichzeitig sei es aber diesem Anliegen nicht förderlich, die Beamt*innen unter Generalverdacht zu stellen. Kopke betont, dass es für die Stärkung einer internen demokratischen Kultur mittel- und langfristiger Maßnahmen bedürfte, die die Menschen in der Polizei mitnähmen.

Nicht mitgenommen fühlen sich viele Betroffene der rechtsextremen Angriffsserie in Neukölln. Sie haben vielfach den Glauben an einen Ermittlungserfolg von Polizei und Staatsanwaltschaft verloren und setzen auf eine Aufklärung durch das Parlament. Ulli Jentsch (apabiz/NSU-Watch) und Caro Keller (NSU-Watch) gehen in ihrem Beitrag der Frage nach, was ein Untersuchungsausschuss im Berliner Abgeordnetenhaus in diesem Zusammenhang leisten könnte, und definieren Voraussetzungen für dessen Erfolg. Dabei nehmen sie Bezug auf die Erfolge sowie auf die Schwierigkeiten derjenigen parlamentarischen Ausschüsse, die es bereits im Zuge der Aufarbeitung des NSU-Komplexes gegeben hat. Mit Blick auf die heutige Situation in Neukölln betonen Keller und Jentsch, ein Untersuchungsausschuss könne nur ein einzelner Baustein innerhalb der notwendigen Aufklärung sein. Sie werfen auch einen Blick zurück auf unheilvolle Kontinuitätslinien erfolgloser Ermittlungen zu rechtsterroristischen Angriffen in Berlin und verweisen auf das Beispiel des antikommunistischen Anschlags von Ekkehard Weil auf einen Sowjetsoldaten im Jahr 1970.

Von der Pandemie häufig verdeckt wurde die Situation an den EU-Außengrenzen, insbesondere die katastrophalen humanitären Bedingungen, unter denen Geflüchtete, die in Moria und in anderen Lagern in Griechenland festsitzen, leben müssen. Die pandemiebedingten Einschränkungen des öffentlichen Lebens erschwerten es Initiativen wie der Seebrücke, eine kritische Öffentlichkeit für das Thema zu schaffen. Die Berliner Ortsgruppe der Seebrücke ging daher neue Wege und veranstaltete ihre erste Online-Demo. Viel Anklang fanden auch dezentrale Mitmach-Aktionen, bei denen Menschen mit Bannern in Fenstern und an Balkonen ihre Solidarität mit Menschen auf der Flucht im öffentlichen Raum sichtbar machten. Vor ganz ähnlichen Herausforderungen stand im Pandemiejahr 2020 die Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), für die 2020 ein ganz besonderes Jahr hätte werden sollen. Die Gedenkveranstaltungen und Befreiungsfeierlichkeiten rund um den 75. Jahrestag der militärischen Niederschlagung des nationalsozialistischen Deutschlands konnten nicht wie geplant in größerem Rahmen durchgeführt werden. Den letzten überlebenden Zeitzeug*innen war ein Auftritt vor einem größeren Publikum nicht möglich. VVN-BdA-Landesgeschäftsführer Markus Tervooren kann dennoch von hunderten Orten in Berlin berichten, an denen Menschen mit Blumen, kleinen Schildern und Plakaten den Opfern des Faschismus, den Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand und den sowjetischen Befreier*innen gedachten. Die Social-Media-Kanäle der Berliner VVN-BdA dokumentierten das individuelle Gedenken mit einer bis dahin ungekannten Reichweite. Unerfüllt bleibt hingegen bislang die Forderung der Vereinigung, den 8. Mai in Berlin zu einem gesetzlichen Feiertag zu machen.

Als Redaktion der „Berliner Zustände“ hoffen wir auf ein Jahr 2021 mit vielen Gründen zum Feiern, ob an einem neuen Feiertag oder aus Anlass von Erfolgen der Berliner Zivilgesellschaft. Wir hoffen, dass wir und mit uns alle Engagierten bald die Belastungen durch die Corona-Pandemie abschütteln und in eine unbeschwertere und sorgenfreiere Zukunft starten können. Wir danken allen Autor*innen, Initiativen und Projekten, die trotz aller Einschränkungen mit ihren Beiträgen zum Erscheinen der vorliegenden Ausgabe beigetragen haben. Unser Dank gilt außerdem unseren Kolleg*innen Patricia Zhubi (apabiz), Isabella Greif und Nina Rink (MBR) für ihre redaktionelle Unterstützung auf den letzten Metern

sowie Lisa Klinkenberg (Büro Achso) für Layout und Gestaltung und Birgit Lulay für das Lektorat. Darüber hinaus gilt unser Dank all jenen, die sich trotz aller Widrigkeiten und Gefahren, diskriminierenden Anfeindungen und politischen Angriffen auf den unterschiedlichsten Ebenen widersetzen und für ein demokratisches und solidarisches Miteinander stark machen – in Berlin und darüber hinaus. Euer Engagement ist von unschätzbarem Wert, macht Mut und vermittelt Hoffnung, in diesen Auseinandersetzungen nicht allein zu sein und etwas zum Besseren hin bewirken zu können. Wir möchten diese Stelle auch dafür nutzen, den Todesopfern rechter Gewalt zu gedenken. Ihnen gilt unsere Trauer, ihren Hinterbliebenen unser Mitgefühl. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass sie nicht vergessen werden!

Wir wünschen allen Lesenden eine anregende Lektüre der „Berliner Zustände 2020“ sowie alles Gute und vor allem Gesundheit. ↩

Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe in Berlin 2020

1 1. JANUAR 2020, BERLIN-SPANDAU: Gegen 1.25 Uhr wird ein 26-jähriger Mann in einem Wohnhaus im Cosmarweg in Staaken von einem 40-jährigen Nachbarn rassistisch beleidigt und bedroht. Der 40-Jährige hatte die Wohnung der Freundin des 26-Jährigen ohne deren Zustimmung betreten. Als er der Wohnung verwiesen wird, versucht der Nachbar den 26-Jährigen anzugreifen. Polizei Berlin 03.03.2020

2 1. JANUAR 2020, BERLIN-WEDDING, U-BAHNHOF PANKSTRASSE: Ein 29-jähriger Mann und sein Begleiter werden gegen 6.30 Uhr im U-Bahnhof aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt, mit einer chemisch riechenden Flüssigkeit besprüht und verletzt. Polizei Berlin 03.03.2020

3 1. JANUAR 2020, BERLIN-NEUKÖLLN: Eine 27-jährige Frau wird gegen 20.00 Uhr in der Mahlower Straße von ihrem 35-jährigen Bruder aus LGBTIQ*feindlicher Motivation bedroht und ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin 06.04.2020

4 2. JANUAR 2019, BERLIN-NEUKÖLLN BUSHALTESTELLE: Gegen 13.30 Uhr wird ein unbekannter Mann im Bus der Linie M29 von drei Männern aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus beleidigt. An der Pannier- Ecke Pflügerstraße verlassen die vier Männer den Bus. Der Unbekannte wird von den Angreifern zu Boden gestoßen, mehrmals getreten und verletzt. Drei Zeug*innen greifen verbal ein. Polizei Berlin 03.01.2020, Tagesspiegel 03.01.2020, Berliner Morgenpost 03.01.2020, islamiq.de 04.01.2020

5 6. JANUAR 2020, BERLIN-CHARLOTTENBURG, U-BAHNHOF KURFÜRSTENDAMM: Ein 30-jähriger Mann wird gegen 21.20 Uhr beim Aussteigen aus der U9 von einem einsteigenden Mann antisemitisch beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin 07.01.2020, Die Zeit 07.01.2020, Berliner Morgenpost 07.01.2020

6 7. JANUAR 2020 BERLIN-NEUKÖLLN: Eine Person wird rassistisch motiviert angegriffen. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht. ReachOut

7 7. JANUAR 2020 BERLIN-CHARLOTTENBURG: In der Nacht wird einem 45-jährigen

wohnungslosen Mann, der im Vorraum einer Bankfiliale in der Otto-Suhr-Allee schläft, das Hosenbein angezündet. Der Mann erleidet schwere Brandverletzungen. Polizei Berlin 07.01.2020, Berliner Morgenpost 07.01.2020, Berliner Kurier 07.01.2020, rbb24 07.01.2020

8 7. JANUAR 2020, BERLIN-KREUZBERG U-BAHNLINIE 1: Gegen 12.00 Uhr wird ein 26-jähriger Mann in der U-Bahn zwischen den Bahnhöfen Möckernbrücke und Gleisdreieck von einem 30-jährigen Mann aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin 07.01.2020, Tagesspiegel 07.01.2020, Berliner Morgenpost 08.01.2020, Süddeutsche Zeitung 08.01.2020

9 7. JANUAR 2020 BERLIN-KREUZBERG: Ein 32-jähriger Mann wird gegen 14.40 Uhr im Viktoriapark von einem 30-jährigen Mann aus LGBTIQ*feindlicher Motivation mit einem Pflasterstein gegen den Kopf geschlagen und verletzt. Polizei Berlin 08.01.2020, Berliner Morgenpost 08.01.2020, queer.de 08.01.2020, pnr24-online.de 09.01.2020

10 7. JANUAR 2020 BERLIN-TIERGARTEN: Gegen 14.50 Uhr wird ein 68-jähriger Mann in der Nähe des Deportationsmahnmals an der Putlitzbrücke aus einer Gruppe von Jugendlichen heraus antisemitisch beleidigt und ihm wird in den Schritt gefasst. Polizei Berlin 08.01.2020, Tagesspiegel 08.01.2020, Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

11 8. JANUAR 2020 BERLIN-CHARLOTTENBURG, U-BAHNHOF KURFÜRSTENDAMM: Eine 59-jährige Frau, die ein Kopftuch trägt, wird gegen 18.50 Uhr auf dem U-Bahnhof von einem unbekanntem Mann aus antimuslimischer Motivation beleidigt und mit einer Tasche gegen den Kopf geschlagen. Der 59-Jährigen wird am Kopftuch gezerrt und sie wird bespuckt. Polizei Berlin 03.03.2020

12 10. JANUAR 2020 BERLIN-ZEHLENDORF: Ein 20-jähriger Transmann wird gegen 16.45 Uhr am Königsweg Ecke Am Waldhaus in Nikolassee von einem Mann aus LGBTIQ*feindlicher Motivation ins Gesicht geschlagen und verletzt. Polizei Berlin 11.01.2020, Tagesspiegel 11.01.2020, queer.de 11.01.2020, rbb24.de 11.01.2020

Ein Jahr Landesanti- diskrimi- nierungsgesetz Berlin: Meilenstein und Auftrag im Kampf gegen Diskriminierung

Vorwort zu den
Berliner
Zuständen 2020

Doris Liebscher
(Leiterin der
LADG-
Ombudsstelle)

⇨ Seit dem 21. Juni 2020 hat Berlin ein Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG). Es gilt zusammen mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) als Meilenstein der Antidiskriminierungsgesetzgebung in Deutschland. Kurz vor seiner Verabschiedung wurde das LADG noch zum Politikum. Polizeigewerkschaften, der Beamtenbund und sogar der Bundesinnenminister agitierten dagegen, es stelle Beschäftigte der Verwaltung unter Generalverdacht und die Beweislastregelung lade zum Missbrauch ein. Ganz ähnlich hatten Arbeitgeber- und Vermieterverbände 2006 bei der Verabschiedung des AGG argumentiert. Damals hatte ich gerade das Antidiskriminierungsbüro Sachsen in Leipzig mitgegründet. Seit September 2020 leite ich die LADG-Ombudsstelle bei der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung. Das sind zwölf Monate Erfahrungen mit einem Gesetz, das sich vor allem in seiner praktischen Anwendung beweisen muss. Eine kritische Zivilgesellschaft spielt dabei eine wichtige Rolle. Dazu zählen Organisationen wie die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland (ISD) und ReachOut, die auf Rassismus in Behörden aufmerksam machen, aber auch solche, die auf die Situation geflüchteter Menschen hinweisen, deren Diskriminierungsrisiko in der Pandemie noch weiter gestiegen ist.

Antidiskriminierungs- recht ist erkämpft und umkämpft

Das Antidiskriminierungsrecht verfolgt die Absicht „Angehörige strukturell diskriminierungsgefährdeter Gruppen vor Benachteiligung zu schützen“, so hat es das Bundesverfassungsgericht 2017 sehr schön in der Entscheidung zum Recht auf die Option eines dritten Geschlechtseintrages formuliert. Solches Recht fällt nicht vom Himmel, es wird erkämpft und ist umkämpft. Hier steht das LADG in einer Bürgerrechtstradition. Der Civil Rights Act von 1964 war ein von der Schwarzen Bürgerrechtsbewegung erkämpfter Meilenstein antirassistischer Gesetzgebung in den USA. Den Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ in Artikel 3 Grundgesetz verdanken wir dem Kampf, den 1949 vier Parlamentarierinnen unterstützt von außerparlamentarischen Frauenzusammenschlüssen und autonomen Feministinnen führten. Behinderte Menschen erkämpften,

dass seit 1994 – endlich – der Satz „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ in Artikel 3 Grundgesetz steht. Lesben, Schwule, Trans- und Interpersonen haben dafür gekämpft, dass heute Regenbogenfamilien und nichtbinäre Menschen Rechte haben, an die 1949 und 1994 noch nicht zu denken war. Dem Kampf Schwarzer Menschen in Deutschland verdanken wir Gerichtsentscheidungen, die klarstellen, dass Racial Profiling gegen das Verbot rassistischer Diskriminierung in Artikel 3 Grundgesetz verstößt. Ohne den Einsatz der Berliner Zivilgesellschaft, vom Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB) des Türkischen Bunds Berlin-Brandenburg (TBB) über die Landesvereinigung Selbsthilfe bis zur Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) würde es auch das LADG in seiner heutigen Form nicht geben. Das Projekt hat aus der Zivilgesellschaft viel Rückenwind erhalten, zugleich gab es im Rahmen einer Verbändeanhörung auch Kritik und Änderungsvorschläge, die das Gesetz mit Blick auf den Schutzzumfang noch verbessert haben.

2020 war aber auch das Jahr einer neuen antirassistischen Bewegung – getragen von Black Lives Matter und von einer postmigrantischen Organisation nach den Anschlägen von Halle und von Hanau. In einer noch nie dagewesenen Offenheit und Grundsätzlichkeit wird seither über institutionellen Rassismus gesprochen – nicht nur, aber auch in den Sicherheits- und Justizbehörden. Das LADG ist Teil dieser Debatte, es ist ein Symbol für eine neue politische Kultur geworden, in der Diskriminierung und tradierte Ungleichheit auf dem Prüfstand stehen.

Es geht nicht um Extremismus – es geht um Strukturen

Sexistische, heteronormative, rassistische, antisemitische, ableistische und klassistische Weltbilder gibt es nicht nur bei der organisierten extremen Rechten. Sie sind weit verbreitet, auch in öffentlichen Institutionen. Mit einem Ansatz, der Rassismus, Antisemitismus und andere Ideologien der Ungleichwertigkeit, die den Nährboden für Diskriminierung bilden, als Problem „extremer Ränder“ oder als Relikt der Vergangenheit begreift, lassen sie sich nur schlecht thematisieren – und Thematisierung ist der erste Schritt zur Veränderung. Das LADG

signalisiert hier ganz unmissverständlich: Wir als Gesellschaft wollen Betroffene umfänglich vor Diskriminierung schützen, auch unabhängig davon, ob diese feindselig erfolgt. Es geht nicht um Extremismus, es geht um alle. Und es geht nicht (nur) um Hass, dafür ist das Strafrecht zuständig. Es geht um alltägliche Benachteiligungen und Ausschlüsse, um eingespielte Routinen und unhinterfragte Abläufe – um Strukturen.

Diskriminierung kommt vor – überall

Seit Juli 2020 erreichten die LADG-Ombudsstelle über 300 Beschwerden, bei denen eine Verletzung des LADG gerügt wurde. Die meisten davon betrafen Diskriminierungen wegen rassistischen Zuschreibungen bzw. der ethnischen Herkunft. Typische Beispiele sind hier Beschwerden gegen die Polizei im Rahmen von Kontrollen im öffentlichen Raum oder bei Nachbarschaftskonflikten und Diskriminierungen bei der Fahrausweiskontrolle im Öffentlichen Personennahverkehr. Auch Gewalterfahrungen spielten dabei mitunter eine Rolle. Zu rassistischen oder sprachbezogenen Diskriminierungen kam es auch in der Schule, Hochschule und bei Ämterterminen. Schwarze Menschen und muslimisch gelesene Menschen waren hiervon besonders betroffen, aber auch asiatisch gelesene Menschen berichteten uns von Kontrollen, die, so ihre Vermutung, mit ihrem Äußeren zu tun hatten. An zweiter Stelle stehen bei der Ombudsstelle bislang Diskriminierungen wegen Behinderungen oder chronischer Krankheit. Hier führt die Pandemie zu einer stärkeren Benachteiligung von Menschen, die beim Krisenmanagement öffentlicher Einrichtungen, seien es Unis, Bibliotheken oder Impfcenter, oft nicht mitgedacht werden. Andere Beschwerden betreffen das Geschlecht und die geschlechtliche Identität, hier geht es oft um falsche Ansprache durch Behörden oder öffentliche Einrichtungen. An vierter Stelle kommen, mit steigender Tendenz, Diskriminierungen wegen des sozialen Status – und auch dabei wirkt sich die Pandemie verstärkt diskriminierend aus, zum Beispiel auf alleinerziehende Mütter, Hartz-IV-Empfänger*innen, Gefangene in den JVs oder obdachlose Menschen. In all diesen Fällen zeigt sich zweierlei: Es ist aus Betroffenenansicht ein immens wichtiges Signal, dass es ein Gesetz und eine staatliche Stelle gibt, die Diskriminierung ernst nimmt. Aus Sicht der Verwaltung zeigt sich, dass nun,

wo das Gesetz einmal da ist, auch gut damit gearbeitet wird: Unsere Bitten um Stellungnahmen werden beantwortet, Lösungen werden gesucht, neugierige und kontroverse Diskussionen über Diskriminierung werden geführt. Auch wenn uns das manchmal nicht schnell genug geht, im Vergleich zur Implementierung des AGG kommt es mir oft so vor, als trügen wir Sieben-Meilen-Stiefel. Doch es erreichen uns auch Beschwerden von Coronaleugner*innen, die keine Maske tragen wollen und mit Gefälligkeitsattesten operieren, das ist der bislang einzige „Missbrauch“ des Gesetzes – und hier grenzen wir uns klar ab. Hieran zeigt sich wiederum die Bedeutung von Initiativen wie der MBR, des apabiz und RIAS Berlin, die auf Verschwörungsmythen und Antisemitismus bei den Corona-Protesten hinweisen.

Auf die Rechtsdurchsetzung kommt es an

Das LADG hat nicht nur Abwehr, sondern auch große Erwartungen hervorgerufen. Nicht alle wird es erfüllen können, das hat viel mit den Rahmenbedingungen der Durchsetzung von Antidiskriminierungsrecht zu tun. Hier ist eine kritische Begleitung der Zivilgesellschaft gefragt, damit sich Politik und Verwaltung nicht auf dem LADG ausruhen. Das LADG ist kein Feigenblatt, es ist ein Auftrag. Der Auftrag lautet, „die tatsächliche Herstellung und Durchsetzung von Chancengleichheit, die Verhinderung und Beseitigung jeder Form von Diskriminierung sowie die Förderung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt“ (§ 1 LADG) in die soziale Wirklichkeit zu übersetzen. In dieser Wirklichkeit haben es Angehörige strukturell diskriminierungsgefährdeter Gruppen beim Zugang zu Recht oft schwerer. Das zeigt sich, wenn Betroffene von Racial Profiling sich nicht selbst beschweren, sondern über Unterstützer*innen, weil sie dem Recht und den staatlichen Institutionen wegen schlechter Vorerfahrungen nicht vertrauen. Das zeigt sich auch, wenn armen und alten Menschen eine Beschwerde in Zeiten der Pandemie viel schwerer fällt, weil sie kein Handy haben und keinen Internetzugang. Das zeigt sich, wenn alleinerziehende Mütter schlicht keine Zeit finden, sich zu beschweren. Auch der angespannte Wohnungsmarkt und die dramatische Mietpreisentwicklung produzieren zusätzliche Diskriminierungsrisiken für einkommensschwache und behinderte Menschen, für

Alleinerziehende oder kinderreiche Familien; rassistische Zuschreibungen kommen hier erschwerend hinzu. Antidiskriminierungspolitik und Maßnahmen für mehr sozioökonomische Gleichheit müssen deshalb zusammengedacht werden. Ein Mietendeckel wäre also auch antidiskriminierungsrechtlich sinnvoll.

Wichtig sind auch niedrigschwellige Anlaufstellen, damit das LADG kein Papiertiger bleibt. Deshalb kooperiert die Ombudsstelle von Anfang an mit Beratungsstellen und Selbstorganisationen, wie ADNB, EOTO, Amaro Foro, OFEK, ReachOut und vielen mehr in Berlin, denn effektive Rechtsdurchsetzung geht besser zusammen.

Die unangenehmen Fragen stellen

Mit Blick auf die Rechtsdurchsetzung zeigt sich bisher auch, dass die im Vorfeld viel diskutierte Beweislasteichterung in der Praxis meist nicht ausreicht, wenn Aussage gegen Aussage steht. Nicht jede Diskriminierungserfahrung lässt sich so belegen, dass eine Klage aussichtsreich erscheint. Publikationen wie die Berliner Zustände zeigen strukturelle Diskriminierung und deren Hintergründe aus der Perspektive der Betroffenen auch an den Stellen auf, wo sich eine Diskriminierung formalrechtlich nicht beweisen lässt. Hier zeigt sich, kritische Zivilgesellschaft fragt weiter und lässt nicht locker, wenn die Arbeit von Institutionen wie der Ombudsstelle bereits am Ende ist oder wenn Betroffene aus Mangel an Vertrauen in staatliche Stellen nicht den Weg zur Ombudsstelle finden. Zum Beispiel tauchten Rom*nja und Sint*izze bis 2017 in der polizeilichen Kriminalstatistik des Landes Berlin noch unter dem Punkt »Trickdiebstahl« auf. Die Berliner Datenschutzbeauftragte rügte solche Erfassungen. Sie sind auch nach dem LADG klar rechtswidrig. Hier, aber auch mit Blick auf andere Formen des Racial Profiling, ob an sogenannten kriminalitätsbelasteten Orten oder in Shishabars, ist die kritische Zivilgesellschaft gefragt, noch stärker mit dem LADG zu arbeiten. Diskriminierung muss problematisiert und sichtbar gemacht werden und sie muss sorgfältig dokumentiert werden, damit Beschwerden zu struktureller Veränderung führen. Schattenberichte, wie Berliner Zustände, die Missstände mutig offenlegen, unangenehme Fragen stellen und die Perspektive der Betroffenen an die erste Stelle setzen, sind dafür unabdingbar. ↩

13 11. JANUAR 2020 BERLIN-PRENZLAUER BERG, S-BAHN: Gegen 23.25 Uhr wird ein unbekannter Mann in der S-Bahn in der Nähe des Bahnhofs Storkower Straße von drei unbekanntenen Personen rassistisch beleidigt und angegriffen, indem sie seinen Kopf gegen die Trennscheibe schlagen. Polizei Berlin 19.10.2020

14 13. JANUAR 2020 BERLIN-LICHTENBERG: Eine Person wird rassistisch motiviert angegriffen. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht. Reach-Out

15 14. JANUAR 2020 BERLIN-SCHÖNEBERG: Gegen 15.45 Uhr wird ein 72-jähriger Mann auf dem Willmannsdamm von zwei unbekanntenen Männern aus rassistischer Motivation beleidigt. Der 72-Jährige wird mit einem Gegenstand beworfen und verliert daraufhin kurz das Bewusstsein. Polizei Berlin 03.03.2020

16 16. JANUAR 2020 BERLIN-REINICKENDORF: Gegen 16.45 Uhr wird ein unbekannter Mann auf der Straße An der Mäckeritzbrücke in Tegel von einem 57-jährigen Mann aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus beleidigt und gestoßen. Polizei Berlin 25.02.2021

17 17. JANUAR 2020 BERLIN-MARZAHN: Zwei Jugendliche im Alter von 18 und 19 Jahren werden gegen 13.15 Uhr vor einem Fitnessstudio in der Märkischen Allee von einem 37-jährigen Mann rassistisch beleidigt und bedroht. Der 19-Jährige wird von dem 37-Jährigen angegriffen. Anschließend werden die beiden Jugendlichen weiter bedroht und der Täter versucht, gegen ihr Auto zu treten. Polizei Berlin 18.01.2020, Tagesspiegel 18.01.2020, Berliner Morgenpost 18.01.2020

18 18. JANUAR 2020 BERLIN-TEMPELHOF: Fünf Mädchen, die Kopftücher tragen, stehen an einer Kreuzung und warten auf die Ampel. Ein Mann auf der anderen Straßenseite macht eine diskriminierende Geste in ihre Richtung. Die Mädchen werden von dem Mann antimuslimisch beleidigt und angespuckt. Inssan e.V.

19 18. JANUAR 2020, BERLIN-FRIEDRICHSHAIN: Gegen 12.30 Uhr wird ein 36-jähriger Mann an der Kreuzung Jessner- und Oderstraße von einem 49-jährigen Mann, der nationalistische Parolen ruft, rassistisch beleidigt. Ein Zeuge greift ein und wird von dem 49-Jährigen mit einem Messer bedroht. Polizei Berlin 18.01.2020, Tagesspiegel 19.01.2020

20 18. JANUAR 2020 BERLIN-CHARLOTTENBURG: Ein 15-jähriger Jugendlicher wird von einem 16-Jährigen gegen 19.00 Uhr in der Hardenbergstraße aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt und mit einem Gürtel geschlagen. Der 15-Jährige kann dem Schlag ausweichen. Mehrere Jugendliche sind Zeug*innen. Polizei Berlin 19.01.2020, Tagesspiegel 19.01.2020, queer.de 19.01.2020

21 18. JANUAR 2020 BERLIN-LICHTENBERG: Gegen 19.40 Uhr wird ein 21-jähriger Mann von einem 31-jährigen Mann in der Leopoldstraße aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus beleidigt und verfolgt. Der 21-Jährige versucht den Mann abzuwehren, als dieser auf ihn zu rennt. Ein 39-jähriger Zeuge greift ein und wird von dem 31-Jährigen ins Gesicht geschlagen und verletzt. Polizei Berlin 19.01.2020, Tagesspiegel 19.01.2020

22 22. JANUAR 2020 BERLIN-REINICKENDORF: Zwei Schü-

ler*innen einer Schule in Reinickendorf-West werden von fünf anderen Schüler*innen aus antiziganistischer Motivation beleidigt und geschlagen. Register Reinickendorf

23 25. JANUAR 2020 BERLIN-WEDDING: Gegen 15.15 Uhr wird ein Mann in der Koloniestraße von einem unbekanntenen Mann aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus beleidigt, bedroht, um sein Auto gejagt und vor die Brust gestoßen. Der Unbekannte beschädigt den Autospiegel. Eine Zeugin greift ein und wird auch beleidigt. Register Mitte

24 27. JANUAR 2020 BERLIN-FRIEDRICHSHAIN S-BAHNHOF WARSCHAUER STRASSE: Gegen 13.00 Uhr macht eine Zeugin eine 26-jährige Frau darauf aufmerksam, dass ein 41-jähriger Mann versucht, sie mit einem Fußtritt die Rolltreppe hinunterzustoßen. Im Anschluss wird die 26-Jährige von dem Mann verfolgt und rassistisch beleidigt. Mitarbeiter*innen eines Sicherheitsdienstes greifen ein. Polizei Berlin 28.01.2020, pnr24-online.de 28.01.2020

25 31. JANUAR 2020 BERLIN-CHARLOTTENBURG: Es findet ein antisemitischer Angriff statt. Auf Wunsch der Betroffenen werden keine weiteren Informationen veröffentlicht. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

26 31. JANUAR 2020 BERLIN-TIERGARTEN: Die Teilnehmerin einer Demonstration gegen eine BDS-Demonstration wird von einem Mann von hinten angespuckt, aber nicht getroffen. Die Frau informiert die Polizei, die die Personalien des Mannes aufnimmt. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

27 31. JANUAR 2020 BERLIN-TIERGARTEN: Eine 23-jährige Frau wird gegen 16.15 Uhr in der Nähe des S-Bahnhofs in der Beusselstraße von zwei unbekanntenen Frauen rassistisch beleidigt, bespuckt und an den Haaren zu Boden geworfen. Die 23-Jährige wird am Boden liegend getreten, verletzt und ihre Brille wird zerbrochen. Zwei Zeug*innen greifen ein. Polizei Berlin 01.02.2020, Tagesspiegel 01.02.2020, Berliner Morgenpost 02.02.2020, Süddeutsche Zeitung 01.02.2020, rbb24.de 01.02.2020

28 1. FEBRUAR 2020 BERLIN-HOHENSCHÖNHAUSEN: Ein 34-jähriger Mann wird gegen 15.15 Uhr in der Gehrenseestraße von einem 51-jährigen Mann rassistisch beleidigt und geschlagen. Polizei Berlin 06.04.2020

29 1. FEBRUAR 2020 BERLIN-FRIEDRICHSHAIN: Gegen 20.30 Uhr wird eine 24-jährige Frau auf der Karl-Marx-Allee von einem 57-jährigen Mann aus rassistischer Motivation gegen den Arm gestoßen, verächtlich angeschaut und bespuckt. Die 24-Jährige, die in Begleitung ihres 6-jährigen Sohnes ist, ruft ihren 27-jährigen Lebensgefährten an. Der 27-Jährige wird von dem Angreifer mit einem Messer bedroht. Ein Zeuge filmt die Situation mit seinem Handy. Polizei Berlin 01.02.2020, pnr24-online.de 02.02.2020

30 2. FEBRUAR 2020 BERLIN-KREUZBERG: Ein 59-jähriger Mann wird gegen 23.50 Uhr auf dem Mehringdamm von einer unbekanntenen Person aus rassistischer Motivation beleidigt, angespuckt und gegen den Kopf geschlagen. Polizei Berlin 03.03.2020

Beiträge

Kontinuitäten und neue Dimensionen von anti- asiatischem Rassismus

Im Zuge der Corona-Pandemie hat anti-asiatischer Rassismus deutlich zugenommen. Um darauf aufmerksam zu machen und Betroffenen eine Plattform zu ermöglichen, wurde das Projekt „ichbinkeinvirus.org – Dein Netzwerk gegen Rassismus“ gegründet. Das apabiz sprach für die Berliner Zustände mit zwei der Initiator*innen, Thị Minh Huyền Nguyễn (freie Autorin, Medienwissenschaftlerin) und Victoria Kure-Wu (User Experience Designerin für Websites und Apps), über Erfahrungen und Probleme, Wünsche und Forderungen.

⇨ apabiz: Im Zuge der Corona-Pandemie hat der Rassismus gegenüber ost- bzw. südost-asiatischen Menschen deutlich zugenommen. Wie nehmt ihr die Diskussion um anti-asiatischen Rassismus derzeit wahr? Was sind Kontinuitäten? Was ist aber auch vielleicht etwas Neues?

Huyền: Ich habe vor Kurzem genau dazu einen Artikel für den „Heimatkunde“-Blog von der Heinrich-Böll-Stiftung geschrieben. Es gibt auf jeden Fall eine Kontinuität an anti-asiatischem Rassismus. Sei es der anti-asiatisch-rassistische Mord an Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân in Hamburg 1980, der tödliche rassistische Angriff gegen Nguyễn Văn Tú in Marzahn-Hellersdorf 1992, die Pogrome in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda oder auch die Vergewaltigung und Ermordung der chinesischen Studierenden Li

Interview mit
Thị Minh Huyền
Nguyễn und
Victoria Kure-Wu
(#ichbinkeinvirus)

Yangjie in Dessau 2016. Ich würde sagen, dass durch die Pandemie der Rassismus, der schon vorher da war, einfach verstärkt wurde, dringlicher ist und viel aggressiver und gefährlicher ist. Das zeigt sich beispielsweise dadurch, dass eine Gedenktafel für chinesische NS-Opfer in Hamburg besprüht wurde, dass asiatische Imbisse und Restaurants mit Hakenkreuzen beschmutzt werden, dass wir körperlichen Attacken ausgesetzt sind. Und die Morde in Atlanta am 16. März 2021 sind natürlich aktuell das schlimmste Beispiel. Hier hat ein weißer U.S.-Amerikaner acht Menschen ermordet, davon sechs asiatisch-diasporische Frauen.

Victoria: Verstärkter Rassismus betrifft auch nicht nur uns, sondern alle Personengruppen, die rassifiziert werden. Es gibt einen großen Mangel an eigenen Strukturen, um unsere Geschichten und historische Zusammenhänge zu erzählen und dieses Wissen auch verfügbar zu machen – fern von Geschichten, die uns nur in einer Opferrolle zeigen. Das erschwert es, in einen angemessenen Diskurs zu kommen oder dass eine weiße Dominanzgesellschaft uns wahrnimmt.

In Reaktion auf den Anstieg an anti-asiatisch-rassistischen Anfeindungen und Angriffen gegen Lokaltäten, aber auch gegen Personen im Zuge der Corona-Pandemie habt ihr die Online-Plattform ichbinkeinvirus.org geschaffen. Was war die Idee dahinter? Und wie sind eure Erfahrungen ein Jahr später?

Huyên: Einerseits ist unsere Plattform dafür da, dass Betroffene Erfahrungsberichte veröffentlichen. Auf der anderen Seite können Menschen Kontakt zu Beratungsstellen, Akteur*innen, Aktivist*innen sowie zu künstlerischen Gruppen und Empowermentgruppen über unsere Website und unser Netzwerk finden. Wir haben Akteur*innen wie ReachOut dabei, für digitale Gewalt HateAid, aber auch aktivistische Gruppen wie Tiger.Riots aus Hamburg.

Victoria: Es ist in dem letzten Jahr keine*r auf uns zugegangen und hat gesagt: „Das ist total wichtig. Wir supporten euch. Wir wollen diese Zahlen, um Rassismus gegenüber asiatischen Personen zu erfassen, und wir wollen den Betroffenen helfen. Was braucht ihr? Braucht ihr eine Vollzeitstelle? Braucht ihr psychologische Betreuung, um nicht nur diese Daten zu erfassen, sondern euch auch zu schützen?“ Was damit einhergeht ist, dass wir uns einer Gefahr aussetzen und von rechten

Anfeindungen betroffen sind. Wir waren kurz davor, die Seite nicht online stellen zu können. Denn wir haben in Deutschland ein Impressumspflichtgesetz, und keine*r von uns wollte im Impressum stehen. Der Verein „korientation – Netzwerk für Asiatisch-Deutsche Perspektiven“ hat uns letzten Endes ausgeholfen, sonst wären wir nicht online. Es gibt viele Sachen, wo ich jetzt nach einem Jahr denke: Eigentlich krass, dass uns da keine*r supportet hat. Inzwischen hat aber immerhin die Antidiskriminierungsstelle des Bundes entsprechende Zahlen veröffentlicht, die den gestiegenen Rassismus deutlich machen. Vielleicht wird uns ja jetzt geglaubt.

Huyên: Ich meine hier und da haben wir Presseaufmerksamkeit bekommen, aber es hat sich bis heute kein*e Politiker*in dazu öffentlich geäußert. Asiatisch-diasporische Menschen sind immer noch nicht als vulnerable oder verwundbare Gruppe im „Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus“ genannt.

Es gab den Versuch am Anfang, sich im Zuge des #WirVsVirus-Hackathons der Bundesregierung im Frühjahr 2020 um eine Förderung zu bewerben. Ihr hattet bereits während der Veranstaltung darauf hingewiesen und prolematisiert, dass es keine diverse, sondern eine sehr weiße akademische Jury war. Das Ergebnis war dann, dass ihr – zudem als einziges Projekt zum Thema Rassismus – bei der Förderung nicht berücksichtigt worden seid. Zu Recht habt ihr das auch im Nachgang kritisiert. Gab es in irgendeiner Form eine Reaktion seitens der Jury oder von anderen, die involviert waren?

Victoria: Wir haben versucht, mit unseren Mitteln Aufmerksamkeit dafür zu schaffen und das weiterhin zu kritisieren. Leute von Peng!, einem Kunst-Kollektiv, sind irgendwann auf uns zugekommen und haben uns einen Takeover angeboten. Wir haben dann also über ihre Social-Media-Accounts die Statements und Zitate, mit welchen Aussagen wir abgelehnt worden sind, veröffentlicht und das Gaslighting sichtbar gemacht: „Ob es corona-spezifischen Rassismus gibt, kann ich nicht einschätzen“, „Nicht hundertprozentig passend für das Programm“, „Den Kampf gegen Rassismus führen wir dann an anderer Stelle weiter“, „Ob es dafür eine Plattform gibt oder geben muss, wissen wir nicht und ist zu hinterfragen.“ Erst als Peng! uns dieses Takeover ermöglicht hat und dadurch mehr Öffentlichkeit geschaffen worden ist, kam ein Statement von der Hackathon-Jury. Es ist unsere Realität, dass

wir als Menschen, die von Rassismus betroffen sind, öffentlichen Druck erzeugen müssen, damit unsere Kritik wahrgenommen wird.

Huyên: Und natürlich haben sie in irgendeinem Satz gesagt: „Danke für die Kritik.“ Sie haben uns damit aber wieder zur Zielscheibe gemacht, weil sie gesagt haben: „Danke für die Kritik der asiatisch-gelesenen Menschen.“ Dann musste das auch nochmal korrigiert werden. Das ist auch kostenlose Aufklärungsarbeit. Es ist Arbeit, weißen Leuten immer wieder hinterherzulaufen und ihnen zu sagen, was sie lassen sollen. Wir haben um ein normales Beratungsentgelt gebeten, allerdings scheiterte dies daran, dass es keinen Topf dafür gab. Nachdem „WirVsVirus“ dieses Statement veröffentlicht hat, haben sie übrigens

Taten werden in
Deutschland selten
als das bezeichnet,
was sie sind:
behindertenfeindlich,
rassistisch,
antisemitisch, ...

den Applaus bekommen, nicht wir. Also die Politiker*innen haben dieses Statement geteilt, die haben gesagt: „Oh wow, toll. Ich wünschte, wir würden sowas öfter machen.“ Und wir waren damit wieder unsichtbar. Und keine*r hat gemerkt, dass sie nicht allein auf die Idee gekommen sind, sondern dass sie nur unter extremem Druck das Statement überhaupt verfasst haben.

Victoria: Ich würde gern noch etwas zur Medienaufmerksamkeit ergänzen, was ich als jemand, die nichts mit Journalismus zu tun hat, jetzt auch verstanden habe: Wir bekommen erst Aufmerksamkeit, wenn wir eine Geschichte erzählen können, die geklickt wird, weil in der Überschrift

irgendetwas besonders Krasses steht. Warum ist es in Deutschland so, dass erst was Krasses passieren muss, damit Rassismus überhaupt eine Aufmerksamkeit bekommt? Alles davor, die ganzen Mikroaggressionen, das ist ja auch schon Rassismus. Auch wenn mir einen Tag nichts passiert, ist Rassismus als Konstrukt immer da. Ich würde mir wünschen, dass alltäglicher Rassismus auch ernst genommen wird, nicht erst wenn Leute rassistisch ermordet werden.

Zu Recht wird oft die Arbeit der Medien kritisiert, wie dort Rassismus ignoriert wird oder rassistische Stereotype bedient werden. Gibt es aber auch Positivebeispiele einer angemessenen Berichterstattung über Rassismus im Zuge der Pandemie? Und hierbei nicht nur der kleineren linken Medien, die einen solidarischen politischen Anspruch haben und wo das besser funktioniert, sondern auch seitens der großen Medienhäuser?

Victoria: Nein, also mir persönlich ist keines bekannt. Und ich würde mich scheuen, tatsächlich auch Werbung dafür zu machen, weil Medienhäuser strukturell rassistisch sind.

Huyên: Rassismus ist strukturell verankert, sowohl im Bildungssystem als auch in den Medien. Und wenn in den eigenen Medienhäusern weder langfristige Antirassismus-Trainings stattfinden noch eine Quote zu Diversität eingeführt wird, dann passiert auch nichts. Dann wird es auch keine Berichterstattung geben, die gut ist. Denn oftmals ist die Berichterstattung ja männlich, weiß und heteronormativ dominiert.

Victoria: Ja. Auch Atlanta ist ein gutes Beispiel, wie schwer sich Medien tun, Rassismus zu benennen. Erstens gab es extrem wenig Aufmerksamkeit für dieses Thema. Zudem kann ich mich an keine einzige Berichterstattung erinnern, wo Rassismus wirklich als Rassismus bezeichnet wurde. Taten werden in Deutschland selten als das bezeichnet, was sie sind: behindertenfeindlich, antisemitisch, rassistisch usw.

Huyên: Es war sehr bezeichnend für die Medien, den Täter von Atlanta zu humanisieren und ihm diese Deutungshoheit zu geben: „Okay, er hatte einen schlechten Tag, er hat diese mentalen Probleme, ja diese Sexsucht eben.“ Aber die Opfer sind da gar nicht gleichgestellt mit ihren Leben, Träumen und Erfahrungen und mit dem, was sie strukturell jeden Tag ausgesetzt sind. Und oftmals wird das in solchen Fällen dann als Ein-

Ich würde mir
wünschen, dass
Politiker*innen
sich selbst educaten
und dass mehr
Menschen aus der
Gesellschaft
Verantwortung
übernehmen.

zelfall betitelt und eben nicht die rassistische Kontinuität benannt, kein strukturell verankerter Rassismus, Sexismus, die ganzen Intersektionen und Klassismus.

Ein weiterer wichtiger Aspekt eures Projekts ist die Vernetzung und das gegenseitige Empowern mit anderen BIPOC*-Gruppen. Wie ist da gerade der Stand der Dinge? Und vor dem Hintergrund einer männlich-weiß dominierten Gesellschaft: Wie sind eure Erfahrungen bei der Vernetzung mit weißen antirassistischen solidarischen Menschen und Gruppen? Was sind Leerstellen? Und was sind eure Wünsche und Forderungen?

Huyên: Spontan würde mir da als Wunsch jetzt einfallen, Macht abzugeben und Strukturen mit aufzubauen, die BIPOC*s explizit fordern. Und wenn das linke antirassistische Kreise sind und die im Bereich Antirassismus etwas machen wollen, finde ich es superwichtig, wenn weiße Menschen sich untereinander educaten (=bilden) und solidarisch mit anderen BIPOC*-Communities arbeiten bzw. Ressourcen teilen, Strukturen mit aufbauen, diese fördern, im stetigen Austausch sind und sich auch Kritik anhören können.

Victoria: Ja, finde ich voll gut. Ich glaube dieses Macht abgeben kann total konkret sein. Wenn ich mir zum Beispiel die Berichterstattung über Klimaaktivismus angucke, dann sehe ich hauptsächlich weiße Personen. Und da frag ich mich schon, warum fragt man nicht vorher: „Hey, wer

wird noch alles interviewt?“ und gibt den Platz dann einfach ab. Wenn man sich die Kontinuität und das, was vom Kolonialismus bis heute noch übrig ist in der Thematik, anschaut, dann sorry, seid ihr nicht in der Position, euch als Retter*innen der Welt darzustellen. Dann ist dieses, was Huyen meinte, sich selber educaten und Macht abgeben wichtig, um dieses Narrativ nicht fortzuführen, dass weiße Personen die Retter von allem sind. Dem ist halt nicht so.

Wie waren diesbezüglich eure Erfahrungen – allgemein im letzten Jahr sowie konkret bei der Demonstration in Berlin nach den Morden von Atlanta?

Huyên: Also es gab auf jeden Fall viele weiße Menschen, die bei der Demonstration da waren und auch viele weiße Personen, die gespendet haben zur Vorbereitung. Das war empowernd. Und uns war es auch wichtig, eine Plattform zu schaffen für süd-asiatische Stimmen. Wir hatten auch eine Sex-Workerin und Saraya Gomis von Each One Teach One, die gesprochen haben, und es gab Gebärdenspracheübersetzung. Enttäuschend fand ich, dass keine deutschen lokalen oder weißen Medien darüber berichtet haben. Es waren Menschen aus Shanghai und aus Hongkong da, die darüber berichtet haben, aber keine lokalen Medien.

Die Realität zeigt immer wieder: Rassismus war, ist und wird leider ein Problem bleiben – sowohl strukturell als auch tagesaktuell in Form von Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffen. Gibt es trotz der Schwierigkeiten aufgrund der nicht existenten Finanzierung auch in Zukunft Pläne mit ichbinkeinvirus.org?

Huyên: Also, dadurch dass wir das ehrenamtlich machen, haben wir jetzt keine konkreten Pläne. Wir können gar nicht vorausschauen. Im Hinblick darauf, dass es Rassismus und strukturellen Rassismus auch in den nächsten 50 Jahren noch geben wird, würde ich mir wünschen, dass Politiker*innen sich selbst educaten und dass mehr Menschen aus der Gesellschaft Verantwortung übernehmen. Ich wünsche mir, dass sie lernen, dass es auch ihre Aufgabe und Verantwortung ist, das Richtige zu tun für ein freies demokratisches Zusammenleben. Der Aufschwung dieser einen Partei, die ich nicht nennen will, ist für mich persönlich extrem erschreckend. Ich frage mich manchmal: Wie könnte ein Leben aussehen, wenn wir nicht mehr täglich diese Kämpfe führen müssten? Wo es strukturelle Förderprogramme

Ich frage mich
manchmal:
Wie könnte ein
Leben aus-
sehen, wenn
wir nicht
mehr täglich
diese Kämpfe
führen
müssten?

gibt, wo struktureller Rassismus anerkannt ist auf verschiedenen Ebenen, wo es viel mehr Repräsentationen gibt, sei es in der Bildung, in den Medien und in der Werbung, bei der Post, im Krankenhaus – es zieht sich ja durch die ganzen verschiedenen Systeme – und wo ich mich nicht mehr erklären muss?

Victoria: Da schließt sich bei mir der Kreis zum Anfang. Wir brauchen Kritik an jeder Stelle und von allen Leuten und allen Institutionen, die Huyen gerade genannt hat. Wir schaffen das nicht alleine. Und wir haben ein Anrecht darauf ein Leben zu führen, wo wir diese Kämpfe nicht führen müssen. Deswegen fände ich es gut, wenn sich mehr Leute antirassistischen Projekten anschließen würden. Und das ist auch das Ding bei ichbinkeinvirus.org – das ist thematisch ja sehr spezifisch, aber wir vernetzen uns natürlich auch mit anderen Communitys und müssen uns breiter solidarisieren, um diesen Kampf vielleicht noch stärker fortführen zu können. Das Traurige ist ja, dass in Deutschland oft Strukturen gefördert werden, sobald Leute wieder von Rassist*innen getötet werden. Dann gibt es Aufmerksamkeit, dann gibt es meist kurze Zeit begrenzte Förderstrukturen. Wie kann es sein, dass wir in einem Land leben, wo es nur ein, zwei Beratungsstellen gibt für reale Morddrohungen im Internet? Und da sieht man ja auch, auf was für einem Level das ist oder in was für eine Gefahr wir uns mit unserer Arbeit begeben. Es muss mehr Förderung geben und nicht erst dann, wenn es zu spät ist, wenn Leute schon wieder umgebracht worden sind. Das ist auch meine Sorge, die ich habe. An jedem Tag, der vergeht, frag ich mich: Wann mache ich mein Handy an und lese die Nachrichten, und es wurde schon wieder jemand umgebracht? Das ist auch der Punkt, wo wir uns als Team auch in der Verantwortung zu uns selber, zu unserer eigenen Gesundheit stellen und uns sagen müssen: Bestimmte Sachen schaffen wir einfach nicht alleine. Wir würden uns wünschen, dass wir ichbinkeinvirus.org erweitern könnten um eine große Wissensplattform, um ein Glossar, um Leute, die per Zoom-Call zusammenkommen können und sich empoweren können. Denn wir sind natürlich klar Gefahren ausgesetzt, wo man sieht: Deutschland hat da einfach noch keine Strategie, um potenzielle Mordopfer zu schützen. Wenn selbst Leaks bei der Polizei keine Konsequenzen haben, ist das für mich ein Grund zu sagen: OK, da denk ich lieber noch dreimal drüber nach, mich da überhaupt öffentlich zu äußern.

Huyên: Das komplette System ist rassistisch oder dominant weiß. Und wenn es nicht von Grund auf – also von der Basis – umstrukturiert wird, wird da auch leider nichts passieren.

Victoria: Ich würde noch gern sagen: Wir brauchen keine performative Rassismusbearbeitung, damit Weiße sagen können: „Wir machen was gegen Rassismus.“ Es gab jetzt noch ein Folgeprogramm von #WirVsVirus, und das war wieder voller weißer Leute. Statt Leute zu fragen, die sich schon seit Jahrzehnten mit dieser Arbeit beschäftigen, machen sie halt selber was, um zu sagen: „Hey wir machen doch was gegen Rassismus.“ Mir kommt es so vor, als ob sich wirklich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt wird effizienter damit umzugehen. Weil effizienter könnte es werden, wenn wir wirklich mit integriert werden würden und Macht abgegeben werden würde. Aber wenn unser Wissen nicht mitgenommen wird, dann führt das nur dazu: Weiße People machen halt nochmal eine Veranstaltung, klatschen sich in die Hände und fangen eigentlich bei Null an, obwohl das nicht so sein müsste. Es ist kein Versehen, dass wir beim Thema Rassismus nicht weiterkommen, sondern es ist bewusst nicht gewollt. Es wird nicht gewollt, Macht abzugeben, Leute stecken nicht gerne zurück, Leute sagen nicht gerne einen Interview-Termin ab, Leute geben nicht gern einen Platz bei Anne Will ab. Diese Machtstruktur soll aufrechterhalten werden, um natürlich die bessere Position zu haben. Das ist der Grund, warum Rassismus erfunden worden ist, um Leute zu unterdrücken. Und solange es nicht wirklich gewollt ist, das aufzubrechen, helfen mir performative Veranstaltungen auch nicht. ↩

Literaturhinweis

Thị Minh Huyên Nguyễn: Anti-asiatischer Rassismus: Was hat das Attentat in Atlanta mit Deutschland zu tun?; in: <http://heimatkunde.boell.de/de/2021/04/01/anti-asiatischer-rassismus-atlanta-attentat-deutschland> vom 01.04.2021 (letzter Zugriff 05.06.2021)

31 3. FEBRUAR 2020 BERLIN-MITTE: Eine Person wird aufgrund ihres Engagements gegen Rechts bedroht. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht. ReachOut

32 8. FEBRUAR 2020 BERLIN-WEISSENSEE: Gegen 19.15 Uhr wird ein 56-jähriger Angestellter eines Geschäfts in der Gustav-Adolf-Straße von einem 55-jährigen Mann, der extrem rechte Parolen ruft, aus rassistischer Motivation beleidigt. Der 23-jährige Ladeninhaber versucht den 55-Jährigen zu verfolgen, nachdem dieser einen Böller in dem Laden gezündet hat. Polizei Berlin 09.02.2020, Register Pankow

33 9. FEBRUAR 2020 BERLIN-NEUKÖLLN U-BAHNLINIE 7: Gegen 17.50 Uhr wird eine 51-jährige Transfrau in Britz, in der U-Bahnlinie 7 Richtung Rudow, von zwei Männern aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt und mit Pfefferspray besprüht. Ihr wird angedroht, ihre Haare mit einem Feuerzeug anzuzünden. Als die Männer am Bahnhof Grenzallee die U-Bahn verlassen, wird sie von einem der Männer bespuckt. Es gibt Zeug*innen und Videoaufnahmen. Polizei Berlin 10.02.2020, Berliner Morgenpost 10.02.2020, queer.de 10.02.2020

34 10. FEBRUAR 2020 BERLIN-TREPTOW: Gegen 20.00 Uhr werden ein 19-jähriger und ein 21-jähriger Mann in der Johanna-Tesch-Straße in Niederschöneweide von einem 39-jährigen Mann rassistisch beleidigt, geschlagen und verletzt. Zwei Zeug*innen kommen den Männern zu Hilfe. Polizei Berlin 11.02.2020, bz-berlin.de 11.02.2020

35 10. FEBRUAR 2020 BERLIN-TREPTOW: Mitarbeiter*innen einer Sicherheitsfirma, die in einer Gemeinschaftsunterkunft in der Albert-Kuntz-Straße tätig sind, beobachten gegen 1.00 Uhr, dass ein 27-jähriger Mann vor der Unterkunft steht, rassistische Parolen ruft, Drohgebärden zeigt und mit einer Schusswaffe in die Luft schießt. Polizei Berlin 12.02.2020

36 13. FEBRUAR 2020 BERLIN: Eine Person wird rassistisch motiviert angegriffen. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht. ReachOut

37 15. FEBRUAR 2020 BERLIN-TEMPELHOF: Ein 34-jähriger Mann wird gegen 11.45 Uhr in seiner Wohnung am Mariendorfer Damm im Ortsteil Mariendorf aus LGBTIQ*feindlicher Motivation von einem 26-jährigen Mitbewohner mehrmals auf den Kopf geschlagen. Polizei Berlin 03.03.2020

38 15. FEBRUAR 2020 BERLIN-LICHTENBERG: Am Morgen werden zwei Frauen in ihrer Wohnung von einem ehemaligen Nachbarn, der in ihre Wohnung einbricht, aus LGBTIQ*feindlicher Motivation mit einem Messer bedroht und eine 24-jährige Frau wird vergewaltigt. queer.de 17.07.2020, Register Lichtenberg

39 16. FEBRUAR 2020 BERLIN-SCHÖNEBERG: Gegen 6.15 Uhr wird eine Transfrau in der Fuggerstraße von zwei Männern sexuell bedrängt, mit Reizgas besprüht und aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt. Polizei Berlin 16.02.2020, Tagesspiegel 16.02.2020, Berliner Morgenpost 16.02.2020, Süddeutsche Zeitung 16.02.2020, queer.de 16.02.2020

40 16. FEBRUAR 2020 BERLIN-LICHTENBERG: Nach einem Fußballspiel der A-Jugend in Rummelsburg werden gegen 15.50 Uhr Spie-

ler einer Reinickendorfer Mannschaft von Spielern eines Lichtenberger Vereins rassistisch beleidigt. In Höhe Kaskelstraße Ecke Türschmidtstraße wird ein 18-jähriger Reinickendorfer Spieler von einem 19-jährigen Spieler der gegnerischen Mannschaft geschlagen. Am Boden liegend wird der 18-Jährige von dem Angreifer und weiteren Spielern gegen den Kopf getreten. Ein anderer 18-Jähriger aus Reinickendorf wird geschlagen und beraubt. Polizei Berlin 17.02.2020, Berliner Morgenpost 17.02.2020, rbb24.de 17.02.2020

41 17. FEBRUAR 2020 BERLIN-HOHENSCHÖNHAUSEN, TRAMLINIE M5: Ein 13-jähriger Jugendlicher wird in der Tram zwischen Prerower Platz und Zingster Straße von einem 26-jährigen Mann aus rassistischer Motivation beleidigt und bespuckt. Register Lichtenberg

42 17. FEBRUAR 2020 BERLIN-CHARLOTTENBURG, S-BAHNHOF ZOOLOGISCHER GARTEN: Gegen 19.40 Uhr wird ein 54-jähriger Mann von einem 19-jährigen Jugendlichen aus LGBTIQ*feindlicher Motivation im S-Bahnhof beleidigt und mit Pfefferspray besprüht. Polizei Berlin 06.04.2020

43 19. FEBRUAR 2020 BERLIN-KREUZBERG: Ein 37-jähriger Mann wird im Hausflur in der Nauenstraße von einem 32-jährigen Nachbarn aus antisemitischer Motivation beleidigt und bespuckt. Polizei Berlin 19.10.2020, Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

44 20. FEBRUAR 2020 BERLIN-FRIEDRICHSHAIN: Eine Frau wird in der Ringbahn aufgrund von linken Aufnahmen, die sie an der Jacke trägt, von Neonazis angesprochen. Sie steigt am S-Bahnhof Frankfurter Allee aus und flüchtet in Richtung Rigaer Straße. Die Angreifer*innen holen sie ein und versuchen, ihr die Jacke auszuziehen. Die Frau wird niedergeschlagen und am Boden liegend getreten. Register Kreuzberg-Friedrichshain

45 21. FEBRUAR 2020 BERLIN-PANKOW S-BAHNHOF WOLKANKSTRASSE: Gegen 23.00 Uhr werden zwei Männer am S-Bahnhof von einem 34-jährigen Mann aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt. Der 34-Jährige versucht, die beiden mit einer Flasche zu schlagen und sie zu treten. Polizei Berlin 22.02.2020, Tagesspiegel 22.02.2020, queer.de 22.02.2020

46 21. FEBRUAR 2020 BERLIN-WEDDING: Mehrere Personen werden aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus angegriffen. Zum Schutz der Betroffenen werden keine weiteren Informationen veröffentlicht. ReachOut

47 22. FEBRUAR 2020 BERLIN-NEUKÖLLN: Zwei Personen werden rassistisch motiviert bedroht. Zum Schutz der Betroffenen werden keine weiteren Informationen veröffentlicht. ReachOut

48 22. FEBRUAR 2020 BERLIN-PRENZLAUER BERG TRAMHALTESTELLE: Ein 22-jähriger Mann wird gegen 4.00 Uhr, während er in der Danziger Straße auf die Tram wartet, von vier unbekanntenen Männern rassistisch beleidigt, angegriffen und beraubt. Polizei Berlin 25.05.2020

49 22. FEBRUAR 2020 BERLIN-KREUZBERG: Eine 28-jährige Transfrau wird um 21.00 Uhr am Mehringplatz von einem unbekanntenen Mann aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt, bespuckt und gegen den Kopf geschlagen. Ein Zeuge kommt der 28-Jäh-

rigen zur Hilfe. Polizei Berlin 22.02.2020, Tagesspiegel 23.02.2020, queer.de 23.02.2020, rbb24.de 23.02.2020 **50** 23. FEBRUAR 2020 BERLIN-HOHENSCHÖNHAUSEN TRAMLINIE M4: Gegen 20.45 Uhr wird eine Familie in der Tram in der Zings-ter Straße von einem unbekanntem Mann rassistisch be-leidigt und angespuckt. Ein*e Zeug*in kommt der Familie zu Hilfe. Register Lichtenberg **51** 24. FEBRUAR 2020 BERLIN-MITTE: Ein 53-jähriger Mann wird gegen 16.10 Uhr auf der Fischerinsel von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt und von einem zweiten Mann mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin 03.03.2020 **52** 25. FEBRUAR 2020 BERLIN-FRIEDRICHSHAIN U-BAHN: Eine Frau wird in der U-Bahn von einer anderen Frau aus antimuslimischer Motivation gestoßen und bespuckt. Inssan e.V. **53** 28. FEBRUAR 2020 BER-LIN-NEUKÖLLN BUS: Gegen 2.30 Uhr wird ein 21-jähriger Mann, der mit einem Begleiter in einem Bus in der Sonnenallee sitzt, von einem unbekanntem Mann aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt und mehrfach ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin 25.05.2020 **54** 29. FEBRUAR 2020 BERLIN-PRENZLAUER BERG: Sieben Per-sonen, unter ihnen befinden sich auch Menschen, die asiatisch gelesen werden, sitzen gemeinsam in einem Café in der Kopenhagener Straße. Sie werden aus einer anderen Gruppe heraus aus rassistischer Motivation mit einem Corona-Bezug beleidigt und bedroht. Eine Person kann einem Angriff ausweichen. Register Pankow, Reach-Out **55** 1. MÄRZ 2020 BERLIN-FRIEDRICHSHAIN: Eine Person wird rassistisch motiviert angegriffen. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informa-tionen veröffentlicht. ReachOut **56** 1. MÄRZ 2020 BER-LIN-TREPTOW BUSHALTESTELLE: Gegen 21.15 Uhr wird ein 17-jähriger Jugendlicher an einer Bushaltestelle am Stern-damm von einem unbekanntem Mann antisemitisch be-leidigt und gestoßen. Der 17-Jährige wird von dem Un-bekanntem, der sich als „Nationalsozialist“ bezeichnet, bedroht. Polizei Berlin 02.03.2020, Berliner Morgenpost 02.03.2020, Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) **57** 2. MÄRZ 2020 BERLIN-INTERNET: Die Berliner Landesvor-sitzende der Partei Die LINKE erhält gegen 18.50 Uhr eine E-Mail mit Morddrohungen unter dem Betreff „Wolf-zeit 2.0“. Eine Hamburger LINKE-Politikerin und ein Eu-ropaabgeordneter der Grünen, die sich für Geflüchtete einsetzen, erhalten ähnliche E-Mails. Es wird Anzeige erstattet. Register Reinickendorf **58** 3. MÄRZ 2020 BER-LIN-PANKOW: Zwei Frauen im Alter von 55 und 62 Jah-ren, die mit einem 69-jährigen Bekannten in dessen Au-to unterwegs sind, werden gegen 1.00 Uhr an einer Tankstelle in der Damerowstraße von dem 69-Jährigen rassistisch beleidigt und mit einem Messer bedroht. Die 62-Jährige wird mit ihrem Gehstock auf die Stirn ge-schlagen. Polizei Berlin 03.03.2020, bz-berlin.de 03.03.2020 **59** 3. MÄRZ 2020 BERLIN-NEUKÖLLN: Gegen 18.20 Uhr wird ein 30-jähriger Verkäufer an einem Lebensmittel-stand auf dem Hermannplatz von zwei 30-jährigen

Frauen rassistisch beleidigt und angegriffen. Polizei Berlin 06.04.2020 **60** 5. MÄRZ 2020 BERLIN: Ein Mann wird aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus von seinen Arbeitskolleg*innen beleidigt, bedroht und geschlagen. Each One Teach One (EOTO), Register **61** 5. MÄRZ 2020 BERLIN-SCHÖNEBERG: Ein 38-jähriger Mann, der gegen 10.40 Uhr mit einer Frau auf der Terrasse eines Cafés am Wittenbergplatz sitzt, wird von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt, geschlagen und getreten. Po-lizei Berlin 06.04.2020 **62** 6. MÄRZ 2020 BERLIN-PANKOW: Zwei Männer, die in einer Geflüchtetenunterkunft in Buch wohnen, werden gegen 0.30 Uhr von drei Männern mit einem Hund bis in die Einrichtung verfolgt. Die zwei Män-ner werden von den Tätern rassistisch beleidigt und be-droht. Register Pankow **63** 6. MÄRZ 2020 BERLIN-KREUZ-BERG, U-BAHNHOF KOTTBUSSER TOR: Gegen 5.25 Uhr wird ein 22-jähriger Mann aus LGBTIQ*feindlicher Mo-tivation von einem unbekanntem Mann beleidigt. Der 22-Jährige kann den Schlägen des Unbekanntem aus-weichen. Polizei Berlin 06.04.2020 **64** 7. MÄRZ 2020 BER-LIN-CHARLOTTENBURG, U-BAHN: Gegen 9.20 Uhr werden Fahrgäste in einer U-Bahn in der Nähe des Bahnhofs Zoo-logischer Garten von einem 44-jährigen Mann aus rassis-tischer Motivation beleidigt und bespuckt. Polizei Berlin 06.04.2020 **65** 7. MÄRZ 2020 BERLIN-CHARLOTTENBURG, U-BAHNHOF ZOOLOGISCHER GARTEN: Gegen 9.30 Uhr wird ein 46-jähriger Mann von einem 44-jährigen Mann ins Gesicht geschlagen und ihm wird mit Erschießung ge-droht. Der 46-Jährige hatte den Angreifer zuvor zur Rede gestellt, weil dieser aus rassistischer Motivation Fahrgäs-te in einer U-Bahn bespuckt hat. Polizei Berlin 06.04.2020 **66** 7. MÄRZ 2020 BERLIN-SPANDAU: Zwei Frauen im Alter von 26 und 27 Jahren, die Kopftuch tragen und in einem Auto vor einer Ampel in der Klosterstraße sitzen, werden gegen 14.50 Uhr von einem 42-jährigen Mann aus antimuslimi-scher Motivation mit einer Bierflasche beworfen. Polizei Ber-lin 25.05.2020 **67** 8. MÄRZ 2020 BERLIN-REINICKENDORF: Eine 40-jährige Transfrau wird gegen 11.25 Uhr in der Pro-vinzstraße von einem 36-jährigen Mann aus LGBTIQ*feind-licher Motivation mit einer Metallstange geschlagen und verletzt. Die 40-Jährige flüchtet in ein Lokal. Dort greifen Gäste ein, als der 36-Jährige erneut versucht, sie zu schla-gen. Polizei Berlin 08.03.2020, Berliner Morgenpost 09.03.2020, queer.de 09.04.2020 **68** 10. MÄRZ 2020 BERLIN-MITTE: Eine Per-son wird rassistisch motiviert angegriffen. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informa-tionen veröffentlicht. Reach-Out **69** 11. MÄRZ 2020 BER-LIN-NEUKÖLLN: In den Morgenstunden wird im Hausflur eines Mietshauses aus rassistischer Motivation ein Kin-derwagen angezündet und ein Hakenkreuz an die Wand gesprüht. Nur durch Zufall greift das Feuer nicht auf das Treppenhaus über. Register Neukölln **70** 12. MÄRZ 2020 BERLIN-MARZAHN: Eine Person wird rassistisch motiviert bedroht. Zum Schutz der betroffenen Person werden kei-ne weiteren Informationen veröffentlicht. ReachOut ⇐ ⇨

Pressefreiheit 2020: Angriffe auf Journalist*in- nen in Berlin

⇨ 2020 stiegen Übergriffe auf Journalist*innen bei Demonstrationen bundesweit stark an. Zentrale Aggressor*innen gegen Journalist*innen waren Teilnehmende von Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie und die Polizei bei Protesten gegen die Räumung von besetzten Häusern in Berlin sowie bei Klimaschutzprotesten im Rheinischen Braunkohlerevier. Auf der politischen Ebene hat Bundesinnenminister Horst Seehofer im Juni 2020 die rote Linie der Pressefreiheit überschritten, indem er ankündigte, dass das BMI beabsichtige, zu prüfen, die Journalistin Hengameh Yaghoobifarah wegen einer polizeikritischen Kolumne in der taz anzuzeigen.

Straftaten bundesweit gegen Medien und Medienvertreter*innen nach Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) 2016 – 2020¹

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) des BKA weist seit 2016 Straftaten gegen Medien/Medienvertreter*innen aus. Berücksichtigt werden in dieser Statistik jedoch nur Gewaltdelikte. Behinderungen in der Pressearbeit, die unterhalb der Schwelle von Straftaten liegen, werden nicht in der PKS erfasst. Dazu gehören z. B. das Abdecken von Kameras mit Schildern, die Verfolgung oder Bedrängung von Journalist*innen, die Aufforderung durch Polizist*innen an Journalist*innen, die Pressearbeit einzustellen, das Nicht-Akzeptieren von Presseausweisen, die Aufforderung, Bilddaten zu löschen oder die Einsicht in die Kamera zu gewähren, und die widerrechtliche Erfassung von personenbezogenen Daten von Journalist*innen durch die Polizei. Die PKS bildet dabei sprichwörtlich nur die „Spitze des Eisberges“ ab. Es ist von einer hohen Dunkelziffer an Übergriffen auf Pressevertreter*innen auszugehen.

Jörg Reichel
(Landes-
geschäftsführer
dju in ver.di
Berlin-
Brandenburg)

	Bundesweite Straftaten nach PKS gegen Medien / Medienvertreter*innen insgesamt	davon Gewaltdelikte im Sinne der PKS
2020	252	30
2019	104	4
2018	93	Unbekannt
2017	85	11
2016	193	16

	Bundesweite Straftaten nach PKS gegen Medien / Medienvertreter*innen² insgesamt	davon Gewaltdelikte im Sinne der PKS
2016 – 2020	1028	116

	Reporter ohne Grenzen – gewalttätige Angriffe auf Journalist*innen (tätliche Angriffe)	ECMPF (tätliche Angriffe)
2020	65	69
2019	13	11
2018	22	22
2017	16	5
2016	18	15

	Insgesamt Behinderungen von Pressearbeit, inkl. tätliche Angriffe auf Medien/ Medienvertreter*innen / Redaktionen 2020 insgesamt	Behinderungen von Pressearbeit, inkl. tätliche Angriffe durch Teilnehmer*innen Demonstrationen 2020	Behinderungen von Pressearbeit, inkl. tätliche Angriffe durch Teilnehmer*innen Demonstrationen 2020
BRD	398 Behinderungen, davon 76 tätliche Angriffe	190 Behinderungen, davon 43 tätliche Angriffe	208 Behinderungen in der Pressearbeit, davon 33 tätliche Angriffe
Berlin	217 Behinderungen, davon 43 tätliche Angriffe	117 Behinderungen, davon 16 tätliche Angriffe	100 Behinderungen in der Pressearbeit, davon 27 tätliche Angriffe

Bundesweit konnten durch die dju Berlin-Brandenburg 398 Behinderungen in der Pressearbeit von Journalist*innen, inkl. 76 tätliche Angriffe festgestellt werden. Die Polizei und Bundespolizei verantwortet davon 208 Behinderungen in der Pressearbeit, inkl. 33 tätliche Angriffe.

Die PKS, das European Centre for Press and Media Freedom (ECMPF) in Leipzig und Reporter ohne Grenzen (ROG) stellen für 2020 einen starken Anstieg der Gewaltdelikte gegen Medien und Medienvertreter*innen fest. Im Vergleich zu 2019 hat sich die Anzahl der Straftaten verdoppelt und die Gewaltdelikte sind überproportional angestiegen. Die tätlichen Übergriffe auf Journalist*innen sind nach Angaben von Reporter ohne Grenzen in 2020 um 627 Prozent im Vergleich zu 2019 gestiegen.

Behinderungen von und Angriffe auf Journalist*innen in Berlin-Brandenburg und bundesweit

2020 wurden in Berlin 217 Journalist*innen in der Pressearbeit behindert, inkl. 43 tätliche Angriffe. Teilnehmer*innen von Protesten, mehrheitlich bei den „Corona-Protesten“, verantworteten 117 Behinderungen in der Pressearbeit, davon 16 tätliche Angriffe. Die Polizei in Berlin verantwortete 100 Behinderungen in der Pressearbeit, davon 27 tätliche Angriffe.

Bundesweit wurden 398 Behinderungen in der Pressearbeit, davon 208 durch Polizei und Bundespolizei, zzgl. private Wach- und Sicherheitsdienste festgestellt.

Den ersten Übergriff auf Journalist*innen in Berlin im Zusammenhang mit den Corona-Protesten kann man auf den 18. April 2020 datieren, gegenüber einem russischen Kamerateam. Dieses wurde für ein ARD-TV-Team gehalten und von den umstehenden Teilnehmer*innen der Demonstration bedrängt und beleidigt.

	Behinderungen in der Pressearbeit durch Teilnehmer*innen an Corona-Protesten in Berlin	Behinderungen in der Pressearbeit durch Polizei im Zusammenhang mit Corona-Protesten in Berlin
1.5.2020	5	1
1.8.2020	10	0
30.8.2020	29	4
31.10.2020	6	3
17 Demos 4-12/2020	31	3
Insgesamt	81	11

Behinderungen von und Angriffe auf Journalist*innen bei Corona-Protesten

Mit dem Beginn der Pandemie in Deutschland im März 2020 und dem Erlass erster Maßnahmen entwickelte sich eine bundesweit agierende Protest-Bewegung gegen die Corona-Eindämmungsmaßnahmen. Den Ausgang nahmen die Proteste Ende März 2020 zuerst in Berlin und dann ab April 2020 bundesweit in anderen Städten, darunter in Stuttgart, München und Freiburg. Die taz stellte am 26. April 2020 fest: „Am Samstag hat sich gezeigt, dass aus dem Protest einiger Berliner Kritiker*innen einer behaupteten ‚Corona-Diktatur‘ innerhalb von einem Monat eine landesweite Bewegung geworden ist.“³ Vorläufiger Höhepunkt der bundesweiten Straßenproteste waren dann die Demonstrationen in Berlin am 1. und 29. August 2020.

Seit der dezentralen bundesweiten Organisation der Corona-Proteste durch „Querdenken“ stieg von Mai bis August die Gewalt gegenüber Journalist*innen bundesweit stark an. Es verging seit dem August kaum ein Wochenende, an dem nicht ein*e Journalist*in bei der Pressearbeit behindert, bedroht, bedrängt und zum Teil auch körperlich von den Teilnehmer*innen der Corona-Proteste angegriffen wurde.

So wurden in diesem Zusammenhang nach Auskunft der Bundesregierung vom 11. Dezember 2020⁴ vom 1. März bis zum 27. November 2020 konkret 18 Gewaltdelikte gegen Journalist*innen durch den Kriminalpolizeilichen Meldedienst Politisch motivierte Kriminalität (KPM-D-PMK) festgestellt.⁵

In Berlin gab es nach unserer Erkenntnis als Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di Berlin-Brandenburg 2020 im Zusammenhang mit 21 Demonstrationen der Corona-Proteste mindestens 92 Behinderungen in der Pressearbeit von Journalist*innen. Davon gingen 81 von den Teilnehmer*innen aus und 11 von den eingesetzten Polizist*innen. Das ECPMF stellte in Berlin 23 tätliche Angriffe fest.⁶

Behinderungen von und Angriffe auf Journalist*innen durch rechte Medienaktivist*innen

Das Entstehen und vor allem die Ausbreitung der Corona-Proteste im Frühjahr 2020 war ohne Liveübertragungen auf Youtube nicht denkbar. Die Youtuber*innen sind das mediale Rückgrat der Corona-Proteste und haben wesentlich dazu beigetragen, dass die Menschen seit Mai 2020 auf die Straße gegangen sind und sich den Corona-Protesten angeschlossen haben. Allein in Berlin sind ca. 30 Youtuber*innen, Blogger*innen, Vlogger*innen mit ca. 1,1 Mio. Follower*innen ansässig, die über die Corona-Proteste in der Stadt berichtet haben.

Schwerpunkte der Berichterstattung der rechten Medienaktivist*innen waren u. a. Video-Live-Übertragungen von Demonstrationen, Interviews mit Protagonist*innen und zum Teil offen radikalen Rechten. Die Medienaktivist*innen arbeiten in der Regel auf den Plattformen Youtube, DLive oder Twitch und finanzieren sich über Spenden oder steuerfreie Schenkungen. In Einzelfällen werden die Inhalte, nach einem „Deplatforming“ (Löschung des Accounts) z. B. auf Youtube, auf eigenen Homepages veröffentlicht.⁷ Daneben wird seit April 2020 die Vereinszeitung „Demokratischer Widerstand“ von Medienaktivist*innen der Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. herausgegeben. Die Blattlinie schwankt zwischen Verschwörungsideologie und rechtsoffener Publizistik.

Die rechten Medienaktivist*innen beschreiben sich selbst als „Journalisten“, „Freie Presse“ oder „alternative Medien“, die „unabhängig“ von den sogenannten „Mainstream-Medien“ oder der „Konzernpresse“ tätig seien. Im Laufe der Corona-Proteste haben sich mindestens 15 Medienaktivist*innen als sogenannte Influencer*innen herauskristallisiert, die die Corona-Proteste medial prägen. In der fachlichen Einordnung handelt es sich bei den Veröffentlichungen der Medienaktivist*innen nicht um Journalismus, da in der Regel keine journalistischen Grundsätze und Normen, wie der Pressekodex über die Unabhängigkeit und Sorgfaltspflicht in der veröffentlichten Berichterstattung beachtet werden.

Es ist von
einer hohen
Dunkel-
ziffer an
Übergriffen
auf
Pressever-
treter*innen
auszugehen.

Die Medienaktivist*innen versuchen immer wieder den Eindruck der „journalistischen Neutralität und Unabhängigkeit“ zu erwecken. Bei der Live-Berichterstattung vermischen sie regelmäßig eine berichtende Darstellung der Ereignisse mit einer konkreten Einflussnahme auf die Kundgebung als Demonstrationsteilnehmer*innen. Die*der selbsternannte Bürgerjournalist*in wird dann zum*zur Medienaktivist*in durch:

1. Teilnehmendes Verhalten an Kundgebungen und Demonstrationen, wie z. B. das Rufen von Parolen und Singen.
2. Aufwiegeln und „Anheizen“ von Teilnehmer*innen durch Rufe und Aufforderungen.
3. Aufforderungen an die Polizei, polizeiliche Maßnahmen gegenüber Dritten einzustellen. Polizeiliche Maßnahmen werden von der*dem Medienaktivist*in durch Bedrängung, „in den Weg stellen“ proaktiv behindert, z. B. indem eine Ingewahrsamnahme durch ein Interview gestört wird.

Das aktivistische Verhalten der vermeintlichen Journalist*innen wird von den Zuschauer*innen als „kritischer“ Journalismus verstanden. Ein zentrales Narrativ in der „Berichterstattung“ ist die Konfrontation der*des „Journalist*in“ mit der Polizei, professionellen Journalist*innen und Gegendemonstrant*innen. Dies wird von den Zuschauer*innen als „auf den Zahn fühlen“, dem „Unrechtstaat“, der „Diktatur“ oder dem „Merkel-Regime“ entgegnet bewertet. Dabei werden Dritte in Livestreams körperlich bedrängt, Porträtfotos im Sinne des Kunsturhebergesetzes §22 live ohne Zustimmung veröffentlicht, die Ablehnung von Interviewanfragen ignoriert und demokratischer Gegenprotest als bezahlter Protest diffamiert, z. T. auch Polizist*innen und Politiker*innen strafbar beleidigt. Diese rechtlichen Überschreitungen haben meist weder eine polizeiliche Maßnahme in der Situation noch im Nachgang ein Ermittlungsverfahren oder eine Verurteilung zur Folge. Diese Verstöße finden auch in den dazugehörigen Chats statt, was in der Vergangenheit zu regelmäßigen Sperrungen der Medienaktivist*innen auf großen Plattformen führte. Diese Verstöße gegen die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Plattformen werden dann als „Zensur“ des Staates oder „Diktatur“ von den Medienaktivist*innen kritisiert.

„Markieren“ von Journalist*innen

Ein Teil der bundesweit aktiven rechten Medienaktivist*innen stellt eine konkrete Bedrohung für professionelle Journalist*innen im beruflichen und privaten Kontext dar. Seit Mai 2020 konnte vermehrt beobachtet werden, dass Medienaktivist*innen Journalist*innen zum Gegenstand ihrer Veröffentlichungen machten. In ihren Videos werden regelmäßig Journalist*innen bei Demonstrationen „markiert“, verstärkt auf Youtube und Telegram mit einem Foto oder per Video „zur Fahndung“ ausgeschrieben, die private Adresse und Kontaktdaten veröffentlicht.

Redaktionen werden zu Feinden erklärt

2020 wurden Redaktionen von ARD, ZDF, RTL und Correctiv wiederholt zur „öffentlichen Zielscheibe“. Die Anleitung dazu lieferte beispielsweise die Zeitung „Demokratischer Widerstand“. Die Zeitung lässt regelmäßig Autor*innen zu Wort kommen, die in geschichtsrevisionistischer Weise behaupteten, die großen Medienhäuser seien gleichgeschaltet. So veröffentlichte die Zeitung in der Ausgabe N° 17 im Vorfeld der gewaltsamen Proteste vom 28. bis 30. August 2020 einen detaillierten Lageplan Berliner Medienhäuser. Die Leser*innen der Zeitung, in der Regel auch die Teilnehmer*innen an der bundesweiten Demonstration am 30. August 2020, wurden darin offen angeleitet, im Zuge der Proteste die Redaktionen vor Ort zu besuchen, ein Gespräch mit dem „Direktor“ zu fordern, „dass dieser sich der Versammlung persönlich erklären solle“. Die Redaktionen mussten in der Folge zum Teil von der Polizei geschützt werden.

Falsche Verdächtigung von Journalist*innen

Das Markieren von einzelnen Journalist*innen geht einher mit der Bezeichnung von Straftaten durch rechte Medienaktivist*innen der Corona-Proteste. In der Regel wird am Rande von Demonstrationen dem*der Journalist*in eine Straftat unterstellt und vor Ort Anzeige gegen den*die Journalist*in erstattet, wie z. B.

- Vorwurf der Beleidigung des*der rechten Medienaktivist*in
- Vorwurf der Körperverletzung an dem*der rechten Medienaktivist*in
- Vorwurf der Verletzung von Persönlichkeitsrechten nach § 22 Kunsturhebergesetz durch Porträtaufnahmen seitens Journalist*innen.

Diese Anzeigen führen zu einer erhöhten Bedrohungslage der Journalist*innen. Neben den Kosten geht es den Medienaktivist*innen vor allem um die Adressdaten und Namen der Journalist*innen, die ggf. im Rahmen der Anzeige aktenkundig und dadurch bekannt werden.

Behinderung von Pressearbeit und Gewalt gegen Journalist*innen durch die Polizei

Bundesweit war die Gewalt gegen Journalist*innen durch Polizist*innen ein weiterer Schwerpunkt der Übergriffe. So gingen 2020 nach Erkenntnis der dju Berlin-Brandenburg bundesweit 43 Prozent und in Berlin 62 Prozent der tätlichen Angriffe gegen Journalist*innen von Polizist*innen aus. Gewalt im Sinne von tätlichen Übergriffen gegen Pressevertreter*innen durch Polizist*innen ist in Deutschland nach Einschätzung des ECPMF Ende Dezember 2020 „quite rare“ (Anm.: „relativ selten“). Nach den Informationen von www.mappingmediafreedom.org, einem Projekt des ECPMF, haben seit 2014 konkret 113 Journalist*innen und Medienarbeiter*innen in der EU und Ländern, die dieser beitreten wollen, körperliche Gewalt durch die Polizei erlitten.⁸

Charakteristisch an den Übergriffen ist, dass diese sich in der Regel im Zusammenhang mit wenigen lokalen Protesten von bundesweiter Bedeutung ereigneten. So wurden auf vier Demonstrationen bundesweit 101 Journalist*innen von Polizist*innen, teilweise in enger Zusammenarbeit mit privaten Sicherheitsunternehmen, bei der Pressearbeit behindert und 17 davon körperlich attackiert. Allein in Berlin wurden bei zwei Räumungen 53 Journalist*innen von Polizist*innen in der Pressearbeit behindert, davon 9 körperlich angegriffen, z. T. mit Faustschlägen in das Gesicht und mit dem Schlagstock gegen die Beine.

Die Schwere der Verletzungen der Journalist*innen ist dabei deutlich höher als bei den

Corona-Protesten, da die Polizist*innen in der Regel mit Einsatzmitteln wie Mehrzweckesatzstock, hartkunststoff-verstärkten Handschuhen oder schweren Einsatzstiefeln die Journalist*innen angriffen.

Die körperliche Gewalt gegen Journalist*innen wird noch durch konfrontative Einsatztaktiken und Militarisierung von polizeilichem Handeln bei Großlagen verstärkt.⁹ Es wurden bei der Berichterstattung über die Corona-Proteste wie auch im Dannenröder Forst oder im Rheinischen Kohlrevier offene erkennbare Journalist*innen (durch Kennzeichnung an einem Helm, Presseausweis am Oberkörper oder die professionelle Kamera- oder Videoausrüstung) angegriffen. Trotzdem sie ganz offensichtlich Berichterstatte*r*innen waren, wurde schlicht von den Polizist*innen zugeschlagen, anstatt zu milderem Mitteln (Aufforderung, sich zu entfernen) zu greifen.

Einengung journalistischer Räume durch „Rote Zonen“

In Berlin wurden im Rahmen der oben genannten Proteste rund um die Räumung des Syndikats und der Liebig³⁴ mittels Allgemeinverfügungen Sperrbereiche errichtet – sogenannte „Rote Zonen“. In diesen war die Pressefreiheit für Stunden faktisch außer Kraft gesetzt. Die Journalist*innen hatten keine Möglichkeit, den Bereich Stunden vor der eigentlichen Räumung unkontrolliert zu betreten und sich unbeobachtet, ohne polizeiliche Begleitung in den Straßen zu bewegen, zu arbeiten und zu recherchieren, um z. B. Gespräche mit Menschen in dem betroffenen Stadtteil zu führen. Die Einrichtung von „Roten Zonen“ ist ein Mittel des „protest policing“, d.h. der polizeilichen Behandlung und Kontrolle von Protestierenden, insbesondere bei Großdemonstrationen, wie etwa bei dem G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm.

Positive Entwicklungen für Journalist*innen

Mit dem Jahreswechsel sind auch erste positive Entwicklungen für die Verbesserung der Arbeit und des Schutzes von Journalist*innen festzustellen. Nach fast einem Jahr kritischer

Behinderungen und Angriffe auf Journalist*innen durch Polizei, Bundespolizei und Staatsschutz			Behinderungen in der Pressearbeit	Davon tätliche Angriffe
Berlin	Protest gegen Räumung der Kiezneipe Syndikat	6.-7.8.20	33	3
Rheinisches Braunkohlerevier	Proteste Ende Gelände	25.-27.09.20	15	5 (davon 4 private Wach- und Sicherheitsdienste)
Berlin	Räumung des anarcho-queer-feministischen Wohnprojektes Liebig34	8.-9.11.20	20	6
Dannenröder Forst	Proteste gegen den Autobahnausbau und Rodung	10.11.-8.12.20	33	3
Übergriffe insgesamt			101	17

Quelle: dju Berlin-Brandenburg

medialer und Vorort-Begleitung der Übergriffe auf Journalist*innen durch die dju Berlin-Brandenburg, vereinbarten die dju und ver.di mit dem Innensenator, der Berliner Polizeipräsidentin und dem Pressesprecher der Berliner Polizei folgende Maßnahmen:

1. Runder Tisch nach Großdemonstrationen
2. Ständiger Austausch bei Demonstrationen zwischen Journalist*innen mit der Pressestelle und Einsatzleiter*innen
3. Unterstützung der hauptberuflichen Journalist*innen durch konsequente Anwendung des bundeseinheitlichen Presseausweises bei Demos
4. Schulungen von Einsatzkräften der Polizei durch die dju im Presse- und Medienrecht

Zudem hat die Berliner Polizei im 1. Quartal 2021 bei Großdemos vereinzelt Medienschutzbereiche für Journalist*innen eingerichtet. Auch der Umgang der Einsatzkräfte mit den Journalist*innen hat sich vereinzelt verbessert, berichten Kolleg*innen. Diese Entwicklungen müssen sich nun verstetigen und fortgeführt werden. Auch in Sachsen wurde zwischen der Justizministerin und ver.di ein runder Tisch vereinbart. ↩

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-

*Union (dju) ist die gewerkschaftliche Vertretung von Journalist*innen in ver.di. Wir verhandeln seit 1948 Tarifverträge, beraten unsere Gewerkschaftsmitglieder und schützen die Pressefreiheit. Die dju ist Mitglied der Internationalen Journalisten-Föderation (IJF) und der Europäischen Journalisten-Föderation (EFJ).*

1 Vgl. Bundestagsdrucksache 19/4105

2 Daten auf Basis „Kleiner Anfragen im Bundestag“ 2020 - Quellen in den Anmerkungen. Zu den Gewaltdelikten werden in der polizeilichen Kriminalstatistik die Delikte Körperverletzung, schwere und gefährliche Körperverletzung, Totschlag, Tötung auf Verlangen, Mord, sexuelle Nötigung, Raub, erpresserischer Menschenhandel und Beteiligung an einer Schlägerei gezählt. All diese Delikte zählen zur mittleren und schweren Kriminalität. Nötigung, Bedrohungen und Beleidigungen, Volksverhetzung zählen nicht dazu.

3 Vgl. Erik Peter (2020): Die Stunde der Rechten, in: taz, Tageszeitung, 26.4.2020. www.taz.de/Corona-Verschwoerungsdemos/!5678552

4 Vgl. Bundestagsdrucksache Drucksache 19/25214

5 Ebenda.

- 6 Vgl. European Centre for Press and Media Freedom (ECPMF): Feindbild Journalist 5. www.ecpmf.eu/feindbild-journalist-2021 (letzter Zugriff am 8.4.2021)
- 7 Deplatforming beschreibt den dauerhaften Ausschluss von Kanalbetreibern von Plattformen wie Youtube, Twitter oder Instagram. Vgl. Isabelle Klein: „Deplatforming“. Wie Online-Plattformen gegen Rechtsextremismus vorgehen, 15.7.2020: www.deutschlandfunk.de/deplatforming-wie-online-plattformen-gegen.2907.de.html?dram:article_id=480573 (letzter Zugriff am 14.2.2021)
- 8 Vgl. Hoffmann, Martin: #ReportIt: Not a “normal procedure” – Police violence against the press in Europe, 2.10.2020. www.mappingmediafreedom.org/2020/10/02/reportit-police-violence-against-press/ (letzter Zugriff am 15.2.2021)
- 9 Vgl. Kirsch, Martin: Militarisierung des Protest Policing: Polizeikrieger als Autoritäre Konfliktlösung; in: www.cilip.de/2017/11/27/militarisierung-des-protest-policing-polizeikrieger-als-autoritaere-konfliktloesungsstrategie

71 12. MÄRZ 2020 BERLIN-LICHTENBERG: Gegen 16.05 Uhr wird ein 56-jähriger Mann in der Frankfurter Allee von einem 20-jährigen Jugendlichen aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin 14.01.2021

72 13. MÄRZ 2020 BERLIN-SPANDAU, U-BAHNHOF SPANDAU: Eine 42-jährige Frau, die gegen 14.30 Uhr im U-Bahnhof Spandau von ihrer Tochter begleitet wird, wird von einem unbekanntem Mann aus antimuslimischer Motivation beleidigt und so stark mit der Schulter gestoßen, dass sie zu Boden stürzt. Polizei Berlin 25.05.2020

73 14. MÄRZ 2020 BERLIN-ZEHLENDORF: Gegen 18.25 Uhr steigt eine 29-jährige Frau, die ein Kopftuch trägt, am Teltower Damm mit ihrer 9-jährigen Tochter in einen Bus der Linie 118 ein. Sie wird von einem Fahrgast aus antimuslimischer Motivation beleidigt. Als die 29-Jährige an der Clauertstraße den Bus verlässt, wird sie von dem unbekanntem Mann verfolgt und mit einem Messer bedroht. Polizei Berlin 16.03.2020, Süddeutsche Zeitung 16.03.2020, pnr24-online.de 16.03.2020

74 15. MÄRZ 2020 BERLIN-CHARLOTTENBURG: Ein 41-jähriger Mann wird gegen 19.00 Uhr in der Nordhauser Straße von einem 61-jährigen Mann rassistisch beleidigt und geschlagen. Polizei Berlin 16.03.2020

75 15. MÄRZ 2020 BERLIN-NEUKÖLLN: Ein 39-jähriger Mann wird gegen 22.45 Uhr in der Fritz-Erler-Allee in Gropiusstadt von zwei unbekanntem Männern aus LGBTIQ*feindlicher Motivation mit Fäusten und einem Fahrradschloss geschlagen. Als der 39-Jährige auf dem Boden liegt, wird er von den Unbekanntem getreten. Polizei Berlin 25.05.2020

76 16. MÄRZ 2020 BERLIN-REINICKENDORF: Gegen 10.20 Uhr wird ein 4-jähriges Mädchen, das in Begleitung seiner Mutter auf dem Gehweg in der Pankower Allee Fahrrad fährt, von einem 58-jährigen Mann rassistisch beleidigt und mit einem Einkaufsbeutel geschlagen, so dass das Mädchen vom Fahrrad stürzt. Polizei Berlin 25.05.2020

77 16. MÄRZ 2020 BERLIN-WEDDING: Eine Frau, die ein Kopftuch trägt, wird im Ortsteil Gesundbrunnen von einem Mann, der in Begleitung eines anderen Mannes ist, aus einem Büro in der Nähe ihres Wohnhauses rassistisch beleidigt und massiv bedroht. Die Frau erstattet Anzeige. Der Täter stellt eine Gegenanzeige und behauptet, die Betroffene habe ihn zuerst beleidigt. Zeug*innen bestätigen jedoch die Angaben der Bedrohten. Register Mitte

78 17. MÄRZ 2020 BERLIN-CHARLOTTENBURG: Gegen 0.45 Uhr wird ein 43-jähriger Mann in einem Hotel in der Kaiser-Friedrich-Straße von einem 29-jährigen Mann aus LGBTIQ*feindlicher Motivation gestoßen, gegen den Kopf geschlagen und getreten. Polizei Berlin 06.04.2020

79 17. MÄRZ 2020 BERLIN-MARZAHN: Ein 17-jähriger Jugendlicher, der einen Schüler*innenjob in einem Fast-Food-Restaurant in der Bitterfelder Straße ausübt, wird gegen 19.40 Uhr von einem 20-jährigen Mitarbeiter aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin 25.05.2020, Register Marzahn-Hellersdorf

80 26. MÄRZ 2020 BERLIN-MITTE: Eine Frau wird in ei-

nem Bus in Mitte von einem Mann mit Mundschutz und Handschuhen mit Wucht gegen die Scheibe gestoßen und aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus beleidigt. An der nächsten Haltestelle verlässt der Angreifer den Bus. Der Busfahrer und Zeug*innen greifen nicht ein. Register Mitte

81 27. MÄRZ 2020 BERLIN-WEDDING: Gegen 9.50 Uhr wird ein 32-jähriger Mitarbeiter beim Öffnen einer Bank in der Badstraße in Gesundbrunnen von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt, gestoßen und ihm wird ins Gesicht gespuckt. Polizei Berlin 25.02.2021

82 29. MÄRZ 2020 BERLIN-TIERGARTEN: Gegen 17.30 Uhr wird ein 55-jähriger Mann, der einen Fahrstuhl in einem Wohnhaus in der Huttenstraße benutzt, von zwei Männern rassistisch beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Der 55-Jährige hatte die Männer aufgrund der Corona-Gefahr gebeten, den Fahrstuhl alleine benutzen zu dürfen. Polizei Berlin 30.03.2020, B.Z. 30.03.2020

83 31. MÄRZ 2020 BERLIN-CHARLOTTENBURG: Es findet ein antisemitischer Angriff statt. Auf Wunsch der Betroffenen werden keine weiteren Informationen veröffentlicht. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

84 31. MÄRZ 2020 BERLIN-CHARLOTTENBURG: Es findet ein antisemitischer Angriff statt. Auf Wunsch der Betroffenen werden keine weiteren Informationen veröffentlicht. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

85 4. APRIL 2020 BERLIN-FRIEDRICHSHAIN, TRAM: Zwei Frauen und deren Familien werden gegen 20.00 Uhr in einer Straßenbahn in der Nähe der Haltestelle Büschingstraße von einem 53-jährigen Mann rassistisch beleidigt und mit einem Hammer bedroht. Polizei Berlin 05.04.2020, tag24.de 05.04.2020

86 6. APRIL 2020 BERLIN-REINICKENDORF, U-BAHN: Zwei Personen werden in der U-Bahn aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus beleidigt und gewaltsam angegriffen. Each One Teach One (EOTO)

87 6. APRIL 2020 BERLIN-TIERGARTEN: Eine Frau, die ein Kopftuch trägt und an der Spree im Spreebogenpark picknickt, wird von einem Mann, der mit einem Fahrrad an ihr vorbeifährt, aus antimuslimischer Motivation bespuckt. Die Frau wird nicht getroffen. Inssan e.V.

88 8. APRIL 2020 BERLIN-CHARLOTTENBURG: Ein 38-jähriger Mann wird gegen 12.30 Uhr in einem Geschäft in der Kantstraße von einer 30-jährigen Frau, die von einer anderen Frau begleitet wird, rassistisch beleidigt. Der 38-Jährige kann einem Tritt der Frau ausweichen. Polizei Berlin 25.05.2020

89 8. APRIL 2020 BERLIN-TIERGARTEN: Gegen 23.45 Uhr wird ein 23-jähriger Mann, der mit einem Mann und einer Frau an der Levetzowstraße Ecke Wikingerufer unterwegs ist, von einem Mann aus einer Gruppe von drei Personen heraus aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt, mit der Faust gegen den Kopf geschlagen und verletzt. Polizei Berlin 09.04.2020, Tagespiegel 09.04.2020, Berliner Morgenpost 09.04.2020, queer.de 09.04.2020

„Die waren das mit dem Virus“

Antisemitismus im Zuge der COVID-19-Pandemie und auf den Versammlungen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie

Julia Kopp
(Projektreferentin
RIAS Berlin)

⇨ Am Wochenende des 28. und 29. August 2020 hing ein Banner vor der Berliner Siegessäule: „Stoppt Chemtrails und Soros“ – der Philanthrop George Soros wurde von Teilnehmer_innen sowie von Redner_innen auf den oft unübersichtlichen Versammlungen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie regelmäßig als antisemitisches Feindbild bemüht. So auch auf den Demonstrationen am letzten Augustwochenende in Berlin, zu denen verschiedene Akteur_innen aus dem verschwörungsideologischen, teilweise auch rechtsextremen Spektrum aufgerufen hatten. Auf anderen Transparenten stand der Buchstabe „Q“, ein Verweis auf QAnon, und „Stopp NWO“, eine Abkürzung für „New World Order“. In beiden Fällen handelt es sich um Verschwörungsmymen, die anschlussfähig sind für Antisemitismus. Auch Reichsflaggen in Schwarz-Weiß-Rot waren auf der Straße des 17. Juni und an anderen Orten zu sehen. An einer Stelle hatte sich eine Frau ein Schild mit dem Wort „Souverän“ an die Brust geheftet (der Begriff wurde auf dieser Versammlung oft von sogenannten Reichsbürger_innen verwandt), auf der Hosentasche war ein „Q“ befestigt, mit den Händen formte sie ein Herz.

Bei diesen Versammlungsgeschehen, die sich über verschiedene Orte verteilten, kam es immer wieder zu antisemitischen Artikulationen. Vor dem Brandenburger Tor trug eine Person einen Pappkarton vor sich her, auf dem geschrieben stand: „Niemand hat das Recht Merkel zu gehorchen“ – eine Anspielung auf einen Satz von Hannah Arendt. Auf dem Karton hatte die Person zudem mehrere sogenannte Judensterne geklebt, in die das Wort „Jesund“ geschrieben war. Auf der Straße des 17. Juni hatte sich ein Mann einen solchen Judenstern, in dem „Corona“ stand, auf sein T-Shirt drucken lassen. Ein anderer Teilnehmer hatte einen Handwagen dabei, an dem mehrere Flugblätter hingen. Auf einem war das Eingangstor zu einem Konzentrationslager mit der Aufschrift „Arbeit macht frei“ zu sehen. Darunter stand: „Was werden wir unseren Kindern sagen?“ Eine weitere Person behauptete über eine mitgebrachte Soundanlage, „Nazi“ stünde für „National-Zionisten“. Im Tiergarten wurde ein antisemitischer Zettel an einem Zaun hinterlassen, auf dem die „Besatzung“ Deutschlands durch eine „Talmud-jüdisch-vatikanische Firma“ behauptet wurde. Es kam dort außerdem zu einer antisemitischen Anfeindung gegenüber einer Person, die eine Kippa trug: Teilnehmer_innen der Versammlung bedrängten und bedrohten den Mann antisemitisch und riefen dabei unter

anderem: „Ihr denkt, ihr seid die Herrenrasse“, „Ihr macht den Genozid im Mittleren Osten“ und „Setz' dir keine Kappe auf und mach hier kein auf bösen Juden, wenn du angegriffen bist, was ist das für eine ekelige Art.“ Eine Person aus der Versammlung spekulierte, das Ganze sei eine Inszenierung.

Diese Szenen von den Versammlungen am 28. und 29. August in Berlin verweisen auf zweierlei: zum einen auf das Neben- und Miteinander verschiedener politisch-weltanschaulicher Spektren von der politischen Mitte bis ins rechtsextreme Lager auf diesen Versammlungen. Seit April 2020 hat sich eine spektrenübergreifende Sammlungsbewegung etabliert, in der sich die Ablehnung der Pandemie-Maßnahmen, teilweise auch die völlige Leugnung einer Pandemie, mit einer diffusen und aggressiven Ablehnung von Eliten und der Wissenschaft verbindet; mitunter einhergehend mit rechtsextremen Positionen bis hin zu Umsturzfantasien. Oft nahmen solche Positionen Bezug auf verschiedene Verschwörungsmythen wie QAnon und NWO, oder sie verwendeten verschwörungsideologische Versatzstücke.¹

Zum anderen wurde offensichtlich, dass die Versammlungen diesen antisemitischen Artikulationen bereitwillig Raum boten. Auch wenn das erste und letzte Wochenende im August 2020 den Höhepunkt des Versammlungsgeschehens in Berlin im vergangenen Jahr bildeten – verwiesen sei etwa auf den Versuch, in den Bundestag einzudringen –, boten die Versammlungen seit ihrem Beginn im April 2020 antisemitischen Artikulationen regelmäßig eine Bühne.

Der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) sind im Jahr 2020 insgesamt 1004 antisemitische Vorfälle bekannt geworden, davon 17 Angriffe, 43 gezielte Sachbeschädigungen, 51 Bedrohungen, 770 Fälle verletzenden Verhaltens und 123 antisemitische Massenzuschriften. Trotz der tiefgreifenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens aufgrund der COVID-19-Pandemie gab es 118 mehr Vorfälle als noch 2019.² RIAS erfasst Demonstrationen als antisemitisches verletzendes Verhalten, wenn sich im Rahmen des Aufrufs, in Parolen, auf Transparenten und Plakaten oder in Redebeiträgen antisemitisch geäußert wird. Für das Jahr 2020 dokumentierte RIAS Berlin insgesamt 58 Versammlungen als antisemitische Vorfälle in diesem Sinne, so viele wie in keinem Jahr zuvor. 42 dieser Versammlungen richteten sich gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie.³

Antisemitismus auf den Versammlungen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie

Die von Beginn an rechtsoffenen Versammlungen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie boten von Anfang an und kontinuierlich Antisemitismus Raum. An nahezu jedem Wochenende von April bis Ende August 2020 fanden Versammlungen in Berlin statt, und für nahezu alle diese Versammlungen dokumentierte RIAS Berlin antisemitische Vorfälle. Zu keinem Zeitpunkt gab es eine glaubwürdige Aus- oder Abgrenzung antisemitischer Positionen. Auch bei den Versammlungen 2021 wurden RIAS Berlin bereits antisemitische Äußerungen bekannt.

Antisemitismus wurde auf den Versammlungen im Verlauf des Jahres 2020 von einigen Redner_innen zunehmend weniger verschlüsselt, von anderen wurde er außerdem immer noch aggressiver geäußert, etwa in der Rhetorik von Redner_innen oder Teilnehmer_innen. Ein Redner etwa sprach von einem „Angriffskrieg“ der „Zionisten“ und „Satanisten“, der derzeit stattfindet und gegen den man sich in einer „Verteidigung“ befinde. Diese Radikalisierung wurde im Sommer 2020 auch an zwei antisemitischen Bedrohungen gegenüber Personen, die als jüdisch identifizierbar waren, am Rande von Versammlungen

Diese NS-Vergleiche und antisemitischen Täter-Opfer-Umkehrungen werden genutzt, um die Maßnahmen demokratischer Politik zu delegitimieren, ...

... sie stellen aber auch eine Bagatellisierung der Schoa dar und gehen einher mit einer antisemitischen Abwehr der Erinnerung an die Schoa und NS-Vergangenheit.

deutlich. Das Versammlungsgeschehen war an den einzelnen Wochenenden meist äußerst unübersichtlich. Zum einen, weil es pandemiebedingt zeitweise ein Versammlungsverbot gab, zum anderen wegen der hohen Anzahl angemeldeter Versammlungen – es ist daher von einem großen Dunkelfeld antisemitischer Artikulationen auszugehen.

Überwiegend äußerte sich der Antisemitismus in den RIAs Berlin bekanntgewordenen Vorfällen im Zusammenhang mit Verschwörungsmysen. Diese sind häufig anschlussfähig für Antisemitismus, weil sie strukturell ähnlichen Denkmustern folgen und ähnliche Projektionen bedienen. In den Fällen, die RIAs Berlin dokumentierte, handelte es sich jedoch um die expliziten Formen von Antisemitismus oder um Codes, die trotz ihrer Chiffrierung eindeutig antisemitisch waren, wie etwa „Rothschild“ oder „Kabale“, d.h. Jüdinnen_Juden wurden in Redebeiträgen, auf Plakaten, Bannern oder Schildern und in Form von Bildern, Motiven oder einzelnen Symbolen als „Strippenzieher“ ausgemacht, welche eine Pandemie nur inszenieren oder sie für sich ausnutzen.

RIAs Berlin ordnet Äußerungen, in denen Jüdinnen_Juden eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben wird, etwa im Rahmen von Verschwörungsmysen, dem modernen Antisemitismus zu. Auf 71,4 Prozent aller Versammlungen, die RIAs Berlin als antisemitische Vorfälle im Jahr 2020 dokumentierte,

wurden Inhalte geäußert, die diesem modernen Antisemitismus entsprachen. Dieser hohe Wert bestätigt eine Tendenz, die RIAs Berlin für das vergangene Jahr generell festgestellt hat: Mehr Vorfälle als in den Jahren zuvor wiesen Inhalte des modernen Antisemitismus auf, der Anteil stieg von 25,6 Prozent im Jahr 2019 auf 34,6 Prozent 2020.

Ebenfalls hoch war mit 59,5 Prozent derjenige Anteil an den verschiedenen antisemitischen Inhalten, die auf den Versammlungen getätigt wurden, der dem Post-Schoa-Antisemitismus zuzuordnen ist. Häufig verglichen Redner_innen oder Teilnehmer_innen die Maßnahmen mit der antisemitischen Politik im Nationalsozialismus; 30 der dokumentierten Versammlungen ordnete RIAs Berlin dieser Kategorie zu. Redner_innen verglichen bspw. Polizist_innen mit den „Busfahrern von Auschwitz“, bezeichneten sie als „Mittäter“ und setzten eine Auflösung einer Versammlung im Mai in Berlin mit der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik gleich: „So funktioniert [sic] Auschwitz und andere Konzentrationslager.“ Zudem imaginierten Teilnehmer_innen einen „digitalen Holocaust“. Bereits ab Beginn der Versammlungen im April 2020 fanden sich Darstellungen des sogenannten Judensterns auf den Versammlungen, mit Inschriften wie „ungeimpft“, „Jesund“ oder auch „Jude“, durch die sich die Teilnehmer_innen als Opfer inszenierten. Diese NS-Vergleiche und antisemitischen Täter-Opfer-Umkehrungen werden genutzt, um die Maßnahmen demokratischer Politik zu delegitimieren, sie stellen aber auch eine Bagatellisierung der Schoa dar und gehen einher mit einer antisemitischen Abwehr der Erinnerung an die Schoa und NS-Vergangenheit.⁴

Antisemitismus als Kitt der Versammlungen?

Antisemitismus verbindet in Berlin unterschiedliche politische Spektren. RIAs erfasst den politischen Hintergrund von Personen, von denen die antisemitischen Vorfälle ausgehen, getrennt von den konkreten antisemitischen Inhalten, die sie äußern. Im Rahmen dieser Klassifizierung der Inhalte unterscheidet RIAs antisemitisches Othering, modernen Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus, israelbezogenen Antisemitismus und antijudaistischen Antisemitismus. Interessant ist zum einen, dass sich alle diese Erscheinungsformen bei sämtlichen zugeordneten

Die antisemitische Deutung der Krise erreichte Jüdinnen_Juden auch in direkten Begegnungen von Angesicht zu Angesicht.

politischen Hintergründen finden lassen – links-antiimperialistische Personen verwenden beispielsweise Stereotype, die dem Post-Schoa-Antisemitismus zugerechnet werden, während rechtsextreme/ rechtspopulistische Akteur_innen wiederum auch Stereotype des israelbezogenen Antisemitismus bedienen.

In den Protesten gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie 2020 zeigte sich unter anderem, dass rechtsextreme und verschwörungsideologische Akteur_innen gemeinsam protestieren. Es ist davon auszugehen, dass antisemitische Verschwörungsmythen und Schoa-Relativierungen, die RIAS Berlin dem Post-Schoa-Antisemitismus zuordnen, hier ein verbindendes Element schufen.

Die COVID-19-Pandemie als umfassende Gelegenheitsstruktur für Antisemitismus

Die COVID-19-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung erwiesen sich als Anlass, aber auch als regelrechte Gelegenheitsstruktur für Antisemitismus: Jeder fünfte Vorfall wies einen Bezug zur COVID-19-Pandemie auf. Den überwiegenden Anteil bildeten Fälle verletzenen Verhaltens, also antisemitische Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen und Organisationen sowie gegenüber anderen Personen oder Institutionen. Neben den genannten Versammlungen traf Antisemitismus mit Bezug zur Pandemie Jüdinnen_Juden auch online, in Situationen des Alltags sowie bei zufälligen Begegnungen und im Wohnumfeld.

Die meisten Vorfälle mit Bezug zur COVID-19-Pandemie – rund 56 Prozent – ereigneten sich online. Dazu zählen unter anderem vier Störungen von Online-Gedenkveranstaltungen und Gottesdiensten (sogenannte Zoom-Bombings⁵), die unmittelbar zu Beginn der Verlagerung vieler Bereiche des öffentlichen Lebens im digitalen Raum stattfanden. Zudem dokumentierte RIAS Berlin zahlreiche Kommentare und Nachrichten auf verschiedenen Social-Media-Plattformen, die an jüdische Personen oder Organisationen gerichtet waren, sowie Propaganda per E-Mail.

Die Dynamik einer solchen Gelegenheitsstruktur zeigte sich zuletzt in ihren Auswirkungen auf die Alltagsebene, denn die antisemiti-

sche Deutung der Krise erreichte Jüdinnen_Juden auch in direkten Begegnungen von Angesicht zu Angesicht. So berichteten Betroffene bereits im April 2020, dass sie bei Alltagsbegegnungen antisemitische Äußerungen erlebt hatten oder Beschimpfungen ausgesetzt waren. Am 31. Mai spazierten ein jüdischer Mann und eine Frau durch den Wedding, als sie antisemitisch beleidigt wurden. Ein ihnen unbekannter Mann rief dem Paar zu: „Schämt ihr euch nicht, was ihr veranstaltet habt, ihr Juden?“ Als sie wortlos weitergingen, schrie er ihnen „Schämt euch!“ hinterher. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich am 22. April in einem Supermarkt in Neukölln: Eine Frau war einkaufen, als ein Unbekannter zu seiner Begleitung sagte: „Die waren das mit dem Virus.“ Die Betroffene trug einen Beutel, auf dem unter anderem ein Davidstern zu sehen war; auch ihr war der antisemitische Gehalt der Aussage unmittelbar bewusst.

RIAS Berlin sind außerdem vermehrt Vorfälle im Wohnumfeld von jüdischen Betroffenen bekannt geworden. So wurde etwa in Berlin-Schöneberg eine jüdische Betroffene in ihrem Wohnumfeld antisemitisch markiert. Sie hatte ihren Namen in einer Liste zur Nachbarschaftshilfe eingetragen, der Täter ergänzte ihren Namen um „Dr. Corona“ und „Dreimal klopfen“. Bereits in der Vergangenheit hatte die Betroffene antisemitisch motivierte Vorfälle erlebt. Kurz nach ihrem Einzug war mehrfach das Namensschild an ihrer Klingel abgerissen worden. Gerade im eigenen Wohnumfeld antisemitische Anfeindungen und Markierungen erleben zu müssen, ist für Betroffene meist besonders verunsichernd. Schon in den vergangenen Jahren wies RIAS Berlin wiederholt darauf hin, dass der Antisemitismus in sämtliche Lebensbereiche der Betroffenen vordringt. In den Monaten der Pandemie, in denen das öffentliche Leben stark eingeschränkt war und zum Teil noch ist, wurde der private Raum zum zentralen Lebensmittelpunkt, als Wohn- und Arbeitsumfeld, aber eben auch als Rückzugsort. Selbst hier vor Antisemitismus nicht sicher zu sein, ist daher besonders belastend. ↩

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) wurde 2015 als bundesweit erste zivilgesellschaftliche Anlaufstelle für Betroffene von Antisemitismus ins Leben gerufen. Seitdem hat RIAS Berlin ein stadtweites Meldernetzwerk für antisemitische Vorfälle aufgebaut. Mit Hilfe des Portals report-antisemitism.de und

der Meldenummer 0152 13 36 21 98 können antisemitische Vorfälle direkt niedrigschwellig an das Projekt gemeldet werden.

- 1 Vgl. Bundesverband Mobile Beratung e.V.: Auseinandersetzung unterstützen. Analyse der Corona-Proteste und Empfehlungen für Politik und Verwaltung, S. 3. <https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2020/12/2020-12-13-BMB-Policy-Paper-%E2%80%93-Auseinandersetzung-unterst%C3%BCtzen.pdf> (Zugriff am 10.05.2021).
- 2 Vgl. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin: Antisemitische Vorfälle in Berlin 2020. https://www.report-antisemitism.de/documents/Antisemitische-Vorfaelle-2020_Jahresbericht_RIAS-Berlin.pdf (Zugriff am 10.05.2021).
- 3 Vgl. die Antwort auf die „Schriftliche Anfrage Nr. 18/27165 vom 15. März 2021 über Antisemitische Vorfälle aus zivilgesellschaftlicher Perspektive im Jahr 2020“. <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-27165.pdf> (Zugriff am 10.05.2021).
- 4 Vgl. Bundesverband der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (Bundesverband RIAS e.V.): „1933 – 2020“ – Das Geschichtsbild auf Versammlungen gegen Corona-Maßnahmen in Deutschland. <https://www.facebook.com/notes/2370812243215193/?fref=mentions> (Zugriff am 10.05.2021).
- 5 Vgl. Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin/Bundesverband RIAS e.V.: Auch digital sichere Räume schaffen. Online-Veranstaltungen und -Seminare schützen. https://mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2021/02/200715_MBR_RIAS-Handout-Zoom-bombing-1.pdf (Zugriff am 10.05.2021).

Der Umgang mit Verschwörungserzählungen im privaten Kontext

Im Zuge der Corona-Pandemie ist teilweise offen antisemitisches Verschwörungsgedanken sichtbarer geworden. Artikuliert wurden Verschwörungserzählungen nicht nur bei den Versammlungen gegen die staatlichen Eindämmungsmaßnahmen. Coronaleugnende Positionen und verschwörungsideologische Deutungen der Pandemie betrafen verstärkt auch Familien, Freundschaften und Partnerschaften.

Eine Auseinandersetzung mit besonderen Herausforderungen

⇨ Einer der Arbeitsschwerpunkte der MBR im Jahr 2020 waren die rechtsoffenen Mobilisierungen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Zu welchen Herausforderungen hat die MBR in diesem Zusammenhang beraten und welche Akteure haben sich an die MBR gewandt?

Anna Müller: Eine Frage, die uns zunächst oft gestellt wurde, war, wie wir die Proteste auf der Straße einschätzen. Wer geht da auf die Straße und was verbindet die Teilnehmenden? Die Situation war von Anfang an sehr unübersichtlich. Wenn wir uns die ersten Proteste auf dem Rosa-Luxemburg-Platz noch einmal vor Augen führen, haben dort sehr unterschiedliche Menschen teilgenommen. Neben Menschen aus dem Umfeld der Kulturszene, die die Proteste initiiert hatten, waren dort von Beginn an auch rechtsextreme und rechtspopulistische Medienaktivist_innen und Anhänger_innen von Verschwörungserzählungen dabei. Neben zentralen Protesten gab es auch verschiedene Versuche, Aktionen in den einzelnen Bezirken durchzuführen. In Bezug auf diese Proteste und in letzter Zeit auch in Bezug auf die verschwörungsideologischen Autokorsos, die es in verschiedenen Teilen der Stadt bis

Interview mit Anna Müller (MBR)

Anna Müller berichtet im Interview mit den „Berliner Zuständen“ aus der Beratungsarbeit der Mobilien Beratung gegen Rechts-Extremismus Berlin (MBR) zu dieser besonderen Herausforderung. Ein Gespräch über Hinweise zum emotionalen Umgang mit der belastenden Auseinandersetzung, die Wichtigkeit, Grenzen zu setzen und Empfehlungen für die gesamtgesellschaftliche Bearbeitung.

heute gibt, wollen vor Ort engagierte Bündnisse und Initiativen von uns wissen, ob diese Veranstaltungen von lokalen Strukturen aus ihren Bezirken organisiert werden. Anfragen erhielt die MBR auch aus der Politik und Teilen der Verwaltung, die sich einerseits eine Einordnung der Proteste wünschten und andererseits Unterstützung suchten zum Umgang mit Äußerungen von coronabezogenen Verschwörungserzählungen, die den Verwaltungsmitarbeitenden im Kontakt mit Bürger_innen begegnen.

In den Beratungen und Fortbildungen haben wir den Anfragenden unsere Einschätzung vermittelt, wonach die Teilnehmenden der Proteste gegen die Corona-Eindämmungsmaßnahmen ein sehr diffuses und heterogenes Spektrum bilden, das nicht pauschal als rechtsextrem oder rechtspopulistisch beschrieben werden kann. Was wir allerdings von Anfang an beobachtet haben, ist, dass sich weder die Veranstalter_innen noch der Großteil der Teilnehmenden von Rechtsextremen abgegrenzt haben, und wenn doch, dann waren es Lippenbekenntnisse. Als verbindendes Element unter den Teilnehmenden haben wir verschiedenste, teilweise offen antisemitische Verschwörungserzählungen ausmachen können,

wie sie bei den sogenannten „Reichsbürgern“ ohnehin weitverbreitet und auch in esoterischen und impfkritischen Milieus anzutreffen sind. Als weiteres verbindendes Element kommt eine Widerstandserzählung gegen „die da oben“ hinzu, die die Proteste für verschiedene Lager und eben auch für Rechtsextreme anschlussfähig macht. Viele Teilnehmende sehen dabei offenbar bewusst über antidemokratische Positionierungen ihrer Mitdemonstrant_innen hinweg – entscheidend ist für sie, dass sie sich gemeinsam im „Widerstand“ befinden.

Daraus resultiert auch eine gewisse Aggressivität und latente Gewaltförmigkeit in den Protesten, die sich zunächst vor allem am Rande von Aufmärschen gegen Personen mit Mund-Nasenschutz und Journalist_innen richtete. Wenn das eigene Weltbild aus Verschwörungserzählungen konstruiert wird und man aufgrund dessen den Staat, seine Institutionen und verschiedene gesellschaftliche Gruppen als Feinde betrachtet, dann liegt die Schlussfolgerung nahe, den Kampf gegen die selbst erklärten Feinde auch in die eigene Hand nehmen zu müssen. Dies kann durchaus Anschläge auf Personen, Gruppen und Einrichtungen zur Folge haben, die diese Feindbilder repräsentieren. Neben dem Feindbild Wissenschaft, das etwa hinter dem Brandanschlag auf ein Gebäude des Robert-Koch-Instituts steht, sind davon auch bestimmte gesellschaftliche Gruppen und Minderheiten betroffen. Gerade zu Beginn der Pandemie gab es eine Welle von rassistischen Angriffen gegen als asiatisch gelesene Menschen, die für Corona verantwortlich gemacht wurden.

Die moderne Gesellschaft ist komplex, und Entwicklungen sind in ihrer Vielschichtigkeit, Widersprüchlichkeit und Dynamik oft nur schwer zu verstehen.

**Ideologien der
menschlichen
Ungleichwertigkeit
und Verschwö-
rungsdenken sind
kein Problem
„gesellschaftlicher
Ränder“, sondern
kommen auch aus
der „Mitte“
der Gesellschaft.**

Die MBR schreibt in ihrem Rückblick auf das Jahr 2020, die Auseinandersetzung mit Verschwörungserzählungen habe auch abseits von Versammlungen zunehmend Eingang in den Alltag vieler Berliner_innen gefunden. Was ist damit gemeint und wie macht sich dies in der Arbeit der MBR bemerkbar?

Im vergangenen Jahr hat sich in den Anfragen an die MBR bemerkbar gemacht, dass Berliner_innen in ihrem Freund_innen- und Bekanntenkreis sowie in ihren Familien verstärkt mit verschwörungsideologischen Äußerungen und Erzählungen konfrontiert waren. Dabei geht es um Auseinandersetzungen, denen schon allein aufgrund der persönlichen, emotionalen und oft auch räumlichen Nähe kaum ausgewichen werden kann und die eine große Unsicherheit hervorrufen. Man möchte niemanden vor den Kopf stoßen, der einem nahesteht. Besonders viele Anfragen bekamen wir im vergangenen Sommer, als die Straßenproteste einen Höhepunkt erlebten. Wir hatten mehrere Fälle, in denen sich Geschwister oder Ehepartner_innen plötzlich Verschwörungserzählungen zugewandt hatten und diese Erzählungen zu alltagsbestimmenden Themen in den Familien wurden. Beratungsnehmende berichteten uns davon, wie unverfängliche Unterhaltungen plötzlich umschlagen konnten und ein sachliches Gespräch gar nicht mehr möglich war. Anhänger_innen von Verschwörungserzählungen formulieren häufig den Vorwurf, dass Personen, die diese Erzählungen nicht teilen, die Wahrheit nicht erkennen würden. Der von Verschwörungsideolog_innen häufig wiederholte Vorwurf, dass sich ihr Gegenüber über angebliche Zusammenhänge nicht ausreichend informiert habe und die Wahrheit nicht erkennen wolle, kann so weit führen, dass die Betroffenen beginnen, an ihrer eigenen Urteilsfähigkeit zu zweifeln. Teil unserer Beratungsarbeit war es daher, unsere Beratungsnehmenden in ihrer Wahrnehmung zu bestärken, dass es sich bei diesen verschwörungsideologischen Äußerungen um problematische, oft auch antidemokratische und antisemitische Aussagen handelt, und sie über die Struktur, Wirkungsweise und Dynamik der Erzählungen und Narrative zu informieren.

Worin bestehen die besonderen Herausforderungen, Personen zu beraten, die in privaten oder engen familiären Kontexten mit Verschwörungserzählungen konfrontiert sind?

Wenn es um private Kontexte geht, spielt die emotionale Belastung häufig eine große Rolle.

Es ist in Ordnung, sich einzugestehen, nicht alle Prozesse vollständig zu durchschauen, und dieses Eingeständnis auch zu kommunizieren.

Das trifft nicht nur auf Beratungen zum Umgang mit Verschwörungserzählungen zu, sondern gilt auch für andere Bereiche unserer Arbeit, etwa wenn es um rechtsextreme Bedrohungen geht. Das Problem verschärft sich in einer Pandemie-Situation, in der sonst vorhandene Austauschmöglichkeiten mit Dritten drastisch eingeschränkt sind. Ein Augenmerk liegt in unseren Beratungen daher darauf, gemeinsam mit den Beratungsnehmenden nach möglichen Verbündeten zu suchen: Wer ist noch in Kontakt mit der Person, die Verschwörungserzählungen anhängt, und kann positiv Einfluss nehmen? Wo finde ich als Bezugsperson einen geschützten Rahmen, um über meine eigene emotionale Situation und meine Befürchtungen zu sprechen?

Eine weitere Herausforderung besteht darin, dass es in privaten Näheverhältnissen, anders als in Situationen mit Unbekannten auf der Straße, häufig schwerer fällt, Grenzen zu setzen. Ein besonderer Umgang ist zudem gefordert, wenn Kinder involviert sind. Dann steht die Frage im Raum, wie sich der Weg, den ich in der Auseinandersetzung einschlage, auf das Verhältnis zu den gemeinsamen Kindern auswirkt. In familiären Kontexten stehen Personen, die Probleme ansprechen, schnell als diejenigen da, die schlechte Stimmung provozieren und den Familienfrieden stören.

Zwei Beratungsfälle aus dem vergangenen Jahr sind mir dabei besonders in Erinnerung geblieben. In dem einen Fall hatte sich ein Vater an uns gewandt, weil der neue Partner der Mutter eng mit Protagonisten der Versammlungen

Eine Argumentation auf der Fakten- und Wissens Ebene kann der anderen Person zeigen, dass ich sie ernst nehme und mich mit ihren Inhalten auseinandersetze.

gegen die Corona-Maßnahmen verhandelt war. In diesem Fall spielte auch ein physisches Bedrohungsgefühl eine Rolle.

In dem anderen Fall haben wir eine Frau im Umgang mit ihrem Partner beraten, der sich im Kontext der Corona-Pandemie radikalisiert hatte, vor allem durch Soziale Netzwerke und über das Internet. Die Beratungsnehmerin hatte das Gefühl, überhaupt keinen Zugang mehr zu ihrem Partner sowie keine Möglichkeit mehr für einen gemeinsamen Alltag zu haben, und litt daher sehr unter der Situation zu Hause.

Was können diese Personen tun? Was empfiehlt die MBR in ihren Beratungen zum Thema? Welche Bedeutung hat dabei etwa das Setzen von Grenzen?

Grundsätzlich arbeiten wir nach dem Dreiklang Wahrnehmen – Deuten – Handeln. Wie ich schon erwähnt habe, brauchen viele Beratungsnehmende, die mit Verschwörungserzählungen konfrontiert sind, eine Bestärkung ihrer eigenen Wahrnehmungen und damit ihres Problembewusstseins in Bezug auf den oft antidemokratischen und antisemitischen Gehalt von Verschwörungsideologien. Darauf aufbauend können wir unsere Beratungsnehmenden dabei unterstützen, einen Überblick über Arten und Funktionsweisen von Verschwörungsideologien zu gewinnen und damit einzelne Aussagen, die ihnen begegnen, besser einordnen und deuten zu können. Wir waren also als Fachstelle zunächst

gefragt, unser Wissen weiterzugeben. Häufig ging es im nächsten Schritt dann darum, mögliche Gesprächsstrategien zu erarbeiten.

In der Auseinandersetzung mit Verschwörungserzählungen gibt es allerdings nicht die eine richtige Strategie, die in allen Fällen für die verschiedensten denkbaren Settings greift. Grundsätzlich ist aber ein offenes Herangehen und ein sensibler Umgang auf Augenhöhe sinnvoll, da ein Gefühl der Ausgrenzung das Gegenüber in seinem Glauben an sein verschwörungsideologisches Weltbild noch bestärken kann. Zu einem solchen offenen Herangehen könnte ein offener Umgang mit den eigenen Unsicherheiten und Ungewissheiten gehören. Die moderne Gesellschaft ist komplex, und Entwicklungen sind in ihrer Vielschichtigkeit, Widersprüchlichkeit und Dynamik oft nur schwer zu verstehen. Es ist in Ordnung, sich einzugestehen, nicht alle Prozesse vollständig zu durchschauen, und dieses Eingeständnis auch zu kommunizieren. Gerade dieses Eingeständnis eröffnet die Möglichkeit einer vielfältigen und pluralistischen Betrachtungsweise, die verschiedene Narrative und Erklärungsversuche unvoreingenommen und kritisch betrachtet.

Es ist wichtig, diese Betrachtungsweise den Anhänger_innen von Verschwörungsideologien vorzuleben, deren Anschauungen in der Regel auf einem dualistischen Weltbild und auf Personifizierungen beruhen, die verborgene Schuldige und Verantwortliche und ihre Manipulationen meint präsentieren zu können.

Im konkreten Gespräch hat es sich unserer Erfahrung nach als wirkungsvoll erwiesen, die Erzählungen des Gegenübers ganz wortwörtlich infrage zu stellen, das heißt durch Fragen Zweifel zu wecken und das Gegenüber zum Nachdenken anzuregen, indem es auf innere Widersprüche seiner Erzählungen aufmerksam gemacht wird. Dazu kann es auch gehören, Fragen nach möglichen anderen Ursachen und Zusammenhängen, als die von Verschwörungsideolog_innen behaupteten, zu stellen.

Eine Argumentation auf der Fakten- und Wissens Ebene kann der anderen Person zeigen, dass ich sie ernst nehme und mich mit ihren Inhalten auseinandersetze. Manchmal müssen Falschinformationen schlicht als solche entlarvt werden. Auch kann es sinnvoll sein, die emotionale Ebene anzusprechen. Dazu kann gehören, nicht immer nur direkt auf die Verschwörungserzählungen einzugehen, sondern auch mal nachzufragen, was den anderen gerade eigentlich bedrückt: „Was sind deine Ängste? Wollen wir darüber reden?“

Andere Menschen erreiche ich auf der persönlichen Ebene eher, indem ich ihnen in der Auseinandersetzung spiegele, dass mich irritiert oder sogar verletzt, was sie sagen. So nimmt die Person, wenn zu ihr eine emotionale Bindung existiert, auch die eigene Verletzung wahr. Dabei ist natürlich zu sagen, dass all diese Herangehensweisen und Gesprächsstrategien nur funktionieren, wenn das Gegenüber noch kein vollkommen geschlossenes und verfestigtes Weltbild hat.

Eine Nähebeziehung kann neben der erwähnten Belastung auch eine Ressource sein. Wenn eine enge Bindung besteht, dann sind Menschen in der Regel viel eher geneigt, zuzuhören und das Gesagte aufzunehmen. Auch und vielleicht gerade in einer persönlichen Beziehung ist es aber wichtig, eigene Grenzen deutlich zu machen und einen Umgang mit den individuellen und persönlichen Belastungen zu finden. Dabei geht es auch um räumliche und zeitliche Grenzen. Wie können Räume für eine Diskussion über die Verschwörungserzählungen eröffnet und gleichzeitig dafür Sorge getragen werden, dass dieses Thema nicht den ganzen Alltag durchdringt und Gespräche über andere Themen auch noch möglich sind? Wie gelingt es, sich die Diskussion um die verschwörungsideologischen Deutungen der Wirklichkeit nicht aufdrängen zu lassen, aber gleichzeitig die andere Person nicht vor den Kopf zu stoßen? Ist es zum Beispiel möglich, zu vereinbaren, bei einem regelmäßigen Spaziergang über dieses Thema zu sprechen, aber eben nicht am Esstisch oder wenn man gemütlich zusammen einen Film schaut? Neben diesen räumlichen und zeitlichen Grenzen geht es aber auch um inhaltliche Grenzen. Worüber bin ich bereit zu reden? So kann zum Beispiel eine Diskussion über die Frage, ob alle staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie wirklich effektiv sind, zweifelsohne sinnvoll sein. Vielleicht bin ich aber nicht bereit darüber zu diskutieren, ob hinter den Maßnahmen in Wirklichkeit ganz andere Interessen stehen. Diese inhaltliche Grenze, also die Frage, worüber lässt sich überhaupt sinnvoll streiten, bemisst sich an den eigenen Werten und der eigenen demokratischen Haltung. Zu unserer Beratung gehört also auch zu vermitteln, dass es ok ist, „nein“ zu sagen und inhaltliche Grenzen zu setzen. Das Setzen von Grenzen ist unserer Erfahrung nach sogar sehr wichtig und hilfreich: wo es in den Verschwörungsideologien um minderheitenfeindliche Ressentiments, antisemitische Stereotype, NS-Relativierung und Ähnliches geht, sollte das aufgezeigt und entschieden zurückgewiesen werden. Nur durch das

Setzen eindeutiger Grenzen kann dem Gegenüber vermittelt werden, dass dessen Äußerungen keineswegs „normal“ oder tolerierbar sind und dass sie insofern durchaus ernst genommen werden. Dabei sollte nicht das Gegenüber als Mensch kritisiert werden, sondern die Aussage, die das Gegenüber trifft. Es geht stets darum, diejenigen Inhalte zu kritisieren, die antidemokratische, diskriminierende oder minderheitenfeindliche Positionen transportieren. Es geht nicht darum, die Person selbst herabzusetzen.

Es braucht ein gesamtgesellschaftliches Bewusstsein für die Gefahr, die von Verschwörungserzählungen ausgeht.

Die Auseinandersetzung mit Verschwörungserzählungen ist abseits von Straßenprotesten sowie Familien, Partner- und Freundschaften auch eine gesamtgesellschaftliche Frage. Welche Formen der Auseinandersetzung sind aus Sicht der MBR sinnvoll und was müsste passieren, um diese Auseinandersetzung erfolgreicher führen zu können?

Wichtig sind natürlich passende Beratungsangebote zum Umgang mit Verschwörungserzählungen. Hier ist die Mobile Beratung mit ihrer zwanzigjährigen Expertise eine gute Anlaufstelle. Zu nennen wären aber auch spezialisierte Beratungsstellen wie die Sektenberatungen oder weitere Projekte, die sich mit ihrer Arbeit besonders an pädagogische Fachkräfte aus Kindertagesstätten oder Jugendfreizeiteinrichtungen richten. Was wir außerdem sehen, ist, dass gezielt Eltern für coronabezogene Verschwörungserzählungen angesprochen werden. In Erzählungen wie „QAnon“ sowie bei Erzählungen über vermeintliche Gesundheitsgefahren durch das Tragen von

Masken wird an den Wunsch appelliert, Kinder zu schützen. Dabei ist eine zunehmende Professionalisierung seitens der verschwörungsideologischen Akteur_innen zu beobachten, etwa in Fällen aus dem Schulkontext, wo Eltern mit vorbereiteten Anwaltsschreiben an die Schulen herantreten. Hierbei ist es wichtig, den verzerrenden, agitatorischen Charakter dieser Erzählungen und Kampagnen herauszustellen – etwa im Fall der Kampagnen gegen den Mund-Nasen-Schutz –, Falschbehauptungen unbeirrt zu widersprechen und die Gefahr einer Radikalisierung in Richtung Rechtsextremismus im Blick zu haben. Alle demokratischen Akteur_innen, die sich im Kontext Schule bewegen, sind gefragt, aufzuklären und dabei eine klare Haltung einzunehmen.

Es braucht ein gesamtgesellschaftliches Bewusstsein für die Gefahr, die von Verschwörungserzählungen ausgeht. Dieses Bewusstsein ist in letzter Zeit teilweise bereits entstanden und die Gefahr, die von Verschwörungserzählungen für das demokratische Miteinander ausgeht, wird teilweise erkannt. Doch es müssen auch Konsequenzen gezogen werden. Gerade gesellschaftliche Minderheiten, aber auch zum Beispiel Wissenschaftler_innen, Journalist_innen und Kommunalpolitiker_innen, die immer wieder als Feindbilder und vermeintliche Schuldige ausgemacht werden, müssen geschützt werden. Der Umgang mit Verschwörungserzählungen ist eine Herausforderung, der sich unabhängig von politischen Konjunkturen gesamtgesellschaftlich gestellt werden muss. Die Einstellungsstudien der vergangenen Jahre haben eindrucksvoll belegt, dass Ideologien der menschlichen Ungleichwertigkeit und Verschwörungsdenken kein Problem „gesellschaftlicher Ränder“ oder fehlender Bildung sind, sondern dass sie auch und gerade aus der sogenannten Mitte unserer Gesellschaft kommen. ↩

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) ist Anlaufstelle für alle Menschen, die sich in der Stadt für eine menschenrechtsorientierte und demokratische Alltagskultur einsetzen. Seit 2001 berät die MBR bei konkreten rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen und rechtspopulistischen Herausforderungen in ihren verschiedensten Erscheinungsformen und begleitet die langfristige Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen überall dort, wo sie auftreten.

90 9. APRIL 2020 BERLIN-TIERGARTEN: Ein 23-jähriger Mann wird gegen 3.45 Uhr in der Levetzowstraße in Moabit von einem unbekanntem Mann aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt, mit der Faust ins Gesicht geschlagen und getreten. Polizei Berlin 25.05.2020

91 9. APRIL 2020 BERLIN-NEUKÖLLN: Eine 31-jährige Frau, ihre 3-jährige Tochter und eine 22-jährige Verwandte werden gegen 15.15 Uhr auf dem Buckower Damm von einem unbekanntem Radfahrer rassistisch beleidigt. Das Kind wird von dem Radfahrer angefahren und verletzt. Polizei Berlin 10.04.2020

92 12. APRIL 2020 BERLIN-WEDDING, U-BAHNHOF SEESTRASSE: Ein Mann wird am Nachmittag beim Aussteigen aus der U-Bahn von drei Männern aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus beleidigt und mehrmals gestoßen. Als Zeug*innen die Polizei rufen wollen, entfernen sich die Täter unerkannt. Register Mitte

93 12. APRIL 2020 BERLIN-NEUKÖLLN: Gegen 23.30 Uhr wird ein 32-jähriger Mann, der mit einem 26-jährigen Freund am Alfred-Scholz-Platz unterwegs ist, von einem unbekanntem Mann aus LGBTIQ*feindlicher Motivation mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Der Unbekannte entfernt sich mit einer weiteren Person. Polizei Berlin 13.04.2020, Tagesspiegel 13.04.2020, queer.de 13.04.2020

94 13. APRIL 2020 BERLIN-MARZAHN: Ein 43-jähriger Mann wird gegen 16.50 Uhr an der Allee der Kosmonauten von einem 41-jährigen Nachbarn rassistisch beleidigt, getreten und verletzt. Polizei Berlin 14.04.2020, Tagesspiegel 14.04.2020

95 13. APRIL 2020 BERLIN-MARZAHN: Gegen 17.50 Uhr wird ein 34-jähriger Wachmann einer Geflüchtetenunterkunft im Brebacher Weg von einem unbekanntem Radfahrer antiziganistisch beleidigt und mit dem Fahrrad beworfen. Polizei Berlin 19.10.2020

96 13. APRIL 2020 BERLIN-FRIEDRICHSHAIN: Eine Person, die gegen 22.15 Uhr mit dem Fahrrad in der Warschauer Straße unterwegs ist, wird von einem anderen Fahrradfahrer verfolgt und aus rassistischer Motivation vom Fahrrad herunter geschlagen. Drei weitere Personen kommen dazu und sie schlagen gemeinsam auf die betroffene Person ein. Register Friedrichshain-Kreuzberg

97 13. APRIL 2020 BERLIN-SCHÖNEBERG: Gegen 22.30 Uhr wird ein unbekannter obdachloser Mann in einem Vorraum einer Bank in der Kleiststraße von vier Männern im Alter vom 36, 38, 40 und 50 Jahren und einer 30-jährigen Frau geschlagen, getreten und verletzt. Ein 25-jähriger Zeuge beobachtet die Tat und ruft die Polizei. Polizei Berlin 14.04.2020, Tagesspiegel 14.04.2020, Berliner Morgenpost 14.04.2020

98 14. APRIL 2020 BERLIN-TREPTOW: Eine Person wird aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus angegriffen. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht. Reach-Out

99 14. APRIL 2020 BERLIN-REINICKENDORF: Gegen 14.40 Uhr wird ein 48-jähriger Mann, der an einer Supermarktkasse in der Emmentaler Straße einen unbekanntem Mann um Abstand gebeten hat, rassistisch beleidigt, bedroht und geschlagen. Polizei Berlin 25.02.2021

100 14. APRIL 2020 BERLIN-STEGLITZ, S-

BAHNHOF LICHTERFELDE-SÜD: Ein 29-jähriger Mann wird gegen 17.45 Uhr von einem unbekanntem Mann aus rassistischer Motivation mit Corona-Bezug angehetzt. Polizei Berlin 29.07.2020

101 15. APRIL 2020 BERLIN-PANKOW: Im Ortsteil Heinersdorf wird eine Person an der Haltestelle Heinersdorfer Kirche von einer unbekanntem Person, die den „Hitlergruß“ andeutet, aus rassistischer Motivation beleidigt und mit einem Gegenstand beworfen. Register Pankow

102 15. APRIL 2020 BERLIN-TIERGARTEN: Gegen 19.00 Uhr werden mehrere Personen in der Turmstraße Ecke Emdener Straße von einem 54-jährigen rassistisch beleidigt. Als ein 56-jähriger Mann eingreift, versucht der Täter, ihn zu bespuken. Polizei Berlin 16.04.2020, Berliner Zeitung 16.04.2020

103 16. APRIL 2020 BERLIN-MARZAHN: Ein 30-jähriger Mann wird gegen 23.00 Uhr in der Nähe einer Grünanlage an der Allee der Kosmonauten von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt, bedroht und von hinten in die Beine getreten. Berliner Zeitung, 24.04.2020 Tagesspiegel 25.04.2020

104 17. APRIL 2020 BERLIN-REINICKENDORF: Gegen 14.30 Uhr werden zwei Personen in einem Ruderboot auf dem Tegeler See von einem 32-jährigen Mann in einem Motorboot antisemitisch beleidigt und damit bedroht, sie mit dem Motorboot zu rammen. Polizei Berlin 17.04.2020, Berliner Morgenpost 18.04.2020

105 20. APRIL 2020 BERLIN-SPANDAU: Gegen 21.20 Uhr werden zwei Männer im Alter von 21 und 32 Jahren auf einem Supermarktparkplatz in der Rauchstraße von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt, mit einer Bierflasche beworfen und mit einem Messer bedroht. Polizei Berlin 25.05.2020

106 20. APRIL 2020 BERLIN-TREPTOW: Eine 38-jährige Transfrau, die in Begleitung ihrer 28-jährigen Lebensgefährtin und eines 25-jährigen Freundes ist, wird gegen 21.30 Uhr im Treptower Park von einem unbekanntem Mann aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt und mehrmals geschlagen. Ein Versuch, die 38-Jährige ins Wasser zu stoßen, misslingt. Der unbekanntem Täter entfernt sich und kommt später mit einer größeren Personengruppe zurück. Das Handy der Transfrau, mit dem sie die Gruppe fotografiert hat, wird ins Wasser geworfen. Dann wird die 38-Jährige zu Boden gestoßen, von der Unbekanntem festgehalten und dem ersten Täter getreten. Polizei Berlin 21.04.2020, Berliner Zeitung 21.04.2020, Berliner Morgenpost 21.04.2020, queer.de 21.04.2020

107 21. APRIL 2020 BERLIN-INTERNET: Ein Berliner SPD-Abgeordneter erhält eine extrem rechte E-Mail mit einer Morddrohung des sogenannten Staatsstreicherorchesters. Abgeordnete in anderen Bundesländern, im Bundestag, Journalist*innen, Staatsanwält*innen und eine Berliner Rechtsanwaltskanzlei hatten gleichlautende E-Mails erhalten. Tagesspiegel 05.05.2020

108 24. APRIL 2020 BERLIN-REINICKENDORF: Gegen 18.15 Uhr werden drei Männer im Alter von 25, 29 und 25 Jahren im Schäferseeepark von einem 24-jährigen Mann rassistisch beleidigt und mit einer Axt bedroht. Polizei Berlin 25.04.2020

Hohe Angriffszahlen in Berlin

Trotz Pandemie und
Lockdown wurden 2020
in Berlin fast täglich
extrem rechte, rassisti-
sche und antisemitische
Angriffe begangen.

Sabine Seyb
(ReachOut)

⇨ ReachOut, die Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, dokumentierte für das Jahr 2020 in Berlin 357 Angriffe. Mindestens 493 Menschen wurden verletzt oder massiv bedroht. Unter den Opfern waren 37 Kinder und 28 Jugendliche. Außerdem mussten 15 Kinder miterleben, wie ihre Angehörigen oder Freund*innen geschlagen, bespuckt und gedemütigt wurden.

Zum Vergleich: 2019 mussten wir mit 390 Taten die höchsten Angriffszahlen seit Bestehen des Projektes dokumentieren. Davon betroffen waren mindestens 509 Personen.

Die Tatmotive

Rassismus war das häufigste Tatmotiv. In 196 Fällen wurden deswegen Menschen bedroht und verletzt. Das bedeutet, dass fast 55 Prozent der Angriffe aus rassistischen Motiven verübt wurden. Davon waren mindestens 20 Angriffe antimuslimisch motiviert, richteten sich 31 gegen Schwarze Menschen und fünf gegen Sinti*ze oder Rom*nja.

Ein Beispiel aus unserer Chronik:

Am 13. Juni wird in Kreuzberg ein Mann, der in Begleitung eines anderen Mannes ist, in der U-Bahnlinie 7 von einem Unbekannten aufgrund antiziganistischer und homophober Motivation bedroht. Der Unbekannte hindert die beiden Männer am Aussteigen und schlägt einem der Männer verschiedene Dinge aus der Hand. Auf dem U-Bahnhof Yorckstraße versucht der Angreifer ihn zu schlagen und mit einer Zigarette zu verbrennen. Die beiden Männer werden bis in eine Bar, in die sie sich flüchten, verfolgt. Später erstattet der Mann Anzeige bei der Polizei.

Wir müssen davon ausgehen, dass gerade für die detaillierte Erfassung rassistischer Taten das Dunkelfeld groß ist, weil nicht immer eindeutige Beleidigungen ausgesprochen werden. Deswegen sind wir froh, dass es in Berlin Projekte wie Inssan, EOTO und DOSTA gibt, die sich gezielt auf die einzelnen Erscheinungsformen des Rassismus konzentrieren.

93 Taten wurden aus LGBTIQ*-feindlichen Motiven begangen. Die Zahl der antisemitischen Gewalttaten ist mit 28 Angriffen nahezu gleich geblieben im Vergleich zu 2019. Wenig verändert hat sich auch die Anzahl der Attacken und massiven Bedrohungen gegen politische Gegner*innen. Gegen sie richteten sich 18 Angriffe. Zudem erfuhr ReachOut von 13 Bedrohungen und Angriffen gegen Journalist*innen.

Die Angriffsorte

155 Angriffe wurden auf Straßen und Plätzen verübt (2019: 136). An Haltestellen, Bahnhöfen und in öffentlichen Verkehrsmitteln geschahen 78 Gewalttaten und Bedrohungen (2019: 111).

Zwei Beispiele aus unserer Chronik:

Am 15. November, am U-Bahnhof Alt-Tegel: Gegen 17.00 Uhr werden eine 37-jährige Frau und ihre drei Kinder, während sie in die U-Bahn einsteigen, von einer 55-jährigen Frau rassistisch beleidigt. Ein Kind wird von der 55-Jährigen getreten.

Am 10. August wird eine Frau in Mitte, in der Brunnenstraße, in der Nähe des U-Bahneingangs Rosenthaler Platz von fünf Männern aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus beleidigt, zu Boden gestoßen, am Boden liegend getreten und verletzt.

Trotz des leichten Rückgangs der Angriffszahlen insgesamt blieb die Anzahl der Taten, die im direkten Wohnumfeld der Betroffenen begangen wurden, mit 32 Angriffen gleich hoch.

Einem solchen Angriff voraus gehen häufig wiederholte Beleidigungen und andere Einschüchterungs- und Verdrängungsversuche. Obwohl es sich bei den Täter*innen meistens um Nachbar*innen handelt und sie deswegen bekannt sind, gehen sie offenbar davon aus, kein Konsequenzen für ihr Handeln fürchten zu müssen.

Am Arbeitsplatz fanden 19 Angriffe statt. Wenn die Betroffenen regelmäßig den Ort aufsuchen müssen, an dem sie verletzt und gedemütigt wurden, ist es manchmal nur schwer möglich, weiterhin dieser Arbeit nachzugehen. So können die Angriffe existenzielle Ängste und finanzielle Not zur Folge haben. In Restaurants, Clubs, Kneipen wurden 26 Taten verübt.

Die Straftaten

Bei den von ReachOut dokumentierten Angriffen handelt es sich um 179 Körperverletzungen, 118 gefährliche Körperverletzungen und 53 massive Bedrohungen. Zudem mussten wir eine schwere Körperverletzung dokumentieren:

In der Nacht des 7. Januar 2020 wird einem 45-jährigen wohnungslosen Mann, der im Vorraum

einer Bankfiliale in der Otto-Suhr-Allee schläft, das Hosenbein angezündet. Der Mann erleidet schwere Brandverletzungen.

Die Angriffe in den Berliner Stadtteilen

Die meisten Angriffe fanden in den innerstädtischen Stadtteilen statt. Im Bezirk Mitte, mit den Stadtteilen Mitte (28), Wedding (20) und Tiergarten (12) wurden insgesamt 60 und somit stadtweit die meisten Angriffe verübt. Hier war gleichzeitig der stärkste Rückgang zu beobachten. Die häufigsten Tatmotive waren dort Rassismus mit 33 und LGBTIQ*-Feindlichkeit mit 19 Taten.

In Neukölln dokumentierte ReachOut 34 Angriffe. Häufigste Motive mit je 15 Taten: Rassismus und LGBTIQ*-Feindlichkeit.

Auch die meisten Gewalttaten in Kreuzberg (17 von 30) und Schöneberg (7 von 13) richteten sich gegen die sexuelle Identität oder Orientierung der Betroffenen. Dabei handelt es sich um die Stadtteile, in denen die Betroffenen davon ausgehen, dass sie sicher sind. Es gibt dort eine gute Infrastruktur, Treffpunkte und Projekte von und für LGBTIQ*s.

Weitere Angriffsschwerpunkte dokumentieren wir in den Stadtteilen Charlottenburg (25), Friedrichshain (22), Spandau (21), Prenzlauer Berg und Hohenschönhausen (je 17), Reinickendorf (16) Treptow und Marzahn (je 15).

Beunruhigend ist, dass die Angriffszahlen trotz der Pandemie und der beiden Lockdowns so hoch geblieben sind. Obwohl im vergangenen Jahr sichtbar weniger Menschen in der Stadt unterwegs waren, ausgehen konnten und die öffentlichen Verkehrsmittel weniger genutzt wurden, geschahen so viele brutale Angriffe im öffentlichen Raum. Dies deutet darauf hin, dass die Aggressivität und die Enttabuisierung bezüglich der Gewalt gegen ausgegrenzte und diskriminierte Bevölkerungsgruppen weiter zunimmt. Gleichzeitig gehen wir davon aus, dass die aufgeheizte und aggressive Stimmung während der Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen mit zigtausend Teilnehmenden über das unmittelbare Demonstrationsgeschehen hinaus gewirkt hat. Dies könnte sich auch in der hohen Zahl der Angriffe widerspiegeln.

2020 wurde zudem deutlich, wie sich Rassismus auf den unterschiedlichen Ebenen gegenseitig bedingt und verstärken kann. So waren sowohl politische Debatten als auch die Bericht-

erstattung über die Corona-Pandemie, die häufig illustriert wurde mit Fotos von asiatisch gelesenen Menschen, geprägt von anti-asiatischem Rassismus. Gleichzeitig wurden Beleidigungen und Angriffe aufgrund von anti-asiatischem Rassismus verübt. Die Täter*innen fühlen sich in ihrem Handeln bestärkt und ermutigt.

ReachOut erfuhr von elf Angriffen mit einem direkten Bezug auf Corona. Dies ist nur ein Streiflicht darauf, was tatsächlich passierte.

Ein Beispiel aus unserer Chronik:

Am 29. Februar sitzen sieben Personen, unter ihnen befinden sich auch Menschen, die asiatisch gelesen werden, gemeinsam in einem Café in der Kopenhagener Straße (Prenzlauer Berg). Sie werden aus einer anderen Gruppe heraus aus rassistischer Motivation mit einem Corona-Bezug beleidigt und bedroht. Die Angreifer*innen versuchen, eine der Personen zu schlagen. Sie kann dem Angriff ausweichen.

Wir zitieren an dieser Stelle aus einem Beitrag von Sina Schindler, der auf der Internetseite von korientation e.V. veröffentlicht wurde und den Titel trägt: „Asiatische Menschen in Deutschland: Wenn selbst der Rassismus ‚unsichtbar‘ bleibt...“

„Die Dunkelziffer rassistischer Übergriffe auf asiatisch gelesene Personen ist auf ein Vielfaches höher einzuschätzen. Darauf lassen die zahlreichen Erfahrungen und Zeug*innenberichte schließen, die Betroffene bisher in privaten Accounts in den Sozialen Netzwerken, der Presse und unter dem Hashtag #ichbinkeinvirus geteilt haben. Dazu kommen die Erlebnisse all derjenigen, die sich dazu entschieden haben, mit diesen individuellen und oft schamvollen Erfahrungen nicht nach außen zu treten oder die keinen Zugang zu Hilfs- und Dokumentationsstrukturen haben.“

Wenn wir auf das Jahr 2020 zurückschauen, blicken wir jedoch nicht nur auf eine besorgniserregende Angriffssituation in Berlin.

Als Antwort auf die antimuslimischen Morde in Hanau fordert ReachOut für Berlin eine Enquête-Kommission gegen Rassismus, in der Handlungsstrategien im Abgeordnetenhaus, gemeinsam mit Expert*innen aus den Communitys, ihren Projekten und Vereinen entwickelt werden. Außerdem fordern wir ein Ende von öffentlichkeitswirksamen Razzien gegen Shisha-Bars. Diese werden von den Täter*innen als Hinweisreize verstanden. Auch das hat Hanau gelehrt.

Es muss endlich eine langfristige Auseinandersetzung mit sinnvollen, dauerhaften Handlungsstrategien auf parlamentarischer Ebene geben, die jede Form von Rassismus auf allen Ebenen berücksichtigt. Insbesondere sollte der institutionelle Rassismus dabei in den Blick genommen werden.

Der Mord an George Floyd am 25. Mai des vergangenen Jahres hat auch in Berlin vielfältige Proteste, die häufig auch von der Black Lives Matter Bewegung getragen wurden, ausgelöst. Seitdem haben wir den Eindruck, dass die Sensibilität gegenüber rassistisch motivierter Polizeigewalt und Racial Profiling insgesamt größer geworden ist. Und zwar sowohl auf Seiten der Betroffenen, die sich bei uns melden, als auch bei Zeug*innen, die sich einmischen und ihre Informationen an uns oder an die Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP) weitergeben, und in den Medien.

Schließlich noch ein Blick in unsere Beratungsstatistik: ReachOut hat 2020 278 Ratsuchende unterstützt (48 mehr als 2019) unterstützt insgesamt 1.300 Unterstützungsleistungen - vom ersten Beratungsgespräch bis zur Begleitung zu Gericht und Polizei. Die meisten Ratsuchenden kommen aufgrund von rassistisch motivierten Angriffen zu uns.

Unter denjenigen, die unsere Beratung in Anspruch genommen haben, befinden sich auch 44 Ratsuchende, die aufgrund von rassistischer Polizeigewalt und Racial Profiling zu uns kamen. ↩

*ReachOut ist eine Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin. Wir unterstützen und beraten auch Angehörige, Freund*innen der Opfer und Zeug*innen eines Angriffs. Die Situation und die Perspektive der Opfer rassistischer, rechter und antisemitischer Gewalt stehen im Zentrum der Arbeit. ReachOut bietet anti-rassistische, interkulturelle Bildungsprogramme an. ReachOut recherchiert rechtsextreme, rassistische und antisemitische Angriffe in Berlin und veröffentlicht dazu eine Chronik.*

109 25. APRIL 2020 BERLIN-WILMERSDORF, U-BAHN-LINIE 7: Eine 25-jährige Frau und ihr 31-jähriger Mann, die asiatisch gelesen werden, werden gegen 00.50 Uhr in der U7 von drei unbekanntem Männern rassistisch mit Corona-Bezug beleidigt. Die 25-Jährige wird von den Unbekannten gestoßen. Der 31-Jährige wird auf dem U-Bahnhof Fehrbelliner Platz gestoßen und geschlagen. Beide erleiden Verletzungen. Polizei Berlin 27.04.2020, Facebook

110 27. APRIL 2020 BERLIN-LICHTENBERG, BUSHALTESTELLE: Gegen 19.30 Uhr wird eine Person an einer Bushaltestelle am S-Bahnhof Lichtenberg von einem unbekanntem Mann aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus beleidigt und mit einer Flasche beworfen. Zeug*innen greifen ein. Die Polizei nimmt den Täter und eine weitere Person fest. Register Lichtenberg

111 27. APRIL 2020 BERLIN-FRIEDRICHSHAIN: Gegen 21.30 Uhr wird ein 22-jähriger Mann auf der Straße der Pariser Kommune von einem 34-jährigen Mann aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt. Der Täter versucht, dem 22-Jährigen mit der Faust ins Gesicht zu schlagen. Polizei Berlin 25.05.2020

112 28. APRIL 2020 BERLIN-NEUKÖLLN: Gegen 20.00 Uhr wird ein 50-jähriger Mann in der Flughafenstraße von einem 46-jährigen ehemaligen Nachbarn rassistisch beleidigt. Eine 35-jährige Frau, die eingreift, wird von dem 50-Jährigen, der auch den „Hitlergruß“ zeigt, bespuckt. Polizei Berlin 29.04.2020

113 30. APRIL 2020 BERLIN-WEDDING, U-BAHNHOF REINICKENDORFER STRASSE: Gegen 14.30 Uhr wird ein 39-jähriger Mann auf der Treppe zum U-Bahnhof von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt und getreten. Polizei Berlin 29.07.2020

114 1. MAI 2020 BERLIN-NEUKÖLLN: Ein 33-jähriger Mann wird gegen 15.45 Uhr in der Hermannstraße von einem unbekanntem Mann aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt und auf die Straße gestoßen. Der Unbekannte versucht das Handy des 33-Jährigen zu rauben. Polizei Berlin 29.07.2020

115 1. MAI 2020 BERLIN-MITTE: Ein 56-jähriger Teilnehmer einer Kundgebung gegen eine Anti-Corona-Demonstration am Rosa-Luxemburg-Platz wird von einem bekannten Neonazi bedroht und angegriffen. ReachOut

116 4. MAI 2020 BERLIN-REINICKENDORF: Eine Person wird aus antimuslimischer Motivation angegriffen. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht. ReachOut

117 4. MAI 2020 BERLIN-SPANDAU, BUSHALTESTELLE: Gegen 20.20 Uhr wird ein 35-jähriger Mann, der mit einer 24-jährigen Freundin an einer Bushaltestelle in der Seegefelder Straße steht, aus einer Gruppe heraus von einer Frau und zwei Männern rassistisch beleidigt. Dem 35-Jährigen wird von der Frau ins Gesicht gespuckt und die 24-Jährige wird gestoßen. Am Boden liegend wird sie getreten und verletzt. Einer der unbekanntem Männer zieht ein Messer und bedroht den 35-Jährigen damit. Auch er wird verletzt. Polizei Berlin 05.05.2020

118 4. MAI 2020 BERLIN-MARZAHN, S-BAHNHOF FRIEDRICHSFELDE-OST: Ein 30-jähriger Mann wird

gegen 21.00 Uhr in einem Linienbus von zwei unbekanntem Männern und einer Frau aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus beleidigt. Auf dem S-Bahnhof Friedrichsfelde-Ost wird der 30-Jährige von einem der Unbekanntem mit mehreren Kopfstößen verletzt. Polizei Berlin 05.05.2020

119 5. MAI 2020 BERLIN-KREUZBERG: Gegen 14.50 Uhr wird eine 19-jährige Frau in der Rud-Dutschke-Straße von einem unbekanntem Mann aus antimuslimischer Motivation beleidigt. Der Unbekannte versucht, der 19-Jährigen das Kopftuch herunterzureißen. Polizei Berlin 29.07.2020

120 6. MAI 2020 BERLIN-KREUZBERG: Ein 32-jähriger Mann wird gegen 17.55 Uhr auf der Oranienstraße von einem 28-jährigen Nachbarn, dem er dort zufällig begegnet, aus LGBTIQ*feindlicher Motivation angegriffen. Polizei Berlin 29.07.2020

121 6. MAI 2020 BERLIN-MITTE: Ein 56-jähriger Kameramann und ein 51-jähriger Tonassistent werden gegen 18.15 Uhr auf dem Platz der Republik während einer Demonstration von einem 46-jährigen Mann aus extrem rechter Motivation angegriffen. Polizei Berlin 06.05.2020, Register Mitte

122 7. MAI 2020 BERLIN-KREUZBERG: Eine 19-jährige Frau, die gegen 11.30 Uhr in Begleitung einer Freundin in einem Discounter in der Friedrichstraße in einer Schlange steht, wird von einem unbekanntem Mann aus antimuslimischer Motivation beleidigt und gewürgt, als dieser versucht ihr das Kopftuch herunterzuziehen. Die 22-jährige Freundin und ein Sicherheitsmitarbeiter greifen ein. Polizei Berlin 07.05.2020

123 9. MAI 2020 BERLIN-FRIEDRICHSHAIN: Eine Person, die am Traveplatz auf eine Gruppe von Neonazis trifft und „Nazis raus“ sagt, wird von diesen beleidigt und gestoßen. Register Friedrichshain-Kreuzberg

124 10. MAI 2020 BERLIN-FRIEDRICHSHAIN: Gegen 18.00 Uhr wird ein 29-jähriger Parkläufer im Volkspark Friedrichshain aus einer Gruppe heraus rassistisch beleidigt. Ein 62-jähriger Parkbesucher, der eingreift, wird auch rassistisch beleidigt und bespuckt. Polizei Berlin 11.05.2020

125 11. MAI 2020 BERLIN-SCHÖNEBERG: Gegen 0.30 Uhr fährt eine 25-jährige Frau mit dem Fahrrad auf der Straße An der Urania an einer Gruppe von Männern vorbei. Die 25-Jährige wird von einem Mann aus der Gruppe aus LGBTIQ*feindlicher Motivation vom Fahrrad gezogen und bespuckt. Polizei Berlin 29.07.2020

126 13. MAI 2020 BERLIN-REINICKENDORF: Ein 26-jähriger Mann wird gegen 17.20 Uhr im Bottroper Weg von einem 53-jährigen Nachbarn antisemitisch beleidigt und angegriffen. Polizei Berlin 29.07.2020

127 14. MAI 2020 BERLIN-KÖPENICK: Ein Mann wird im Allende-Viertel von Nachbar*innen aus rassistischer Motivation angegriffen. Er und seine Familie werden seit Jahren rassistisch beleidigt und bedroht. Register Treptow-Köpenick

128 15. MAI 2020 BERLIN-WEDDING: Gegen 14.00 Uhr wird eine Frau in einem Lebensmittelgeschäft in der Müllerstraße von dem Ladenbesitzer aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus beleidigt, bedroht und von zwei Security-Mitarbeiter*innen am Kragen gepackt und gezerrt. Register Mitte ↪ ↪ ↪ ↪

Statistiken

Zahlen! Zahlen?

Zur Differenz der Angriffszahlen in der Statistik und in der berlinweiten Chronik von ReachOut

Sabine Seyb
(ReachOut)

⇨ ReachOut veröffentlicht jährlich im März die recherchierten Angriffszahlen zu rechten, rassistischen und antisemitischen Gewalttaten und Bedrohungen in Berlin. Nicht gezählt werden beispielsweise Propagandadelikte, Beleidigungen, Diskriminierungen und Sachbeschädigungen, wenn keine Personen dabei gefährdet oder direkt bedroht sind.

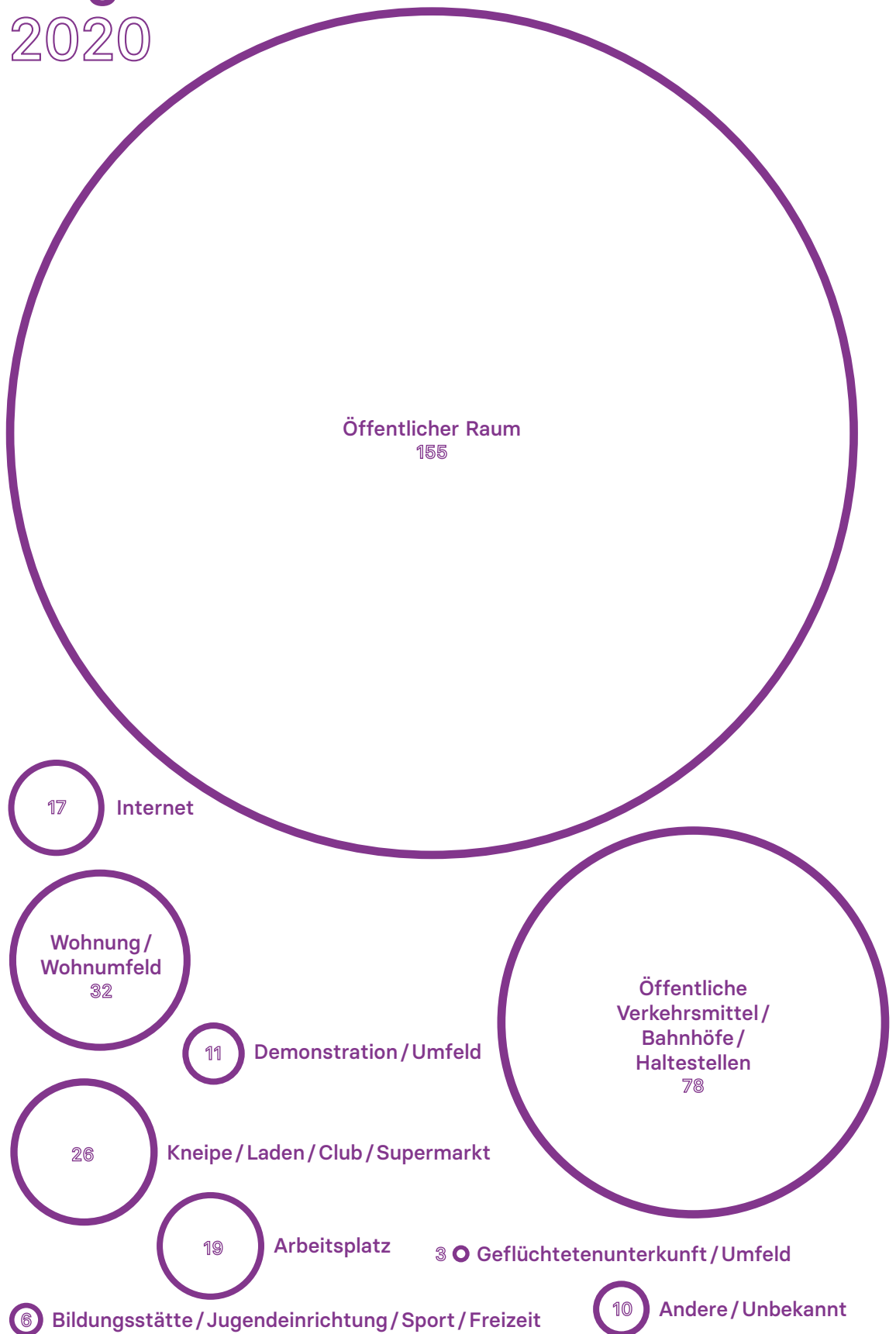
Um einen Vergleich unserer statistischen Auswertungen mit zurückliegenden Jahren zu ermöglichen, geben die Angriffszahlen jeweils den Stand am 1. März des aktuellen Jahres wieder. Meldungen und Informationen, die wir nach diesem Stichtag erhalten, werden im Rahmen unserer statistischen Auswertung nicht berücksichtigt.

In unserer berlinweiten Chronik werden jedoch auch Meldungen, die wir nach dem 1. März erhalten, aufgenommen. So kann es zu Differenzen kommen zwischen unserer statistischen Auswertung und der Anzahl der Angriffe, die in der Chronik dokumentiert sind.

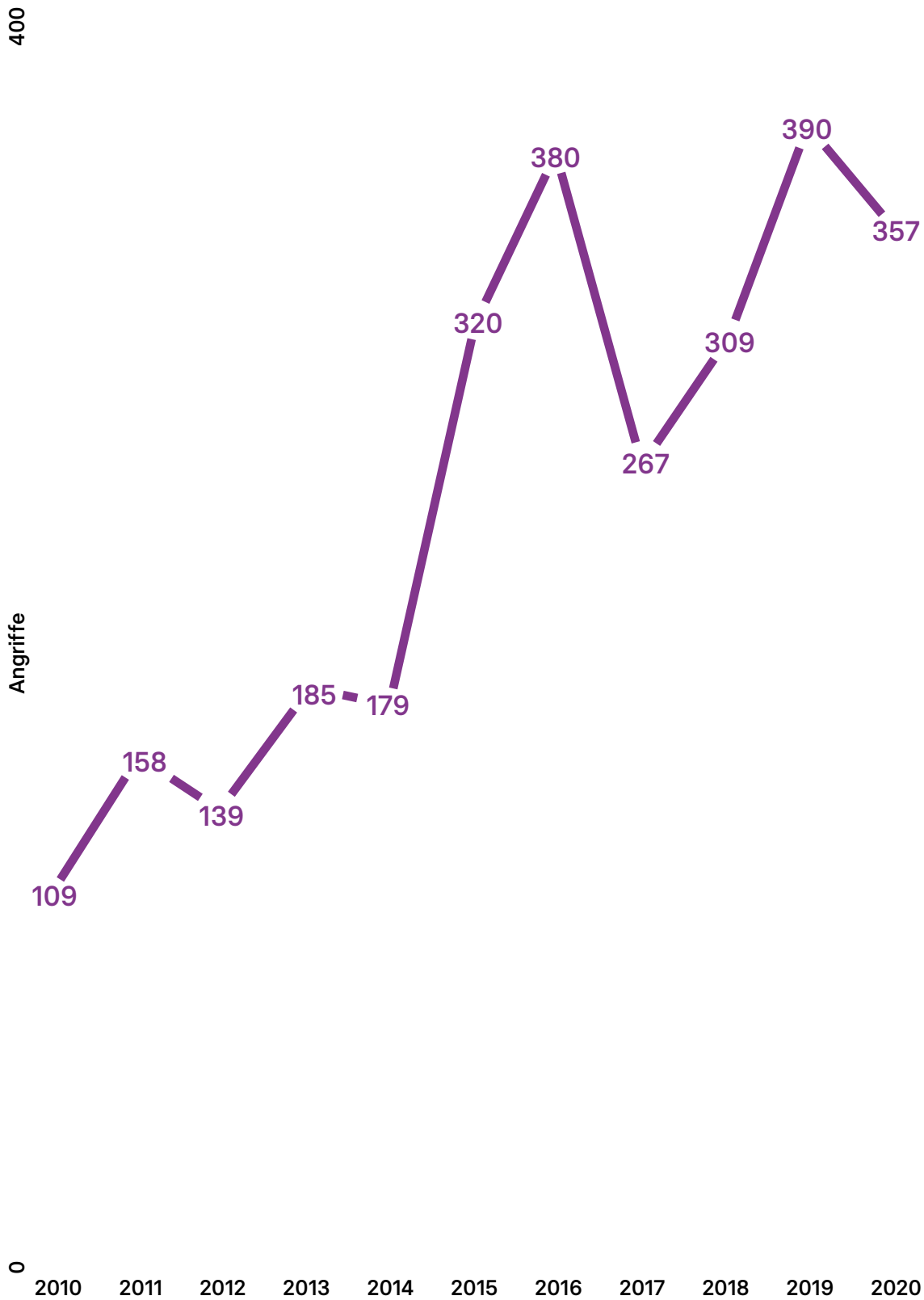
Differenzen zu den Erkenntnissen der Ermittlungsbehörden ergeben sich durch unterschiedliche Einschätzungen der Tatmotive. Für die Frage, ob ein Angriff rechts, rassistisch oder antisemitisch motiviert ist, stehen bei ReachOut die Perspektiven und Einschätzungen der Betroffenen im Vordergrund. Außerdem erfährt ReachOut von Fällen, die nicht angezeigt werden. ⇨

Angriffsorte

2020

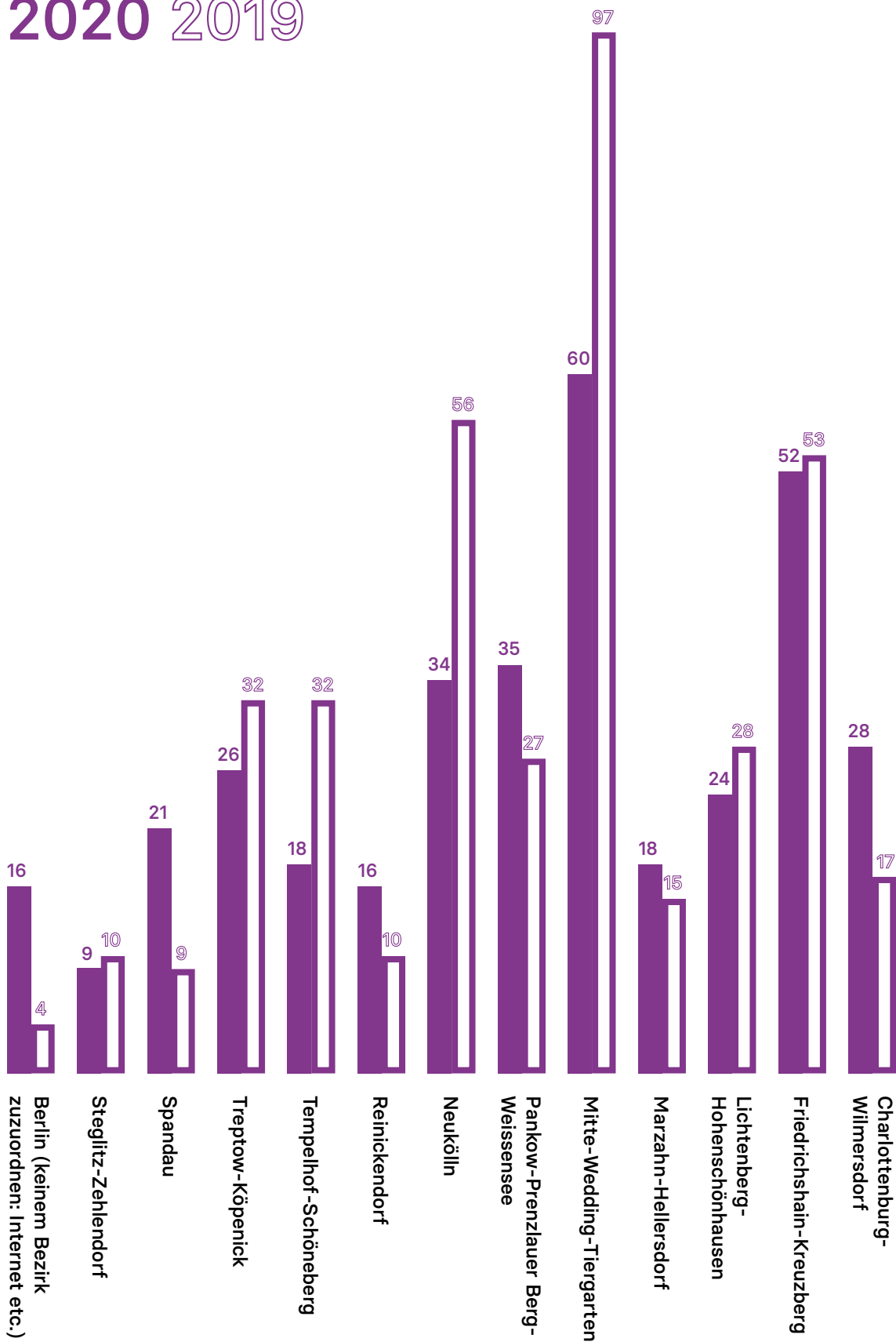


Angriffszahlen 2010 – 2020



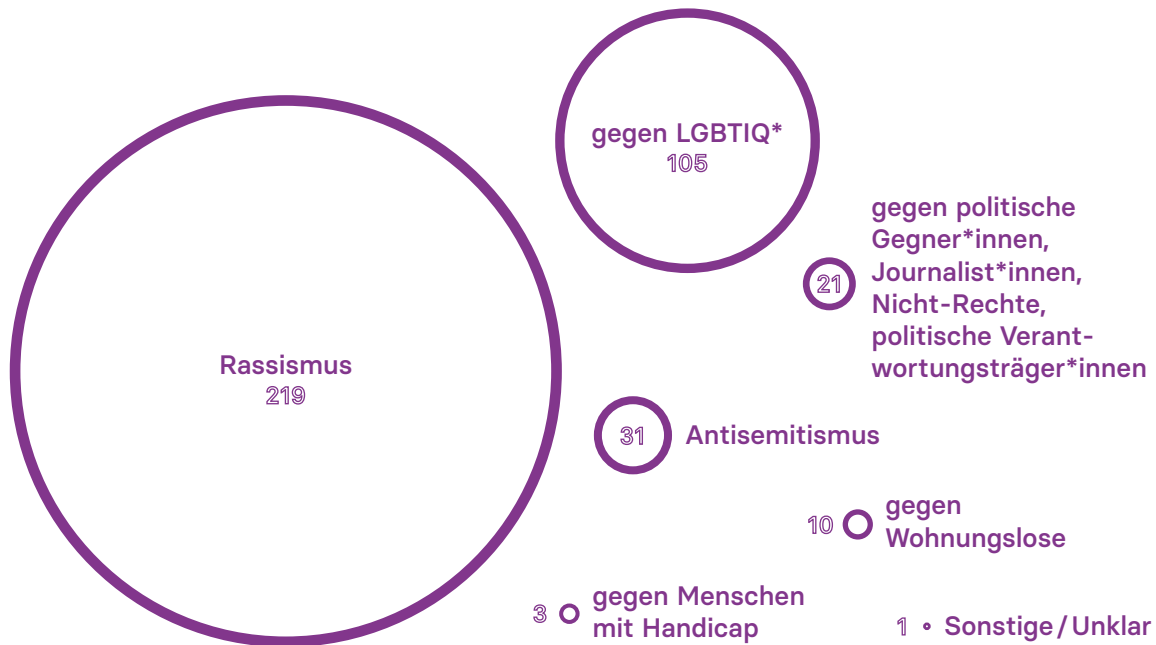
Angriffe nach Bezirk

2020 2019

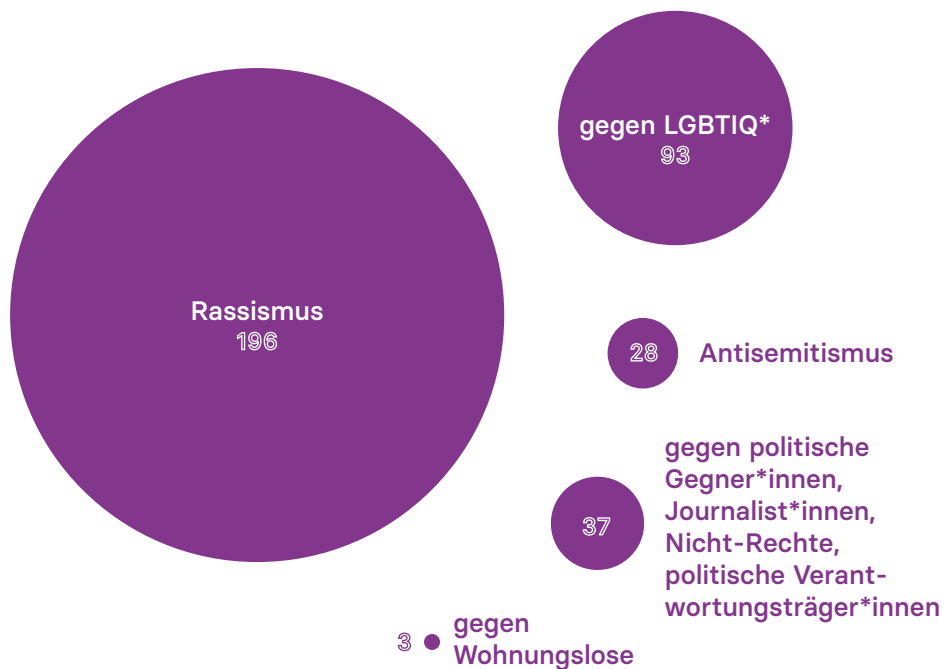


Tatmotive im Vergleich

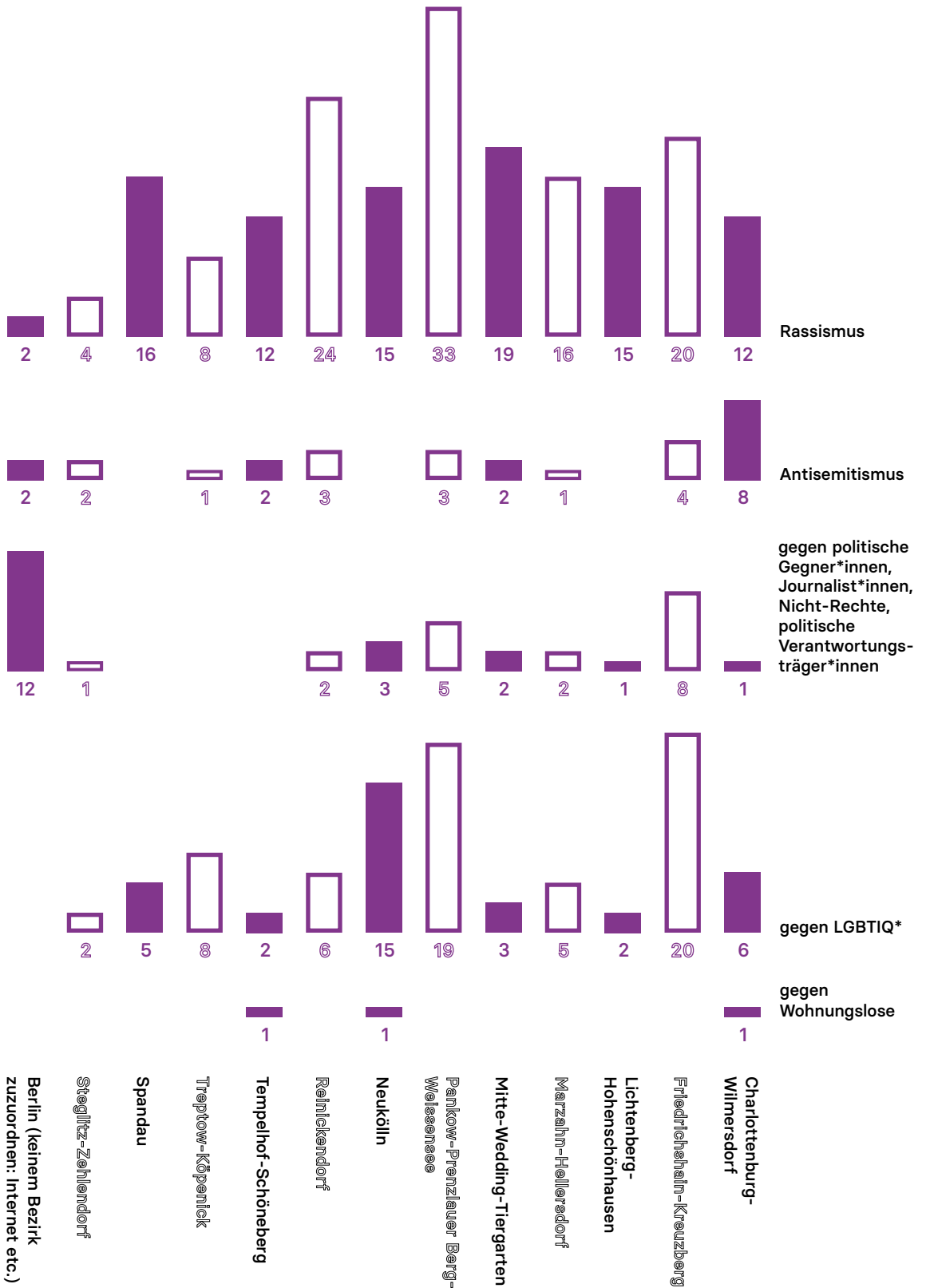
2019



2020



Tatmotive nach Bezirk 2020



129 15. MAI 2020 BERLIN-KREUZBERG: Gegen 18.40 Uhr wird eine 26-jährige Frau in der Wiener Straße von einem unbekanntem Mann aus rassistischer Motivation beleidigt, bespuckt und mit einer Glasflasche beworfen. Polizei Berlin 25.02.2021

130 15. MAI 2020 BERLIN-KREUZBERG: Mehrere Personen werden von einem Ladenbesitzer aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus massiv bedroht. Each One Teach One (EOTO)

131 16. MAI 2020 BERLIN-MARZAHN: Eine 29-jährige Frau wird gegen 21.30 Uhr in der Märkischen Allee von einem 58-jährigen Mann rassistisch beleidigt und angegriffen. Polizei Berlin 29.07.2020

132 17. MAI 2020 BERLIN-TREPTOW: Ein 39-jähriger Mann wird gegen 13.30 Uhr auf einem Spielplatz in der Ortolfstraße in Altglienicke von einer 44-jährigen Frau rassistisch beleidigt. Der 39-Jährige wird von dem 29-jährigen Begleiter der Frau mit einer Pistole, die sich später als Attrappe herausstellt, bedroht. Von der 44-Jährigen wird er ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin 18.05.2020

133 18. MAI 2020 BERLIN-MITTE: Eine asiatisch gelesene Frau wird rassistisch motiviert mit Corona-Bezug angegriffen. Register Mitte

134 21. MAI 2020 BERLIN-CHARLOTTENBURG: Gegen 3.20 Uhr werden zwei Männern im Alter von 28 und 38 Jahren am Steinplatz aus einer Gruppe heraus von zwei Männern und zwei Frauen aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt. Der 38-jährige Mann wird von einem 22-jährigen Mann ins Gesicht geschlagen und verletzt. Polizei Berlin 21.05.2020, Berliner Zeitung 21.05.2020, queer.de 21.05.2020

135 21. MAI 2020 BERLIN-SCHÖNEBERG, S-BAHNHOF JULIUS-LEBER-BRÜCKE: Zwei 33-jährige Männer werden gegen 11.30 Uhr auf dem S-Bahnhof Julius-Leber-Brücke von einem 41-jährigen Mann aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt und mit Steinen aus dem Gleisbett beworfen. Die beiden Männer können den Steinwürfen ausweichen. Polizei Berlin 22.05.2020, Berliner Zeitung 22.05.2020, queer.de 22.05.2020

136 21. MAI 2020 BERLIN-PRENZLAUER BERG: Gegen 18.00 Uhr wird ein 8-jähriger Junge, der von seinem 41-jährigen Vater begleitet wird, in der Schönhauser Allee von einem unbekanntem Fahrradfahrer bespuckt. Der 41-Jährige wird von dem Unbekannten rassistisch beleidigt. Polizei Berlin 29.07.2020

137 21. MAI 2020 BERLIN-TREPTOW: Gegen 21.40 Uhr stürzt eine 35-jährige Frau auf der Insel der Jugend ins Wasser. Ein 39-jähriger Freund, der ihr helfen will, wird von zwei unbekanntem Männern rassistisch beleidigt, gegen den Kopf geschlagen, unter Wasser gedrückt und verletzt. Als Passant*innen eingreifen, entfernen sich die unbekanntem Männer. Polizei Berlin 22.05.2020, Berliner Zeitung 22.05.2020, B.Z. 22.05.2020

138 23. MAI 2020 BERLIN-PANKOW: Gegen 17.30 Uhr werden drei Jugendliche, von denen einer einen Hoodie mit der Aufschrift „Alternative für Dumme“ trägt, am Rathauscenter Pankow von einem Mann als „Rote Faschisten“ beleidigt und geschlagen. Der Angreifer versetzt einem der Jugendlichen eine Kopfnuss. Register Pankow

139 23. MAI 2020 BERLIN-NEUKÖLLN: Ein 40-jähriger Mann wird gegen 19.15 Uhr in

einer Parkanlage an der Karl-Marx-Straße aus LGBTIQ*feindlicher Motivation aus einer Gruppe heraus von zwei Jugendlichen im Alter von 14 und 15 Jahren beleidigt und gestoßen. Polizei Berlin 25.02.2021

140 23. MAI 2020 BERLIN-WEDDING, U-BAHNHOF OSLOER STRASSE: Ein Mann wird auf dem Bahnsteig des U-Bahnhofs Osloer Straße aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus von vier Security-Mitarbeiter*innen festgehalten und gewaltsam zu Boden gedrückt. Eine Zeugin, die den Angriff filmt, wird von einer Security-Mitarbeiterin bedroht. Register Mitte

141 24. MAI 2020 BERLIN-PRENZLAUER BERG: Gegen 2.50 Uhr wird ein 35-jähriger Mann in der Stubbenkammerstraße von zwei unbekanntem Männern aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt, mit Bier beschüttet und mit der Bierflasche gegen den Kopf geschlagen. Polizei Berlin 29.07.2020

142 25. MAI 2020 BERLIN: Es findet ein antisemitischer Angriff statt. Auf Wunsch der Betroffenen werden keine weiteren Informationen veröffentlicht. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

143 26. MAI 2020 BERLIN-STEGLITZ: Es findet ein antisemitischer Angriff statt. Auf Wunsch der Betroffenen werden keine weiteren Informationen veröffentlicht. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

144 26. MAI 2020 BERLIN-MARZAHN, U-BAHN-LINIE 5: Gegen 17.25 Uhr wird eine 17-jährige Jugendliche, die keinen Mundschutz trägt und am U-Bahnhof Elsterwerdaer Platz in die U-Bahn steigt, von einem 39-jährigen Mann rassistisch beleidigt und geschlagen. Polizei Berlin 27.05.2020

145 28. MAI 2020 BERLIN-WEDDING, S-BAHNHOF GESUNDBRUNNEN: Eine Frau wird gegen 15.25 Uhr beim Aussteigen aus der S-Bahn von einem unbekanntem Mann aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus beleidigt und mit seinem Fahrrad umgestoßen. Register Mitte

146 28. MAI 2020 BERLIN-PRENZLAUER BERG: Gegen 17.30 Uhr werden zwei Kinder vor einem Einkaufszentrum in der Schönhauser Allee von einem unbekanntem Mann angegriffen. Der Elfjährige wird rassistisch beleidigt und der Zwölfjährige wird von dem Unbekanntem in dem Center gegen den Arm geschlagen und verletzt. Polizei Berlin 29.05.2020, Berliner Zeitung 30.05.2020

147 29. MAI 2020 BERLIN-WILMERSDORF: In Halensee wird eine Frau aus rassistischer Motivation angegriffen. Sie wird von einem Autofahrer beinahe angefahren und am Unterarm verletzt. Register Charlottenburg-Wilmersdorf

148 29. MAI 2020 BERLIN-KREUZBERG: Gegen 23.45 Uhr wird ein 32-jähriger Mann von einem 28-jährigen Nachbarn in der Manteuffelstraße aus LGBTIQ*feindlicher Motivation die Treppe hinuntergestoßen. Polizei Berlin 29.07.2020

149 30. MAI 2020 BERLIN-WEISSENSEE, TRAMHALTESTELLE: Ein 17-jähriger Jugendlicher wird gegen 1.10 Uhr an einer Tramhaltestelle in der Berliner Allee aus einer Gruppe von drei unbekanntem Männern rassistisch beleidigt, mit Pfefferspray besprüht und mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin 29.07.2020

(R)echte Kerle und ihre Frauen

Geschlecht in extrem rechten Weltbildern

Ulla Wittenzellner
und Sarah Klemm
(Dissens)

⇨ Eine junge Frau mit blonden langen Haaren, zu einem Zopf geflochten, ein wallendes Blümchenkleid, inmitten einer Wiese, am Horizont Berge und Wälder. So sehen viele der Bilder aus, die von (extrem) rechten Frauen in Sozialen Medien gepostet werden. Sie wollen in doppelter Weise als ungefährlich wahrgenommen werden: harmloser Inhalt (Natur, Familie, Frauen...), harmloses Geschlecht (Frauen).

Die Junge Alternative Berlin, Jugendorganisation der AfD, setzt beispielsweise auf ihrem Instagram-Profil häufig Frauen in Szene, verbunden mit Hashtags wie „#niewiedersozialismus“ und „#Heimatliebe“. Laut der Recherche von CORRECTIV gewinnt der Landesverband inzwischen die Hälfte seiner Neuzugänge über Instagram. Frauen bilden dabei, so CORRECTIV, „die Brücke von der vorgeblich unpolitischen Ästhetik auf Instagram in ein rechtes Weltbild und letztlich in rechts-extreme Kreise“.

Die Taktik scheint zu funktionieren. Nicht nur die Betreiber*innen von Social-Media-Plattformen blenden die Bedeutung dieser Influencerinnen für extrem rechte Szenen aus. Auch in gesellschaftlichen Debatten um Rechtsextremismus spielt die Bedeutung von Geschlecht häufig keine Rolle. Im Hinblick auf Frauen in extrem rechten Szenen bedeutet das: Sie werden als rechte Akteurinnen nicht ernst genommen. Hier wirkt gesellschaftlicher Sexismus, der (rechte) Frauen nicht als politisch handelnde Personen wahrnimmt. Hinzu kommt der Inhalt: Bilder und Texte zu Familie und Mutterschaft, Naturverbundenheit und Schönheitstipps scheinen unpolitisch, unbedeutend. Und wieder sind es gesellschaftlich weitverbreitete sexistische Grundannahmen, die den Blick auf die Botschaften und Bedeutung dieser Bilder und Texte verstellen.

Demgegenüber gehen wir davon aus, dass Geschlechterverhältnisse in extrem rechten Ideologien und Strategien eine zentrale Rolle spielen. Geschlecht und die Geschlechterbilder extrem rechter Szenen und Gruppen sind aus unserer Sicht relevant, u. a. im Hinblick auf die Attraktivität und Anziehungskraft rechter Szenen, die Anschlussfähigkeit rechter Positionen und die (insbesondere Primär- und Sekundär-) Prävention von Rechtsextremismus.

Wie sehen extrem rechte Geschlechterbilder aus? Im Folgenden beschreiben wir einige Kernelemente dieser Vorstellungen.

Extrem rechte Geschlechterpolitiken

Extrem rechte Geschlechterbilder stützen sich auf mehrere Grundannahmen: Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität zum Zweck der Fortpflanzung und damit des Erhalts „der Ethnie“, „des Volkes“ oder „der Nation“. Männer und Frauen sind (auch) in extrem rechten Weltbildern die einzigen beiden anerkannten Geschlechter. Sie gelten als grundverschieden, sollen sich gegenseitig begehren und fortpflanzen. Sie bilden die heterosexuelle Kleinfamilie, die der Kern „des Volkes“ oder „der Nation“ ist. Die „naturegegebenen“ (in manchen Ideologien auch „gottgegebenen“) Geschlechterrollen sehen vor, dass Männer soldatisch und wehrhaft ihre Familie und „ihr Volk / ihre Ethnie“ schützen, während Frauen zum Erhalt dieses „Volkes“ gebären und Fürsorgearbeit für Kinder und Alte übernehmen.

Das idealisierte Bild der heterosexuellen Familie, in der der weiße Mann für das Außen, die Politik, den Lohnerwerb usw. und die weiße Frau für das Innen, den privaten Raum, die Familie und Fürsorge zuständig ist, findet sich natürlich nicht nur in (extrem) rechten Szenen. Und um Missverständnissen vorzubeugen: Selbstverständlich ist es völlig in Ordnung, wenn sich Frauen dafür entscheiden, Kinder zu bekommen und in Vollzeit Fürsorgearbeit für diese und andere Familienmitglieder zu übernehmen. In extrem rechten Weltbildern bekommt diese Rollenaufteilung aber eine darüber hinaus reichende, politische Bedeutung: den Erhalt „des Volkes“, „der Ethnie“ (usw.). Mutterschaft wird damit zur Pflicht gegenüber der Gemeinschaft und ist nicht individuelle Lebensentscheidung. Die oben erwähnten Influencerinnen steuern Bilder zu diesen Rollenvorstellungen bei. Hier wird Glück inszeniert: durch das Erfüllen der als natürlich vorgegebenen Geschlechterrollen und die eigene Beschränkung auf Haushalt, das Private, Mutterschaft.

Wie wenig harmlos diese Geschlechterbilder und Ideologien sind, zeigt sich in den rassistischen und sexistischen Anschlägen verschiedener weißer Rechtsterroristen in den letzten Jahren.

Extrem rechter Terror und Geschlecht

*„It's the birthrates.
It's the birthrates.
It's the birthrates.“*

So beginnt das Manifest des weißen rechtsterroristischen Attentäters, der 2019 in Christchurch, Neuseeland, zwei Moscheen angriff, 51 Menschen tötete und weitere 50 zum Teil schwer verletzte.

Später im gleichen Jahr versuchte ein weißer Rechtsterrorist in Halle in eine Synagoge einzudringen, um die versammelten Juden*Jüdinnen zu töten. Als ihm dies nicht gelang, erschoss er die Passantin Jana Lange und einen Gast eines Döner-Imbisses, Kevin Schwarze. Der Täter veröffentlichte einen Live-Stream seiner Tat und äußerte sich darin wie folgt:

„Feminismus ist schuld an der sinkenden Geburtenrate im Westen, die die Ursache für die Massenimmigration ist. Und die Wurzel dieser Probleme ist der Jude.“

Beide Täter hängen der Verschwörungsideologie an, eine „weiße Ethnie“ stehe im globalen Konkurrenzkampf mit anderen Ethnien (Wahlweise „Völker“ oder „Rassen“). Diese „weiße Ethnie“ sei bedroht: durch einen geheimen Plan, die weiße Bevölkerung auszutauschen (Betitelt wird diese Verschwörungsideologie in rechten Kreisen als „Der große Austausch“ oder „Umvolkung“). Hinter diesen Plänen stünden „die Juden“, „die Eliten“ usw. Besonders im Zitat des weißen Rechtsterroristen, der den Anschlag in Halle verübte, wird die Verknüpfung von Antisemitismus, Rassismus und Antifeminismus in derzeitigen extrem rechten Diskursen und Denkwelten deutlich. Denn in der Ideologie der beiden Attentäter gibt es gleich mehrere Gründe, die zum Untergang der „weißen Ethnie“ führen: die besagten Strippenzieher*innen, Migration von nicht-weißen Personen sowie „der Feminismus“ und „Gender“. Diesen wird die Schuld an der Abkehr von traditionellen, starren Geschlechterrollen und damit an sinkenden Geburtenraten gegeben.

**Wie wenig harmlos
diese Geschlechter-
bilder und Ideologien
sind, zeigt sich
an den Anschlägen
verschiedener
weißer Rechts-
terroristen in den
letzten Jahren.**

Antifeminismus

Dass extrem rechte Geschlechterpolitiken nicht erst problematisch sind, wenn sie in Massenmordgipfeln, zeigt sich auch in den unterschiedlichen Angriffen gegenüber denjenigen Frauen, die andere Lebenswege gehen oder sich gegen Kinder entscheiden und in den Angriffen gegenüber nicht normativ lebenden Personen aller Geschlechter. Es zeigt sich in den Angriffen auf Homo- und Bisexuelle, Trans*, Inter* und queere Menschen: In Berlin dokumentierte ReachOut im Jahr 2020

Sexistische und vielfaltsfeindliche Positionen und Politiken haben in vielen religiös-fundamentalistischen, rechts-konservativen und anderen Gruppen Konjunktur.

insgesamt 93 Angriffe mit LGBTIQ*-feindlichen Motiven. Es zeigt sich auch in den Angriffen auf Männer, die sich gegen normative Vorstellungen von Männlichkeit entscheiden und in den Angriffen auf alles, was dem heteronormativen, zweigeschlechtlichen Weltbild widerspricht und rechtspopulistisch unter dem Schlagwort „Gender“ zusammengefasst wird.

Diese Angriffe äußern sich als Hasskommentare und Shitstorms in Sozialen Medien, als Drohbriefe und -mails, aber auch als physische Angriffe bis hin zu tödlicher Gewalt auf der Straße, in der Familie oder am Arbeitsplatz. Sie gehen dabei nicht nur von wenigen vermeintlich an einem extremen Rand stehenden Gruppen aus.

Vielmehr haben sexistische und vielfaltsfeindliche Positionen und Politiken gerade in vielen religiös-fundamentalistischen, rechts-konservativen und anderen Gruppen Konjunktur.

Im Zusammenhang mit den genannten Attentaten und Angriffen taucht in den letzten Jahren zunehmend das Stichwort Antifeminismus in der öffentlichen Debatte auf. Beispielsweise erhob und dokumentierte die als „Mitte-Studie“ bekannte Leipziger Autoritarismus Studie 2020 erstmals explizit antifeministische Einstellungen in der deutschen Bevölkerung.

Wir verwenden Antifeminismus als Sammelbegriff für sehr unterschiedliche Akteur*innen, die sich gegen Errungenschaften und Forderungen gleichstellungsorientierter und emanzipatorischer Bewegungen sowie gegen die Anerkennung der real existierenden Vielfalt von Geschlechtern, sexuellen Identitäten und Lebensweisen, Familien etc. richten – und zwar in organisierter, strategischer Form. Antifeminismus geht also über Aktionen gegen feministische Politiken und Feminist*innen hinaus. Der Begriff hat insofern Unschärfe und wird in der öffentlichen Diskussion sehr unterschiedlich verwendet. Wir nutzen ihn u. a., um Selbstbezeichnungen antifeministischer Akteur*innen nicht zu übernehmen (beispielsweise den Begriff „Anti-Genderismus“), und um darauf aufmerksam zu machen, dass sich bei Geschlechterpolitiken aktuell sehr problematische Bündnisse zwischen Akteur*innen ergeben, die sich ansonsten bei vielem uneinig sind.

Antifeminismus und extrem rechte Geschlechterpolitiken sind nicht deckungsgleich: Antifeministische Stimmungsmache und Mobilisierung geht nicht ausschließlich von extrem rechten, sondern u. a. auch von christlich-fundamentalistischen und maskulistischen Akteur*innen aus. Viele grundlegende Überzeugungen aber decken sich – zu diesen gehören Zweigeschlechtlichkeit, Heterosexualität und starre Geschlechterrollen. Alle anderen geschlechtlichen, sexuellen und familialen Lebensweisen werden abgewertet. Antifeminismus ist ein zentraler Bestandteil extrem rechter Weltbilder und wird von rechten Akteur*innen gezielt genutzt, um an Geschlechterbilder des gesellschaftlichen Mainstreams anzuknüpfen und (extrem) rechte Ideologien anschlussfähiger zu machen.

Und das mit Erfolg, wie beispielsweise hitzige Diskussionen um Schlagwörter und Kampfbegriffe wie „Frühsexualisierung“, „Genderwahn“, „Umvolkung“, oder „Politische Korrektheit“ zeigen. Organisationen und Politiken, die für den

Abbau von Diskriminierung, die Gleichstellung aller Geschlechter und die Anerkennung vielfältiger Lebensweisen eintreten, geraten auch über Sprachpolitiken hinaus an vielen Stellen unter Druck. Diesen Entwicklungen gilt es etwas entgegenzusetzen, u. a. durch Empowerment- und Präventionsansätze.

Prävention und Empowerment

Wie das eingangs erwähnte Beispiel der extrem rechten Influencerinnen zeigt, gibt es in mehrheitsgesellschaftlichen Perspektiven auf die extreme Rechte weiterhin Leerstellen, was das Wissen um die Bedeutung von Geschlecht inhaltlich und in Bezug auf (extrem) rechte Akteur*innen angeht. Bildungsangebote, die sowohl Wissen vermitteln, als auch – in der Arbeit mit pädagogischen Fachkräften und Multiplikator*innen – an der Haltung und Methodik ansetzen, können ein wichtiges Instrument sein, um diese Leerstellen zu füllen.

Angesichts dessen bietet Dissens – Institut für Bildung und Forschung e.V. einerseits Fortbildungen zu geschlechterreflektierter Pädagogik als Prävention von Rechtsextremismus und andererseits Workshops zum Umgang mit Antifeminismus an.

Geschlechterreflektierte Pädagogik versucht vor dem Hintergrund verengender gesellschaftlicher Anforderungen Räume zu schaffen, in denen Kinder und Jugendliche Erfahrungen machen und lernen können, ohne Angst davor haben zu müssen, abgewertet zu werden. Dazu gehört die Förderung ‚geschlechtsuntypischer‘ Interessen und Fähigkeiten, bei gleichzeitiger Wertschätzung für ‚typische‘ Interessen und Fähigkeiten. Zentrale Ziele geschlechterreflektierter Pädagogik sind:

1. keine vergeschlechtlichten Einengungen vorzunehmen,
2. von Geschlechteranforderungen zu entlasten und
3. bei Diskriminierung und Gewalt Grenzen zu setzen.

Aus unserer Sicht leistet geschlechterreflektierte Pädagogik damit auch einen Beitrag zur (Primär- und Sekundär-)Prävention von Rechtsextremismus: Die Geschlechterbilder und -rollen, die in extrem rechten Gruppen und Szenen vorherrschend sind, können diese für Jugend-

liche attraktiv machen, weil sie im Umgang mit gesamtgesellschaftlichen Geschlechteranforderungen Orientierung bieten. Beispielsweise wird von Jungen und Männern in nahezu allen gesellschaftlichen Milieus nach wie vor ständige Souveränität erwartet, wenn sie als „richtige“ Jungen und Männer anerkannt werden möchten. Eine Ideologie, die weißen deutschen Männern per se Überlegenheit zuspricht, kann im Umgang mit dieser Souveränitätsanforderung attraktiv wirken. Wenn es geschlechterreflektierter Pädagogik gelingt, Jugendliche von Geschlechteranforderungen wie besagter Souveränität zu entlasten, kann dies insofern dazu beitragen, Annäherungsprozesse Jugendlicher an rechte Lebenswelten zu unterbrechen oder diesen entgegenzuwirken. Wenn Kinder und Jugendliche vielfältige Weiblichkeiten, Männlichkeiten und andere Geschlechtlichkeiten als gleichberechtigt und Vielfalt als etwas Wertvolles kennenlernen, oder es für sie nicht wichtig ist, als „normal“ oder „richtig“ zu gelten, weil sie keine Abwertung befürchten müssen, verlieren rechte Weltbilder an Attraktivität.

Zudem beinhaltet geschlechterreflektierte Pädagogik die Auseinandersetzung pädagogischer Fachkräfte mit ihrer eigenen Sozialisation – ihrem

Wenn Kinder und Jugendliche vielfältige Weiblichkeiten, Männlichkeiten und andere Geschlechtlichkeiten als gleichberechtigt und Vielfalt als etwas Wertvolles kennenlernen, verlieren rechte Weltbilder an Attraktivität.

eigenen Gewordensein in Bezug auf Geschlecht – und mit den sexistischen und heteronormativen Perspektiven, die wir alle verinnerlicht haben. Präventive Arbeit gegen extrem rechte Politiken muss an der Wurzel ansetzen. Das bedeutet auch, Sexismus, Homo-, Trans*-, Inter*feindlichkeit und andere Diskriminierungsverhältnisse als gesamtgesellschaftliche Probleme zu erkennen und ihnen entgegenzutreten. Die extrem rechten Attentate von Halle und Hanau sind die Spitze eines Eisbergs, der auf einer gesellschaftlichen sexistischen, heteronormativen, rassistischen und antisemitischen Struktur steht.

Die Auseinandersetzung mit dieser Struktur und das Engagement gegen Angriffe von antifeministischen und rechten Akteur*innen sind anstrengend, kräftezehrend und häufig verletzend. Räume für Empowerment und gegenseitige Unterstützung sind deshalb besonders wichtig.

Unsere Workshops zum Umgang mit Antifeminismus zielen deshalb vor allem auf Austauschmöglichkeiten und Stärkung für die Teilnehmenden, die häufig selbst Erfahrungen mit antifeministischen Angriffen und Anfeindungen machen, sei es im beruflichen, aktivistischen oder privaten Kontext.

Wer interessiert sich für Geschlecht und Antifeminismus?

Auch mit Blick auf die Teilnehmenden unserer Veranstaltungen spielt Geschlecht eine Rolle: Zu unseren Fortbildungen und Workshops melden sich viel mehr Frauen und trans* Personen an als cis Männer. Besonders bei unseren Online-Seminaren zum Umgang mit Antifeminismus fallen uns die zahlreichen Anmeldungen berufstätiger Frauen auf, die häufig Fürsorgearbeit für Kinder leisten, manchmal alleinerziehend sind, und die sich dennoch für ein 2,5-tägiges Online-Seminar anmelden.

Die Gründe können wir nur als Thesen formulieren und sie sind sicherlich vielfältig: Viele Frauen, nicht-binäre, trans*, inter* und queere Personen haben einen größeren Bedarf an Räumen für Austausch und Stärkung, weil sie im Alltag deutlich häufiger mit antifeministischen Angriffen, aber auch generell mit Sexismus, Homo-, Trans*- und Inter*feindlichkeit konfrontiert sind. Sie können sich meist nicht aussuchen, ob sie sich mit Diskriminierung be-

schäftigen wollen oder nicht. Gleichzeitig fühlen sich unserer Erfahrung nach Frauen und queere Personen besonders häufig für Themen um Geschlecht und Geschlechterverhältnisse „zuständig“. Nicht zuletzt gibt es cis Männer, die sich für Workshops zum Umgang mit Antifeminismus nicht anmelden, weil sie Sorge haben, dass dies nicht der richtige Raum für sie ist oder sie damit Menschen einen Platz wegnehmen könnten, die ihn mehr brauchen.

Wir finden: Engagierte für eine (geschlechter-)gerechte, gewalt- und diskriminierungsfreie Gesellschaft – egal welchen Geschlechts – brauchen Räume für Austausch, Vernetzung und Stärkung. Ein Ziel antifeministischer und (extrem) rechter Akteur*innen ist es, emanzipatorische, feministische und gleichstellungsorientierte Geschlechterpolitiken zu delegitimieren und lächerlich zu machen. Dem wollen wir entschieden und solidarisch entgegenreten! ↩

Anmerkung der Autor*innen:

*Viele unserer Kolleg*innen befassten und befassen sich im Rahmen unterschiedlicher Projekte mit geschlechterreflektierter Rechtsextremismusprävention – u. a. Vivien Laumann, Katharina Debus, Andreas Hechler und Olaf Stuve. Ihren Publikationen und den Gesprächen mit ihnen verdanken wir viel! Dieser Text baut auf ihren und den Erkenntnissen vieler anderer kluger Personen auf.*

Ulla Wittenzellner und Sarah Klemm arbeiten als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Fortbilderinnen bei Dissens – Institut für Bildung und Forschung e.V. In ihrem aktuellen Projekt „Schnittstelle Geschlecht – Geschlechterreflektierte Bildung als Prävention von Sexismus, Vielfaltsfeindlichkeit und Rechtsextremismus“ (<https://schnig.dissens.de>) werden die von Dissens in den letzten Jahren erarbeiteten Ansätze und Bildungsformate zu geschlechterreflektierter Rechtsextremismus-/Neonazismusprävention, zum Lernen zu (Anti-)Diskriminierung, zu Bestärkung und Empowerment und zur Intervention in digitale Räume fortgeführt und unter Berücksichtigung aktueller Problemlagen weiterentwickelt. Das Projekt bietet Bildungsformate und digitale Angebote zu Themen rund um Geschlechterverhältnisse, Rechtsextremismus, Hass im Netz, geschlechtliche und sexuelle Vielfalt sowie Diskriminierung. Es wird gefördert von der Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Verwendete und empfohlene Literatur

CORRECTIV (2020): Kein Filter für Rechts. Wie die rechte Szene Instagram benutzt, um junge Menschen zu rekrutieren. URL: <http://correctiv.org/top-stories/2020/10/06/kein-filter-fuer-rechts-instagram-rechtsextremismus-frauen-der-rechten-szene/> [31.03.21].

Debus, Katharina & Laumann, Vivien (Hrsg.) (2014): Rechtsextremismus, Prävention und Geschlecht. Vielfalt_Macht_Pädagogik. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. URL: http://www.dissens.de/fileadmin/dissens_home/Materialien/5_Geschlecht_und_Neonazismus_-_Geschlechterreflektierte_Neonazismuspraevention/1_Bücher_&_Broschüren/Rechtsextremismus_Prävention_Geschlecht_-_2._Auflage_-_Debus_und_Laumann.pdf [06.04.21].

Decker, Oliver & Brähler, Elmar (Hrsg.) (2020): Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. URL: <http://www.boell.de/sites/default/files/2020-11/Decker-Braehler-2020-Autoritaere-Dynamiken-Leipziger-Autoritarismus-Studie.pdf> [31.03.21].

Der Tagesspiegel (10.10.2019): Menschen töten und sich selbst leidtun. URL: <http://www.tagesspiegel.de/politik/tatverdaechtiger-aus-halle-menschen-toeten-und-sich-selbst-leidtun/25104378.html> [31.03.21].

Hechler, Andreas & Stuve, Olaf (Hrsg.) (2015): Geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Lang, Juliane & Peters, Ulrich (Hrsg.) (2018): Antifeminismus in Bewegung – Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. Hamburg: Marta Press.

ReachOut (09.03.2021): Pressemitteilung zu den Angriffen in Berlin 2020. URL: http://www.reachoutberlin.de/de/Aktuelles/Veröffentlichungen/Pressemitteilung/Pressemitteilung_zu_den_Angriffen_in_Berlin_2020 [10.05.21].

Witzenzellner, Ulla & Klemm, Sarah (2020): Pädagogik zu Antifeminismus. Bedarfe – Vorgehen – Schlussfolgerungen. In: Henninger, Annette & Birsl, Ursula (Hrsg.): Antifeminismen. „Krisen“-Diskurse mit gesellschaftspaltendem Potenzial? Bielefeld: transcript.

150 31. MAI 2020 BERLIN-NEUKÖLLN: Eine 40-jährige Travestiekünstlerin und ein 43-jähriger Travestiekünstler werden gegen 22.00 Uhr in der Flughafenstraße in der Nähe der Reuterstraße von zwei Jugendlichen aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt. Der 43-Jährige wird von einem der Jugendlichen mit einem Gürtel geschlagen und verletzt. Beide Künstler*innen werden von dem Jugendlichen mit einem Döner beworfen. Polizei Berlin 01.06.2020, queer.de 01.06.2020

151 1. JUNI 2020 BERLIN-CHARLOTTENBURG: Es findet ein antisemitischer Angriff statt. Auf Wunsch der Betroffenen werden keine weiteren Informationen veröffentlicht. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

152 1. JUNI 2020 BERLIN-CHARLOTTENBURG: Eine Person wird im Westend antisemitisch motiviert angegriffen. Zum Schutz der betroffenen Person wird Weiteres nicht veröffentlicht. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

153 3. JUNI 2020 BERLIN-KREUZBERG: Gegen 20.40 Uhr wird eine 28-jährige Frau in der Friedrichstraße von einem 17-jährigen Bekannten aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt, mit einem Stein beworfen und verletzt. Polizei Berlin 04.06.2020, queer.de 04.06.2020

154 4. JUNI 2020 BERLIN-TIERGARTEN: Ein Kameramann und ein Journalist vom ZDF werden am Rande eines Prozesses gegen einen bekannten Neonazi vor dem Landgericht in der Turmstraße während der Dreharbeiten bedroht und angegriffen. Der Kameramann wird von einem Neonazi gestoßen. Zwei Justizbeamte versuchen ebenfalls das Kamerateam am Filmen zu hindern. Tageszeitung 04.06.2020, merkur.de 05.06.2020

155 4. JUNI 2020 BERLIN-TREPTOW, S-BAHNHOF ADLERSHOF: Eine Person wird am S-Bahnhof Adlershof von einem unbekanntem Mann aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Register Trep-tow-Köpenick

156 5. JUNI 2020 BERLIN-KREUZBERG: Gegen 18.30 Uhr wird eine 61-jährige Frau auf der Straße Hallesches Ufer von mehreren Jugendlichen aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt, bedroht und angespuckt. Polizei Berlin 29.07.2020

157 6. JUNI 2020 BERLIN-HOHENSCHÖNHAUSEN, TRAMLINIE 4: Gegen 22.00 Uhr wird ein 21-jähriger Mann in der Tram der Linie 4 von zwei unbekanntem Männern, die sich auch volksverhetzend äußern, rassistisch beleidigt. Ein 43-jähriger Mann, der die Szene filmt, wird von den beiden Tätern mehrfach geschlagen. Zeug*innen greifen ein und die Angreifer verlassen die Bahn an der Haltestelle Prerower Platz. Polizei Berlin 02.11.2020

158 7. JUNI 2020 BERLIN-CHARLOTTENBURG, S-BAHN: Eine 22-jährige Frau und ein 20-jähriger Mann werden gegen 4.30 Uhr in der S-Bahn in der Nähe des Bahnhofs Charlottenburg von einem unbekanntem Täter rassistisch beleidigt und angegriffen. Polizei Berlin 14.01.2021

159 7. JUNI 2020 BERLIN-NEUKÖLLN: Eine 26-jährige Frau wird gegen 20.10 Uhr in der Isarstraße von fünf Männern aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt und mit Steinen und Glas beworfen. Polizei Berlin 29.07.2020

Ein Mann, der mit seiner Freundin ein Café am Märkischen Ufer besucht, wird gegen 21.00 Uhr aus einer Gruppe von vier Männern und einer Frau heraus rassistisch beleidigt. Der Wirt, der aufgrund der Corona-Bestimmungen seine persönlichen Daten kennt, spricht gegen ihn Morddrohungen aus. ReachOut

161 8. JUNI 2020 BERLIN-INTERNET: Eine Person erhält Drohungen im Internet. Zum Schutz der betroffenen Personen werden keine weiteren Informationen veröffentlicht. ReachOut

162 8. JUNI 2020 BERLIN-WEDDING: Ein 42-jähriger Mann wird gegen 0.40 Uhr im Volkspark Humboldthain von zwei unbekanntem Männern aus einer Gruppe heraus aus LGBTIQ*feindlicher Motivation festgehalten und geschlagen. Polizei Berlin 29.07.2020

163 10. JUNI 2020 BERLIN-KREUZBERG: Eine Person wird aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus angegriffen. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht. ReachOut

164 10. JUNI 2020 BERLIN-PRENZLAUER BERG: Gegen 2.15 Uhr wird ein 37-jähriger Mann in der Schönhauser Allee von einem 40-jährigen Mann rassistisch und homophob beleidigt und mehrmals gegen den Kopf und den Körper getreten. Polizei Berlin 29.07.2020

165 12. JUNI 2020 BERLIN-WEDDING: Eine Person wird aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus angegriffen. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht. ReachOut

166 12. JUNI 2020 BERLIN-MARZAHN: Zwei Männer im Alter von 19 und 23 Jahren, die bei einem Umzug in der Marzahner Chaussee helfen, werden gegen 19.10 Uhr von einem 40-jährigen Nachbarn aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus beleidigt und vom Balkon herunter mit Gegenständen beworfen. Polizei Berlin 29.07.2020

167 12. JUNI 2020 BERLIN-PRENZLAUER BERG: Gegen 19.15 Uhr wird eine unbekanntem Frau in der Thomas-Mann-Straße von einem 33-jährigen Mann rassistisch beleidigt. Eine 27-jährige Frau greift ein und wird auch rassistisch beleidigt. Der Angreifer versucht, sie mit einem Bolzenschneider zu schlagen. Die 27-Jährige kann den Schlägen ausweichen. Polizei Berlin 13.06.2020

168 12. JUNI 2020 BERLIN-PANKOW, S-BAHNHOF BUCH: Gegen 19.30 Uhr wird ein 21-jähriger Mann von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt und bespuckt. Einem Schlag des Täters kann der 21-Jährige ausweichen. Polizei Berlin 25.02.2021

169 13. JUNI 2020 BERLIN-KREUZBERG, U-BAHNLINIE 7: Ein Mann, der in Begleitung eines anderen Mannes in der U-Bahn fährt, wird von einem unbekanntem Mann aufgrund antiziganistischer und homophober Motivation bedroht. Der Unbekannte hindert die beiden Männer am Aussteigen und schlägt dem Mann verschiedene Dinge aus der Hand. Auf dem U-Bahnhof Yorckstraße versucht der Angreifer ihn zu schlagen und mit einer Zigarette zu verbrennen. Die beiden Männer werden bis in eine Bar, in die sie sich flüchten, verfolgt. Später erstattet der Mann Anzeige bei der Polizei. Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA), ReachOut

170 13. JUNI 2020 BERLIN-KREUZBERG, U-BAHNLINIE 7: Ein Mann, der in Begleitung eines anderen Mannes in der U-Bahn fährt, wird von einem unbekanntem Mann aufgrund antiziganistischer und homophober Motivation bedroht. Der Unbekannte hindert die beiden Männer am Aussteigen und schlägt dem Mann verschiedene Dinge aus der Hand. Auf dem U-Bahnhof Yorckstraße versucht der Angreifer ihn zu schlagen und mit einer Zigarette zu verbrennen. Die beiden Männer werden bis in eine Bar, in die sie sich flüchten, verfolgt. Später erstattet der Mann Anzeige bei der Polizei. Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA), ReachOut

171 13. JUNI 2020 BERLIN-KREUZBERG, U-BAHNLINIE 7: Ein Mann, der in Begleitung eines anderen Mannes in der U-Bahn fährt, wird von einem unbekanntem Mann aufgrund antiziganistischer und homophober Motivation bedroht. Der Unbekannte hindert die beiden Männer am Aussteigen und schlägt dem Mann verschiedene Dinge aus der Hand. Auf dem U-Bahnhof Yorckstraße versucht der Angreifer ihn zu schlagen und mit einer Zigarette zu verbrennen. Die beiden Männer werden bis in eine Bar, in die sie sich flüchten, verfolgt. Später erstattet der Mann Anzeige bei der Polizei. Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA), ReachOut

172 13. JUNI 2020 BERLIN-KREUZBERG, U-BAHNLINIE 7: Ein Mann, der in Begleitung eines anderen Mannes in der U-Bahn fährt, wird von einem unbekanntem Mann aufgrund antiziganistischer und homophober Motivation bedroht. Der Unbekannte hindert die beiden Männer am Aussteigen und schlägt dem Mann verschiedene Dinge aus der Hand. Auf dem U-Bahnhof Yorckstraße versucht der Angreifer ihn zu schlagen und mit einer Zigarette zu verbrennen. Die beiden Männer werden bis in eine Bar, in die sie sich flüchten, verfolgt. Später erstattet der Mann Anzeige bei der Polizei. Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA), ReachOut

Die Muslimbruderschaft als politische Herausforderung in Berlin

Kim Robin
Stoller
(Vorsitzende
Internationales
Institut für
Bildungs-,
Sozial- und
Antisemitismus-
forschung –
IIBSA)

⇒ Der politische Islam und die Muslimbruderschaft sind in den letzten Jahren zunehmend in den Fokus zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteur:innen gerückt. Aufgrund ihres Einflusses, ihrer Strategien im „Westen“ und ihrer geschickten Lobbyarbeit ist die Muslimbruderschaft längst nicht mehr nur ein Thema für staatliche Sicherheitsbehörden. Während sich ihre Protagonist:innen in dem einen Kontext als Alternative zu ISIS und Al-Qaida und als „die Freunde der Juden“ inszenieren, rufen ihre Brüder und Schwestern in anderen Kontexten zum Kampf gegen „die Juden“, „die Zionisten“, „die Homos“, „die Unmoral“ und „das Unislamische“ auf und halten gemeinsame Konferenzen mit salafistisch-dschihadistischen Organisationen im Nahen Osten und Nordafrika (MENA-Region) ab. Das klingt widersprüchlich... Und was hat das mit Berlin zu tun?

Kontextualisierung

Die Muslimbruderschaft gilt als die einflussreichste sunnitisch-islamistische Bewegung weltweit. Sie blickt auf eine fast einhundertjährige Geschichte zurück, die in verschiedenen Ländern zu unterschiedlichen Zeiten von Erfolg, Einfluss, unterschiedlichen Strategien geprägt war und die mit ihrer Zielsetzung, die bestehende Gesellschaftsordnung zu überwinden, Repression von Seiten der jeweiligen Herrschaftsregime erfuhr. In einigen Ländern lag der Schwerpunkt – zumindest zeitweise – auf religiöser Bekehrung, Erziehung und der langsamen Gestaltung einer islamischen Weltordnung. In anderen Kontexten wurde zu den Waffen gegriffen, um „Widerstand“ gegen diejenigen zu leisten, die sich nicht der islamischen Herrschaft auf „islamischem Boden“ unterwerfen wollten. Am bekanntesten sind wohl die Gründungsorganisation, die ägyptische Muslimbruderschaft, und einer der „Arme der Muslimbruderschaft in Palästina“, die sogenannte „Islamische Widerstandsbewegung“ (Hamas). Während die eine es geschafft hat, durch Wahlen im Zuge des Arabischen Frühlings temporär die Macht zu übernehmen, hat die andere bereits die quasistaatliche Möglichkeit, ihre islamische Gesellschaftsordnung weiter zu etablieren, und verteidigt sie mit öffentlichen Züchtigungen, Hinrichtungen und Waffengewalt sowie nach außen mit Raketen und Selbstmordattentaten und der Ermordung möglichst vieler jüdischer Zivilist:innen.

Die fast hundertjährige Geschichte der Unterdrückung hat die Muslimbruderschaft vieler-

orts zu einer klandestinen Organisation werden lassen, die über einen großen Gestaltungsspielraum bei der Ausbreitung des Islams im jeweiligen nationalen Kontext verfügt. Aussteiger und Analysten berichten von einer hierarchischen Struktur, die selbst in westlichen Ländern in kleinen Organisationszellen operiert. Ein jahrelanger Aufnahmeprozess für Mitglieder prägt die Kernorganisation als klandestine, elitäre Organisation. Organisationszusammenhänge finden sich in westlichen Ländern häufig – trotz eines gesamt-islamischen Anspruchs – entlang der nationalen Herkunftslinien derjenigen, die vor mehreren Jahrzehnten als politisch Verfolgte oder Student:innen nach Europa kamen. Vielerorts ist das Organisationsmodell an die ägyptische Muslimbruderschaft angelehnt, mit Männer-, Frauen- und Jugendorganisationen, Führungskreisen und regionalen Zusammenschlüssen, sogenannten „Usra“-Zellen („usra“ steht auf Arabisch für Familie). Trotz ihrer relativ kleinen Kerngruppe ist es der Muslimbruderschaft und ihr nahestehenden Organisationen in den letzten Jahrzehnten häufig gelungen, den Islam politisch-organisiert in „westlichen Staaten“ zu repräsentieren. Organisationen, die mit der Muslimbruderschaft verbunden sind, mit ihr sympathisieren oder Kontakte zu ihr pflegen, haben nicht nur auf lokaler Ebene, sondern auch auf den höchsten politischen Entscheidungsebenen, bis hin zu den Staatsoberhäuptern Einfluss.

Die ersten exilierten Muslimbrüder und -schwestern kamen vor Jahrzehnten vor allem aus Ägypten und Syrien und gründeten im Laufe der Jahre Zentren und Moscheen in München, Aachen, Frankfurt oder Berlin. Die Verbindungen zwischen den Strukturen und den „Herkunftsländern“ sind zum Teil bis heute so eng, dass beispielsweise nach dem Sieg Mursis führende Vertreter aus Deutschland in hohe Positionen nach Ägypten rekrutiert wurden.

Die Berliner Straße

Nach dem Militärputsch in Ägypten im Jahr 2013 fanden auch in Deutschland Demonstrationen der Muslimbrüder zur Unterstützung ihrer Brüder und Schwestern in Ägypten statt. Massenmobilisierungen finden auch weiterhin rund um die Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem und um Jerusalem („al Quds“ auf Arabisch) im Allgemeinen statt, was die Muslimbruderschaft und die Hamas zu einem ihrer Kernthemen gemacht haben. Viele der Demonstrationen gegen Israel, die weltweit

und auch in Europa stattgefunden haben, wurden von Aktivist:innen koordiniert und organisiert, die der Muslimbruderschaft und der Hamas nahestehen. So ist es nicht verwunderlich, dass in der Vergangenheit regelmäßig Vertreter verschiedener Berliner Moschee- und Kulturvereine unterschiedlicher nationaler Herkunft als Redner bei solchen Straßenprotesten auftraten.

Die Themen und der Fototermin

In den letzten Jahren ist zu beobachten, dass einige Vereine und Moscheen, die historisch eine Nähe zur Muslimbruderschaft pflegten, sich von diesem öffentlichen Schmuddelimage lösen wollen. Die öffentliche Verteidigung des Kampfes gegen Israel, die Unterstützung der Hamas und anderer Terrororganisationen, die Gründung deutscher Fatwa-Räte zur islamischen Rechtsauslegung und die Einladung von Führungskadern aus der MENA-Region, die sich offen als Mitglieder der Muslimbruderschaft zu erkennen geben, sind teilweise durch eine neue Umarmungstaktik ergänzt worden, insbesondere die Umarmung von Juden:Jüdinnen. Ein gemeinsamer Fototermin mit dem regierenden Bürgermeister, einer Ministerin oder – noch besser – der Bundeskanzlerin ist bei Veranstaltungen zum interkulturellen Dialog oder gegen den Terror leichter zu haben. Die Kundgebungen unter dem Motto „Muslime gegen Terror“ und das paternalistische Bedürfnis vieler Politiker:innen, irgendwelche muslimischen Partner:innen zu finden, führten zu einigen hochkarätigen Fototerminen.

In der Vergangenheit kam es vermehrt zu rechtlichen Klagen gegen Pressevertreter:innen sowie gegen die Überwachung durch den staatlichen Verfassungsschutz. Ein zentrales Argument in öffentlichen Auseinandersetzungen ist das Bestreiten jeglicher Nähe zur Muslimbruderschaft, die Betonung des interkulturellen Dialogs, die staatliche Förderung interkultureller- und von Integrationsprojekten und das Eintreten gegen islamistische Massaker, die in Europa stattfanden.

Die Auseinandersetzungen um andere, auch von muslimbrüdernahen Strukturen besetzte Themen wie um den Begriff und Kampf gegen „Islamophobie“, aber auch Geflüchtetenhilfe und humanitäre Hilfe für Krisen- und Kriegsgebiete werden wohl noch über Jahre hinweg anhalten. Gleiches gilt für die seit einigen Jahren zu beobachtende zunehmende Zusammenarbeit mit dem

Wie können wir
in Zukunft den
schönen
Fototermin der
Muslimbruder-
schaft auf der
Bühne vor dem
Brandenburger
Tor verhindern?

türkischen Staat, einschließlich seiner religiösen Strukturen im In- und Ausland.

Die Frage ist also abschließend nicht, was das alles mit Berlin zu tun hat, sondern was wir tun können, damit die Strukturen, die die Diskriminierung von nationalen, religiösen, LGBTQ*- und anderen Gruppen von Menschen in der MENA-Region und auch in Europa vorantreiben, nicht den schönen Fototermin auf der Bühne vor dem Brandenburger Tor in Berlin bekommen und für ihre politische Arbeit vom Staat bezahlt werden. ↩

Kim Robin Stoller ist Vorsitzende des Internationalen Instituts für Bildungs-, Sozial- und Antisemitismusforschung (IIBSA). Sie studierte Gender Studies und Europäische Ethnologie in Berlin. Sie forscht zu Antisemitismus, Islamismus, Nationalismus, Holocaust-Erinnerung und Akteur:innen sowie Strategien gegen Antisemitismus. Aktuell arbeitet sie an einem Buch zu Antisemitismus und Akteur:innen gegen Antisemitismus in Marokko. Das Internationale Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung (IIBSA) forscht und berät zu aktuellem Antisemitismus, Islamismus und Rechtsextremismus mit internationaler Perspektive. Es fördert den wissenschaftlichen und praxisorientierten Austausch und entwickelt Konzepte und Programme. Das Institut ist in verschiedenen Ländern zur Forschung und Antisemitismusbekämpfung aktiv und unterstützt Netzwerke zwischen Akademiker:innen, Bildungsträger:innen, NGOs und Multiplikator:innen.

Verwendete Literatur

Bundeszentrale für politische Bildung – Rita Breuer: Die Muslimbruderschaft in Deutschland, <http://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/290422/die-muslimbruderschaft-in-deutschland>

The Global Muslim Brotherhood Daily Watch <http://www.globalmbwatch.com/>

Vidino, L: The Closed Circle: Joining and Leaving the Muslim Brotherhood in the West (Columbia Studies in Terrorism and Irregular Warfare), 2020

Vidino, L: New Muslim Brotherhood in the West (Columbia Studies in Terrorism and Irregular Warfare), 2010

Meijer, R: Muslim Brotherhood in Europe, 2012

Küntzel, Matthias: Jihad and Jew-Hatred: Islamism, Nazism and the Roots of 9/11, 2013

Meining, Stefan: Eine Moschee in Deutschland: Nazis, Geheimdienste und der Aufstieg des politischen Islam im Westen, 2011

170 14. JUNI 2020 BERLIN-SPANDAU: Zwei Männer im Alter von 20 und 54 Jahren werden gegen 0.45 Uhr in einem Lokal in der Pichelsdorfer Straße von einem 36-jährigen Mann aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt. Der 20-Jährige wird von einem Aschenbecher, den der 36-Jährige wirft, am Hinterkopf getroffen. Polizei Berlin 14.06.2020, queer.de 14.06.2020, rbb24.de 14.06.2020

171 14. JUNI 2020 BERLIN-FRIEDRICHSHAIN: Gegen 18.15 Uhr wird eine 36-jährige Frau auf einem Spielplatz in der Frankfurter Allee von einer 27-jährigen Frau aus antimuslimischer Motivation beleidigt und ihr wird das Kopftuch vom Kopf gerissen. Polizei Berlin 14.06.2020

172 15. JUNI 2020 BERLIN-SCHÖNEBERG: Eine unbekannte Transperson wird gegen 0.15 Uhr in der Bülowstraße von einem 17-jährigen Jugendlichen aus LGBTIQ*feindlicher Motivation mit einem Gegenstand beworfen. Polizei Berlin 29.07.2020

173 15. JUNI 2020 BERLIN-MITTE: Am Abend wird eine 25-jährige Frau, die in Begleitung von zwei Freund*innen auf dem Alexanderplatz Aufkleber verteilt, von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt, festgehalten und gestoßen. Tagesspiegel 09.07.2020

174 16. JUNI 2020 BERLIN-WEDDING: Ein 62-jähriger Mann wird gegen 12.30 Uhr vor einem Café am Leopoldplatz von einem 65-jährigen Mann rassistisch beleidigt und mit einer Gehhilfe gegen den Arm geschlagen. Polizei Berlin 11.11.2020

175 17. JUNI 2020 BERLIN-CHARLOTTENBURG: Gegen 19.00 Uhr werden drei Männer am Hardenbergplatz von drei unbekanntem Männern aus LGBTIQ*-feindlicher Motivation beleidigt und geschlagen. Register Charlottenburg-Wilmersdorf

176 17. JUNI 2020 BERLIN-KÖPENICK: Gegen 20.55 Uhr werden zwei Männer im Alter von 20 und 21 Jahren in der Edisonstraße von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt und angegriffen. Der Unbekannte zeigt anschließend den „Hitlergruß“. Polizei Berlin 29.07.2020

177 19. JUNI 2020 BERLIN-NEUKÖLLN: In der Nacht werden in der Sonnenallee SS-Runen an das Gebäude der Damas-Konditorei geschmiert und ein Lieferwagen, der vor der Konditorei steht, wird in Brand gesetzt. Polizei Berlin 19.09.2020, rbb24.de 26.06.2020, Register Neukölln

178 19. JUNI 2020 BERLIN-NEUKÖLLN: Zwei Männer im Alter von 28 und 34 Jahren werden gegen 22.00 Uhr in der Weserstraße von vier unbekanntem Männern aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt und von zwei der Angreifer ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin 20.06.2020, queer.de 20.06.2020

179 20. JUNI 2020 BERLIN-KREUZBERG: Ein 45-jähriger Mann wird gegen 16.20 Uhr auf dem Kottbusser Damm aus einer Gruppe von fünf Personen heraus von zwei Männern rassistisch beleidigt und angegriffen. Polizei Berlin 29.07.2020

180 21. JUNI 2020 BERLIN-LICHTENBERG: Gegen 19.30 Uhr wird eine 33-jährige Frau in der Straße Am Tierpark von einem unbekanntem Mann aus rassistischer Motivation beleidigt, am Arm festgehalten, getreten und verletzt. Polizei Berlin 22.06.2020

181 21. JUNI 2020 BERLIN-LICHTENBERG: Ein 71-jähriger Mann und sein 62-jähriger Bruder werden gegen 20.30 Uhr in der

Rhinstraße von einem 40-jährigen Nachbarn mit einem Schraubenzieher verletzt. Die Brüder hatten sich zuvor dagegen ausgesprochen, dass der 40-Jährige auf seinem Balkon extrem rechte und rassistische Parolen gerufen und den „Hitlergruß“ gezeigt hatte. Polizei Berlin 22.06.2020

182 22. JUNI 2020 BERLIN-FRIEDRICHSHAIN: Eine 50-jährige Frau wird um 19.00 Uhr in der Karl-Marx-Allee von einem 42-jährigen Autofahrer aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt und

23. JUNI 2020 BERLIN-PRENZLAUER BERG: Gegen 1.40 Uhr wird ein 50-jähriger Mann im Park auf dem Helmholtzplatz von einer 41-jährigen Frau aus einer Gruppe heraus rassistisch beleidigt und gestoßen. Polizei Berlin 29.07.2020

183 23. JUNI 2020 BERLIN-PRENZLAUER BERG: Gegen 1.40 Uhr wird ein 50-jähriger Mann im Park auf dem Helmholtzplatz von einer 41-jährigen Frau aus einer Gruppe heraus rassistisch beleidigt und gestoßen. Polizei Berlin 29.07.2020

184 23. JUNI 2020 BERLIN-HOHENSCHÖNHAUSEN: Gegen 20.00 Uhr wird eine 20-jährige Frau auf der Falkenberger Brücke von einem Bekannten aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt, geschlagen und getreten. Polizei Berlin 29.07.2020

185 24. JUNI 2020 BERLIN-MITTE, S-BAHNHOF FRIEDRICHSTRASSE: Ein Mann wird gegen 9.00 Uhr auf einer Rolltreppe im S-Bahnhof Friedrichstraße von einem unbekanntem Mann aus rassistischer Motivation beleidigt und angespuckt. Register Mitte

186 24. JUNI 2020 BERLIN-FRIEDRICHSHAIN: Ein Mann und ein Kind werden auf dem Weg zwischen U- und S-Bahnhof Frankfurter Allee von einer Frau, die von einem Mann begleitet wird, aus rassistischer Motivation beleidigt und angeschrien. Der Mann wird von der Unbekannten angespuckt. Eine Zeug*in greift ein und die Angreiferin entfernt sich. Register Friedrichshain-Kreuzberg

187 24. JUNI 2020 BERLIN-KÖPENICK: Mehrere Frauen, die ein Kopftuch tragen, feiern in einer Gruppe auf einem Schiff auf der Spree. Als das Schiff den Kaisersteg erreicht, werden die Frauen von einem Fahrradfahrer, der auf der Brücke steht, aus antimuslimischer Motivation mit Bier begossen und mit der leeren Bierflasche beworfen. Passant*innen auf der Brücke versuchen einzugreifen, aber der Unbekannte kann sich entfernen. Register Treptow-Köpenick

188 25. JUNI 2020 BERLIN-MITTE: Gegen 22.15 Uhr wird ein 24-jähriger Mann in der Torstraße von einem 61-jährigen Mann rassistisch beleidigt und ihm wird ins Gesicht gespuckt. Dem Versuch des Angreifers, dem 24-Jährigen ins Gesicht zu schlagen, kann dieser ausweichen. Polizei Berlin 11.11.2020

189 27. JUNI 2020 BERLIN-MITTE: Im Verlauf der alternativen Christopher Street Day Parade wird ein 25-jähriger Mann auf der Straße Unter den Linden von einer Frau aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt und mit einer Gehhilfe geschlagen. Tagesspiegel 28.06.20

190 27. JUNI 2020 BERLIN-KÖPENICK: In der Nacht wird ein Mann in der Friedrichshagener Straße aus antimuslimischer Motivation aus einem Auto heraus beleidigt und von den Täter*innen bis zu einem Polizeabschnitt verfolgt. Dort erstattet der Betroffene Anzeige. Register Treptow-Köpenick

191 27. JUNI 2020 BERLIN-NEUKÖLLN, U-BAHNHOF HERMANNPLATZ: Eine bekannte 43-jährige Dragqueen, die in Begleitung von Freund*innen ist, wird nach der Pride-Parade auf dem U-Bahnhof Hermannplatz von drei Männern aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt und mit einer Flasche beworfen. Tagesspiegel 28.06.2020

192 28. JUNI 2020 BERLIN-SCHÖNEBERG: Gegen 1.10 Uhr wird ein 56-jähriger Mitarbeiter einer Bar in der Kleist- Ecke Eisenacher Straße von einer 49-jährigen Frau aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt und mit Bier begossen. Der 56-Jährige kann dem Tritt der Frau ausweichen. Polizei Berlin 28.06.2020, Tagesspiegel 28.06.2020, queer.de 28.06.2020

193 30. JUNI 2020 BERLIN-KREUZBERG: Ein 38-jähriger Mann wird gegen 19.10 Uhr in einer Bar in der Neuenburger Straße von einem unbekanntem Mann aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt, mit der Faust ins Gesicht geschlagen und verletzt. Polizei Berlin 01.07.2020, queer.de 01.07.2020

194 1. JULI 2020 BERLIN-REINICKENDORF: Ein 17-jähriger Jugendlicher wird gegen 18.00 Uhr in der Buddestraße von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt. Der Unbekannte tritt dem 17-Jährigen gegen das Knie. Einem Schlag ins Gesicht kann er ausweichen. Polizei Berlin 11.11.2020

195 1. JULI 2020 BERLIN-TREPTOW S-BAHN: Gegen 23.15 Uhr wird eine asiatisch gelesene, 40-jährige Frau in der S-Bahn in Niederschöneweide von einer Frau rassistisch mit Corona-Bezug beleidigt, mit der Stirn gegen die Stirn gestoßen und bespuckt. Passant*innen greifen ein. Die Täterin flüchtet unerkannt. Polizei Berlin 19.10.2020, Register Treptow-Köpenick

196 3. JULI 2020 BERLIN-KÖPENICK: Gegen 19.10 Uhr wird ein 36-jähriger Mann im Bellevuepark von vier Personen aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt, ins Gesicht geschlagen und mit einer Flasche auf den Kopf geschlagen. Polizei Berlin 25.02.2021

197 4. JULI 2020 BERLIN-NEUKÖLLN: Einer Frau, die sich gegen Rechtsextremismus engagiert und die in der Hufeisensiedlung wohnt, werden die Autoreifen zerstoßen. Außerdem werden an ihrem Auto antirassistische Sticker entfernt und rechte Sticker angebracht. Sie ist zum wiederholten Mal von Angriffen betroffen. Register Neukölln

198 4. JULI 2020 BERLIN-INTERNET: Die Berliner Fraktionsvorsitzende der Linkspartei erhält eine E-Mail, die eine Todesdrohung enthält und mit dem Kürzel „NSU 2.0“ unterschrieben ist. Tagesspiegel 16.07.2020, rbb24.de 10.07.2020, Berliner Register

199 4. JULI 2020 BERLIN-INTERNET: Eine Kabarettistin erhält eine E-Mail, die eine Todesdrohung enthält und mit dem Kürzel „NSU 2.0“ unterschrieben ist. Tagesspiegel 16.07.2020, rbb24.de 10.07.2020, Berliner Register

200 6. JULI 2020 BERLIN-LICHTENBERG, TRAMLINIE M8: Ein 28-jähriger Mann wird gegen 22.00 Uhr in einer

Tram der Linie M8 in Fennpfuhl in der Möllendorffstraße von einem 36-jährigen Mann rassistisch beleidigt und mit der Faust zwei Mal ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin 07.07.2020

201 7. JULI 2020 BERLIN-NEUKÖLLN: In einem Supermarkt in Gropiusstadt wird eine asiatisch gelesene Frau von zwei Frauen rassistisch mit Corona-Bezug beleidigt. Eine der Frauen zieht sie an den Haaren, tritt ihr mit dem Knie gegen den Kopf und verletzt sie. Register Neukölln

202 9. JULI 2020 BERLIN-TEMPELHOF, S-BAHNHOF: Eine Frau, die ein Kopftuch trägt, wird an einer S-Bahn-Station aus antimuslimischer Motivation angegriffen. Inssan e.V.

203 9. JULI 2020 BERLIN-TEMPELHOF: Eine Frau mit einem Kopftuch, die ihren 1-jährigen Sohn auf dem Arm trägt, wird von einer anderen Frau aus antimuslimischer Motivation beleidigt und gestoßen. Sie kann das Kind mit Mühe festhalten. Inssan e.V.

204 9. JULI 2020 BERLIN-KREUZBERG, U-BAHNHOF PLATZ DER LUFTBRÜCKE: Eine Frau wird auf dem Bahnsteig von einer anderen Frau aus antimuslimischer Motivation beleidigt und gestoßen. Inssan e.V.

205 9. JULI 2020 BERLIN-WEDDING, S-BAHNHOF WEDDING: Eine Frau wird im S-Bahnhof Wedding von Unbekanntem aus antimuslimischer Motivation mit Steinen beworfen. Die Frau wird von einem Stein am Kopf getroffen und verletzt. Inssan e.V.

206 10. JULI 2020 BERLIN-NEUKÖLLN: Der Aktivist und Politiker der Neuköllner Linken, der bereits Betroffener der Anschlagsserie in Neukölln war, erhält eine Drohung, die mit „NSU 2.0“ unterzeichnet ist. Register Neukölln

207 10. JULI 2020 BERLIN-SPANDAU: Gegen 19.45 Uhr wird eine 73-jährige Frau in der Pichelsdorfer Straße in Wilhelmstadt von einem Autofahrer verfolgt. Als die 73-Jährige ihr Auto parkt, beleidigt sie der Unbekannte rassistisch und schlägt sie. Polizei Berlin 14.01.2021

208 11. JULI 2020 BERLIN-SPANDAU: Zwei Männer im Alter von 29 und 30 Jahren werden gegen 1.30 Uhr im Burscheider Weg in Haselhorst von einem 41-jährigen Mann zum wiederholten Mal aus LGBTIQ*feindlicher Motivation körperlich angegriffen. Polizei Berlin 19.10.2020

209 11. JULI 2020 BERLIN-MITTE: Gegen 6.00 Uhr wird ein 30-jähriger Mann in einem Lokal in der Rathausstraße von einem unbekanntem Mann aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin 25.02.2021

210 11. JULI 2020 BERLIN-KREUZBERG: Drei unbekannte Männer werden gegen 23.30 Uhr in einem Lokal in der Adalbertstraße von einem unbekanntem Mann aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt, bedroht und mit einem Messer beworfen. Polizei Berlin 25.02.2021

211 12. JULI 2020 BERLIN-TIERGARTEN: Eine 26-jährige Fahrradfahrerin wird gegen 8.30 Uhr in der Ebertstraße von einem unbekanntem Jogger rassistisch beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin 19.10.2020

Rassismus in Deutschland nach George Floyd

Interne
Diskussion
zwischen
Simone Dede
Ayivi,
Tahir Della
und Bafta
Sarbo (ISD)

Das Jahr 2020 stand aus einem schockierenden und traurigen Anlass abermals im Zeichen von „Black Lives Matter“. Nach dem Mord an dem Schwarzen US-Amerikaner George Floyd durch einen weißen Polizisten waren nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland und anderen Ländern Zehntausende Menschen auf die Straße gegangen, um gegen rassistische Polizeigewalt zu demonstrieren. Nach den großen Protesten und der gesamtgesellschaftlichen Diskussion um Rassismus und Polizei ziehen Simone Dede Ayivi, Tahir Della und Bafta Sarbo von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) eine gruppeninterne Bilanz und diskutieren die Geschehnisse und die politischen Debatten des letzten Sommers. Das Gespräch ist eine Momentaufnahme eines noch fortlaufenden Diskussionsprozesses und liefert daher noch keine fertigen Analysen.

↳ **Simone:** Letzten Sommer, nach der Ermordung George Floyds sind auch in Deutschland hunderttausende Menschen auf die Straße gegangen, viele auch in Berlin. Die ISD hatte direkt nachdem dieses Video um die Welt ging, eine Demo angemeldet. Es dauerte aber eine Weile, bis die Massen auf die Straßen kamen. Die Kundgebung war nicht viel größer als ähnliche Veranstaltungen, die wir zu anderen Fällen hatten. Denn es war ja nicht das erste Mal, dass wir uns in Berlin getroffen haben, weil in den USA ein Schwarzer Mensch von der Polizei ermordet wurde.

Tahir: Wobei ich auch sagen muss, dass die Demo sehr kurzfristig angesagt war und dafür relativ große Aufmerksamkeit bekommen hatte. Was schon gezeigt hat, dass eine größere Aufmerksamkeit da war als bei vergleichbaren Fällen. Dieses Video war inhaltlich fast deckungsgleich mit dem vom Mord an Eric Garner, der 2014 in New York von der Polizei getötet wurde. Er hat auch gesagt: „I can't breathe“, und die Polizei hat nicht abgelassen. Da kam es aber nicht zu Protesten in so einem Umfang, zumindest nicht hier in Deutschland.

Simone: Ja. Das würde ich auch so unterschreiben. Was mir neben den großen Demos aufgefallen ist, war der große Andrang auf Schwarze Themen, ein ständiger Bedarf an Schwarzem Wissen oder der Wunsch, Schwarze Personen miteinzubeziehen. Das ist dann genauso schnell wieder abgeflacht, aber es kamen Anfragen an die ISD, die mit allem Möglichen zu tun hatten. Da waren Leute,

die Veranstaltungen geplant und gesagt haben: „Und dann ist uns aufgefallen: Wir haben keine Schwarzen Gebärdendolmetscher*innen“, „Und dann haben wir uns gefragt: Was ist eigentlich das richtige Wort, das wir benutzen im Text?“ oder „Und dann ist uns aufgefallen: In unserem Werbespot spielt gar keine Schwarze Person mit“. Das hat gezeigt, dass es auf jeden Fall einen Diskurs über die Polizeigewalt und über den Mord an Schwarzen Menschen hinaus gab. Und dass auf einmal viele Themen mitschwangen und es darum ging, Schwarze Menschen ganz stark mitzudenken.

Bafta: Ja, ich weiß gar nicht, ob es das Bedürfnis war, Schwarze Menschen mitzudenken oder eher nach außen ein bestimmtes Bild von sich als progressiv zu präsentieren, ohne eine qualitative Auseinandersetzung mit den Voraussetzungen von rassistischer Polizeigewalt – auch hier in Deutschland – zu führen. Es gab einen krassen Andrang auf uns. Wir waren wirklich stark eingebunden zu der Zeit, waren den ganzen Tag in Interviews und Debatten zu Rassismus und Polizei, saßen auf Podien oder haben Artikel und Kommentare geschrieben. Es war aber zum Teil so, dass ich da saß, um über rassistische Polizeigewalt zu diskutieren, und dann sagte jemand: „Erzähl doch mal von deinen Erfahrungen mit Rassismus“. Es gab einen krassen Voyeurismus in Bezug auf Anti-Schwarzen Rassismus, der aber nicht das Interesse beinhaltet hat, das auch strukturell anzugehen, sondern es immer wieder auf persönliche Schicksale zu reduzieren und sich so an diesen Geschichten zu bereichern.

Tahir: Ja, dem würde ich total zustimmen. Es macht deutlich, dass wir mit diesem Fokussieren auf konkrete Fälle sehr schnell aus dem Blick verlieren, dass es eine systemische Debatte braucht. Zum Beispiel wurde die Beschreibung „systemische Polizeigewalt“ zwar zum ersten Mal in den deutschen Medien als Thema aufgegriffen, aber nicht in Bezug auf die deutschen Verhältnisse, sondern immer nur als Wiedergabe dessen, was in den USA diskutiert wird. Trotz der Solidarisierung, trotz der Themen, die aufgegriffen wurden, stellen wir uns die Fragen: Inwieweit ist da wirklich eine Aushandlung zwischen Betroffenen und Mehrheitsgesellschaft? Oder wurde sich trendmäßig auf ein Thema draufgesetzt und das verflacht danach auch sehr schnell wieder?

Bafta: Ich glaube, es ist beides passiert. Ich hatte das Gefühl, dass keine wirklich qualitative Aus-

Es gab einen
krassen Voyeurismus
in Bezug auf Anti-
Schwarzen Rassismus,
der aber nicht das
Interesse beinhaltet
hat, das auch
strukturell anzugehen.

einandersetzung mit dem Thema stattgefunden hat, und dass auch so viele Menschen auf die Straße gegangen sind, weil es die USA betrifft. Ich gehe nicht davon aus, dass hunderttausend Menschen am Alexanderplatz stehen würden, wenn in Deutschland ein Schwarzer Mensch von der Polizei umgebracht wird. Bei den Demos nach den rassistischen Morden von Hanau waren nicht so viele Menschen und bei den jährlich stattfindenden Oury-Jalloh-Demos auch nicht. Es ist leichter mit dem Finger auf die USA zu zeigen. Aber ich hatte schon das Gefühl, dass sich zumindest in antirassistischen Zusammenhängen Forderungen zugespitzt haben und jetzt ganz andere Debatten im Raum sind. Zum Beispiel wurden radikalere Forderungen wie „Defund the police“ (sinngemäß: „Polizei die Finanzierung entziehen“) oder „Abolish the police“ („Polizei abschaffen“) aus dem US-amerikanischen Kontext übernommen. Und viele junge Leute, die sich im Rahmen des letzten Jahres oder in den letzten Jahren politisiert haben, verbinden Polizeikritik mit Antikapitalismus und gucken, was es für breitere gesellschaftliche Veränderungen braucht, um dieses konkrete Problem, rassistische Polizeigewalt, zu bearbeiten. Und es fand auch viel Vernetzung statt. Und zum Beispiel die massive Polizeigewalt auf linken Demos war immer wieder Thema. Da gibt es Zusammenhänge. Innerhalb der Mehrheitsgesellschaft hat sich das nicht so zugespitzt. Da wird eher mit dem Finger auf die USA, vor allem auf die Trump-Administration gezeigt, um so zu tun, als ob es „Black Lives Matter“ nicht auch schon unter Obama gegeben hätte und auch unter Joe Biden weiter relevant sein wird.

Simone: Ja, aber es hat nicht nur eine Radikalisierung stattgefunden, wir sind auch mehr geworden. Und ich würde sagen, dass das auch nachhaltig ist. Wie immer werden nicht alle bleiben, aber es bleiben in diesen Aufmerksamkeitswellen Leute hängen, die sich zum ersten Mal trauen, den Mund aufzumachen und zum ersten Mal auf Demos gehen. In dem Zusammenhang ist es auch interessant, über die Polizeigewalt auf den Berliner Demos zu sprechen und die Erfahrungen, die da gemacht wurden. Und der Umgang mit diesen vielen wirklich sehr jungen Menschen, die auf der Straße standen bei den Demos, die ja auch nicht hauptsächlich von bekannten Akteur*innen der Schwarzen Bewegung in Berlin organisiert wurden, sondern von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich spontan im Netz gefunden haben.

Ich gehe nicht davon aus, dass hunderttausend Menschen am Alexanderplatz stehen würden, wenn in Deutschland ein Schwarzer Mensch von der Polizei umgebracht wird.

Tahir: Genau. Ich glaube, das ist für mich ein wichtiger Punkt: Inwieweit schaffen wir eine Verstetigung von dieser zunehmenden Politisierung? Und da muss man unterscheiden zwischen einerseits Leuten, die politisiert wurden aus der eigenen Betroffenheit heraus, also Schwarzen Menschen, POCs, Migrant*innen und andererseits Leuten, die der weißen Mehrheitsgesellschaft angehören. Und ich glaube tatsächlich, für beide Gruppen gilt gleichermaßen, dass die Forderungen, die sich politisch entwickelt haben, übersetzt werden müssen, damit verständlich wird, um was es hier eigentlich geht. Denn es geht eben nicht nur um den Fall George Floyd. Dieses Verweisen auf die USA, was Bafta gerade beschrieben hat, ist natürlich sehr leicht für uns. Und wir merken, dass wir vergleichbare Fälle hier in Deutschland überhaupt nicht in dem gleichen Maße benannt haben. Und ich glaub auch, wir werden sie niemals benennen, wenn wir das nicht als ein systemisches Problem begreifen. Und das gilt nicht nur, wenn so ein Video kursiert. Denn Polizeigewalt trifft ja nicht bloß von Rassismus Betroffene. Coronaleugner*innen ohne Maske, die den Bundestag stürmen wollen, werden laufen gelassen. Da passiert verhältnismäßig wenig, und bei Kundgebungen von politischen Linken wird teils massiv eingegriffen. Das zeigt, dass sich die Polizei auf jeden Fall politisch positioniert.

Bafta: Es ist ja nicht zufällig oder willkürlich, dass man eine Coronaleugner*innen-Demo laufen

Wenn ich jetzt
bedroht oder
angegriffen
werde, an wen
wende ich
mich innerhalb
der derzeitigen
gesell-
schaftlichen
Verhältnisse?

lässt oder dass Naziaufmärsche einfach so passieren dürfen, dass aber auf linke und antirassistische Demos so eingepöbeln wird. Ich glaube, dass junge Leute jetzt auch checken, dass für den deutschen Staat von diesen Coronaleugner*innen-Demos, von Nazidemos eben keine so große „Gefahr“ ausgeht wie von linken oder antirassistischen Demos, weil diese die Verhältnisse infrage stellen. Ich glaube, dass es eine Stärke ist, dass viele das jetzt auch verstehen. Zum Beispiel, dass die Polizei auf der „Black Lives Matter“-Demo sehr brutal gegen Schwarze und migrantische Jugendliche vorgegangen ist. Ich denke, die Polizeistrategie war, sie so zu demotivieren, dass sie sich zurückziehen und sich nicht mehr trauen, auf Demos zu gehen, sodass sie sich nicht nachhaltig politisieren und „linksradikal“ werden. Das hat aber den gegenteiligen Effekt ausgelöst. Viele von den Jugendlichen wollen jetzt erst recht auf die Straße und gegen die Polizei vorgehen.

Tahir: Es gibt also die Frage: Was muss mit der Polizei passieren? Da gibt es zwei Grundsäulen: Die eine ist „Abolish the Police“, also die Forderung, die Polizei abzuschaffen – und parallel dazu gibt es die Frage, ob die Polizei reformiert werden kann. Und ich würde sagen, ich könnte mich nicht hundertprozentig einem der beiden Ansätze zuordnen. Denn wir sehen ja an einzelnen Fällen, dass aus beiden Säulen Punkte zu ziehen sind. Und gleichzeitig stellt sich trotzdem die Frage: Wenn ich jetzt bedroht oder angegriffen werde, an wen wende ich mich innerhalb der derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnisse?

Bafta: Aber in dem Punkt sieht man doch schon, dass sich diese Frage für viele Leute überhaupt gar nicht stellt. Viele Menschen, die in einer unsicheren Situation sind, für die ist klar: Wenn ich die Polizei rufe, dann bin ich dran. Wie dieser Kollege, den wir hier in der ISD haben, der einen Fall von häuslicher Gewalt mitbekommt, die Polizei ruft – und die Polizei nimmt ihn mit, den schwarzen Mann, und setzt ihn dreißig Kilometer außerhalb von Berlin aus, einfach aus Spaß an der Freude. Und ich kenne zahlreiche solche Geschichten von migrantischen Jugendlichen, die dasselbe erzählen – für solche Leute stellt sich die Frage nach der Notwendigkeit der Polizei gar nicht, weil die Polizei in ihrem Leben keinen Sicherheitsaspekt erfüllt, sondern ausschließlich mit Gewalt und Unsicherheit verbunden ist. Und aus dieser Position ist die Forderung nach Abschaffung der Polizei eigentlich die Forderung nach Abschaffung von rassistischer Gewalt. Die Polizei erfüllt

die Funktion „Die Polizei schützt mich, wenn ich bedroht werde“ für viele Menschen in dieser Gesellschaft nicht. Aus dieser Position heraus muss man diese Forderung auch denken und sich nicht fragen: „Ja, aber wen rufst du, wenn dies und jenes passiert?“ Es hat für mich persönlich zum Beispiel noch keine Situation gegeben, in der ich das Bedürfnis hatte, die Polizei zu rufen, weil ich weiß, dass das, was die Polizei als Bild nach außen vertritt, und das, was die Polizei tatsächlich ist, total weit auseinandergehen.

Es gibt also die Frage:
Was muss mit
der Polizei passieren?

Tahir: Ja, aber die Frage stellt sich langfristig trotzdem: Was machst du in einer Gesellschaft, wo es zu Situationen kommt, in denen du Schutz brauchst? Wo eine Institution her müsste, die sich entweder schützend vor dich stellt oder dafür Sorge trägt, dass dein Leben in Sicherheit verläuft? Wir haben es in dieser Gesellschaft mit einer Polizeibehörde zu tun, die dieser Aufgabe nicht gerecht wird, zumindest nicht für alle Teile der Gesellschaft, und das ist ein wichtiger Punkt. Dass nämlich für den Teil der Gesellschaft, auf den das zutrifft, die Polizei nicht bloß rechtmäßig ist, sondern auch tatsächlich diese Schutzfunktion erfüllt. Dass der Staat dieser Verpflichtung nicht allen Menschen gegenüber nachkommt – wie bei der Mordserie des NSU deutlich wurde –, muss stärker diskutiert und ins gesellschaftliche Bewusstsein eingeschrieben werden.

Bei „Defund the police“ geht’s ja konkret darum, dass Mittel, die in die Polizei fließen – Sachmittel oder Personalkosten –, da nicht richtig angelegt sind. Es führt nicht dazu, dass die Verhältnisse sich verbessern oder verändern, sondern zu einer Verschärfung und Militarisierung der Polizei. Deswegen brauchen wir eine Debatte – das riecht vielleicht so ein bisschen

nach Reformansatz –, die das Selbstverständnis oder das Verhältnis Gesellschaft – Polizei kritischer auf den Prüfstand stellt. Jetzt nur zu fordern: „Polizei abschaffen“ übersetzt nicht, warum bestimmte Zustände so sind, wie sie sind. Die Reaktion nach dem Aufliegen des NSU war nicht: die verantwortlichen staatlichen Strukturen, Sicherheitsbehörden, Ermittlungsbehörden zu beschränken oder zur Rechenschaft zu ziehen, sondern im Gegenteil: Es gab einen Ausbau des Verfassungsschutzes und so gut wie keine personellen Konsequenzen bei Polizei und Sicherheitsbehörden. Das heißt, man könnte auch davon sprechen, bestimmte Befugnisse oder Zuständigkeiten abzuschaffen und Mittel umzuleiten in Bereiche, wo das notwendiger ist. Aber eben nicht nur als eine Forderung, ohne anzubieten, was dann noch folgen muss daraus.

Bafta: Ich bin gar nicht gegen Reformansätze – ich glaube, dass „Abolish the police“ und „Defund the police“ parallel laufen, weil das beides erst mal politische Parolen sind. Und ich bin auf jeden Fall dafür, alle politischen Maßnahmen zu erwirken, die Kompetenzen der Polizei weitestgehend einzuschränken. Deswegen sind unsere Forderungen spezifisch. Wenn wir sagen: Das beste Mittel gegen Racial Profiling ist, verdachtsunabhängige Kontrollen abzuschaffen, dann ist das eine Reformforderung. Aber eben eine, die einen sehr großen Einfluss auf die Lebenswelt Schwarzer, migrantischer Menschen hätte, die ständig von der Polizei kontrolliert werden – gerade in diesen sogenannten „Gefahrengebieten“. Demgegenüber gibt es so Scheinmaßnahmen, wie zum Beispiel die Polizei diverser zu machen oder Antirassismustraining für Polizeibeamte zu schaffen. Das wird keinen Einfluss darauf haben, wie rassistisch die Polizei agiert, weil es nicht an einzelnen Beamten liegt, sondern an der Struktur. Und ich glaube, man muss unterscheiden zwischen Scheinreformen und Reformen, die relevante Veränderungen hervorbringen können.

Simone: Welche Debatten sind denn noch aus den Ereignissen des letzten Sommers entstanden? Wie müssen wir miteinander weiterarbeiten, damit wir nicht hängenbleiben in einem „White guilt summer“, sondern die Schwarze Community und antirassistische Kämpfe und Strukturen langfristig stärken?

Bafta: Ich glaube, der wichtigste Aspekt ist, Kämpfe zu verbinden und einzubetten in radikale Forderungen, ohne dabei das konkrete Thema zu

verwischen und in allgemeine Phrasendrescherei zu verfallen. Ich finde es wichtig zu sagen, dass Kritik an rassistischer Polizeigewalt nicht funktioniert, ohne auch über die Grundbedingungen von Polizeiarbeit überhaupt, über Kapitalismus und die Organisationsform des deutschen Staates zu reden. Also das, was die größeren strukturellen Voraussetzungen sind.

Simone: Ja, und in diesen Strukturzusammenhang gehören auch Migrations- und Aufenthaltsrecht und Flucht. Ich finde es total wichtig, antirassistische Kämpfe in radikalere und in machtkritische Kämpfe allgemein einzubetten, aber auch innerhalb von antirassistischen Kämpfen gibt es unterschiedliche Themen, die alle zusammenhängen, und da wäre es wichtig, die Kämpfe zusammenzudenken.

Bafta: Aber auch nicht nur zusammenzudenken, sondern auch zu verbinden. Die Grundlage für Racial Profiling in Deutschland ist vor allem Migrationskontrolle. Das soll vor allem Illegalisierte treffen, aber die Frage ist doch auch, warum sind diese Menschen illegalisiert? Was sind die Fluchtursachen der Afrikaner*innen, die im Park stehen und mit Drogen dealen müssen, weil sie keine Arbeitserlaubnis bekommen? Wie werden afrikanische Länder ökonomisch destabilisiert, sodass die Menschen hierherkommen und dann gezwungen sind, sich in Scheißpositionen illegal aufzuhalten und einer illegalen Beschäftigung nachzugehen? Postkoloniale Beziehungen zu Afrika oder auch Imperialismus und Fluchtursachen lassen sich von Rassismus und Polizeigewalt in Deutschland überhaupt nicht trennen. Es reicht nicht, das einfach nur zu wissen, sondern man muss auch gucken, wie Geflüchtetenkämpfe in die Proteste um „Black Lives Matter“ eingebunden werden können.

Tahir: Genau. Und deswegen gibt's ja dieses unterirdische Einordnen, „Fluchtursachen bekämpfen“ – es werden ja nicht wirklich die Fluchtursachen bekämpft, sondern es wird Flucht bekämpft. Menschen werden bekämpft, weil wir an die Punkte nicht ran wollen, die Verhältnisse infrage stellen würden. Die wahren Ursachen werden nicht adressiert, wir kämpfen uns ab an Themen, die von dem tatsächlichen Kern des Problems ablenken. Dass Schwarze Menschen nicht mehr von der Polizei belästigt werden, ist nur ein Etappenziel des Kampfes gegen Rassismus. Darüber hinaus gilt es, eine Gesellschaft mit gemeinsamen Werten zu organisieren – Werten wie Antirassismus,

Antifaschismus und Antikapitalismus. Dabei geht es nicht darum, diejenigen, die von der aktuell existierenden Gesellschaftsform nicht profitieren, zu beteiligen, sondern diese Form der Gesellschaft für alle abzuschaffen. Wir wollen jetzt nicht, dass Schwarze Menschen im gleichen Maße von diesen Verhältnissen profitieren, wie das weiße Menschen gerade tun.

Bafta: Schönes Schlusswort.

Simone: Ja. ↩

Die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland Bund e.V. (ISD) ist ein gemeinnütziger, eingetragener Verein. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, die Interessen Schwarzer Menschen in Deutschland zu vertreten und für Gerechtigkeit in der Migrationsgesellschaft einzustehen. Wir zeigen rassistische Diskriminierung, Benachteiligungen und Ausbeutung auf und bekämpfen sie. Wir bieten Räume und Aktivitäten für Schwarze Kinder und Jugendliche. Wir fördern politische, Schwarze Projekte. Wir treten für eine anti-rassistische Haltung in allen gesellschaftlichen Bereichen ein.

„Warum sollten wir auf der Insel der Glückseligen leben?“

Interview mit
Christoph Kopke
(Professor an
der Hochschule
für Wirtschaft
und Recht Berlin)

Im Jahr 2020 häuften sich Veröffentlichungen zu rechtsextremen Vorfällen in der Polizei. Die daraus resultierende bundesweite Debatte hat den Blick vieler Engagierter aus der Zivilgesellschaft auf die Sicherheitsbehörden verändert. Die MBR sprach darüber für die „Berliner Zustände“ mit Professor Christoph Kopke, der seit vielen Jahren in Berlin in der Ausbildung angehender Polizist*innen tätig ist. Ein Interview über die Besonderheiten der Berliner Polizeiausbildung, längerfristige Maßnahmen zur Stärkung einer demokratischen Kultur in der Polizei und die Wichtigkeit, dabei die Akteur*innen in der Polizei mitzunehmen.

⇒ Sie haben seit 2015 an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) die Professur für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte inne. Anders als in vielen anderen Bundesländern ist in Berlin ein erheblicher Teil der Polizeiausbildung dort an der HWR, also außerhalb der Polizei, angesiedelt. Welche Vorteile hat dieses Modell aus Ihrer Sicht und welche Rolle kann in diesem Zusammenhang Ihrer Meinung nach die Vermittlung von Wissen an einer Hochschule bei der Prävention von antidemokratischen Haltungen spielen?

Rechtsextreme
Strukturen innerhalb
der Polizei sind nicht
zu tolerieren.

Wichtig ist, dass
Beamt*innen nicht
rassistisch agieren.

Der große Vorteil des Berliner Modells liegt darin, dass hier nicht nur Polizeiangehörige als Lehrende tätig sind. Wir sind nicht Teil der Behörde. Das schafft Möglichkeiten für mehr Perspektiven und unterschiedliche Zugänge. Selbstverständlich gibt es auch an den Polizeihochschulen der anderen Bundesländer sehr viele engagierte und auch kritische Dozent*innen, aber insgesamt ist da doch mehr ein „Polizisten lernen von Polizisten, was die von Polizisten gelernt haben“. Das hat seine Vorteile, aber auch viele Nachteile.

Bereits seit 2009 sind sie an der HWR als Lehrbeauftragter in der Polizeiausbildung tätig. Inwieweit haben Sie in dieser Zeit Veränderungen in den Einstellungen und der Motivation der angehenden Polizist*innen bemerkt?

Das kann ich so nicht pauschal beantworten. In den politikwissenschaftlichen Veranstaltungen gibt es immer viele Studierende, die sich dafür eher gar nicht interessieren, und immer ein paar, die aktiv mitmachen. Aber grundsätzlich kann ich keine Wandlung im Sinne Ihrer Frage feststellen.

Im Jahr 2020 wurde immer wieder öffentlich die Gefahr durch mögliche rechtsextreme Netzwerke und „Prepper“-Gruppen in der Polizei thematisiert. Spiegelt sich die Debatte auch an der Hochschule wider? Inwiefern hatte sie bereits Auswirkungen auf die Studierenden, aber auch in der Lehre?

Das Thema „Rechtsextremismus in der Polizei“ wird in verschiedenen Lehrveranstaltungen – auch von vielen meiner Kolleg*innen – aufgegrif-

fen. Viele Studierende interessiert die Frage sehr, da es ihren späteren Berufsalltag unmittelbar betrifft. Wir haben darüber hinaus am Fachbereich – im Rahmen der FÖPS-Werkstattgespräche – das Thema Rechtsextremismus u. a. auch in öffentlichen Veranstaltungen thematisiert.

Im Oktober 2020 berichtete die taz über Ermittlungen zu einer Chatgruppe von HWR-Studierenden, in der u. a. volksverhetzende Inhalte geteilt worden sein sollen. Wie bewerten Sie den Fall? Was hat Sie daran überrascht?

Den Fall kann ich nicht beurteilen, da ich a) coronabedingt die konkreten Studierenden nicht kenne und wir b) seitens der Polizei mit Verweis auf laufende disziplinarrechtliche Klärungen gar nicht informiert wurden, zumindest haben mich keine diesbezüglichen Infos erreicht. Überrascht hat es mich eigentlich nicht. Warum sollten wir auf der Insel der Glückseligen leben?

Die Chatgruppe an der HWR war nicht der einzige Fall in Berlin. Ebenfalls im Oktober machte das ARD-Politikmagazin „Monitor“ öffentlich, dass in einer Chatgruppe einer ganzen Dienstgruppe offenbar über längere Zeit auch rassistische und menschenverachtende Positionen geäußert werden konnten. Wie schätzen Sie die Situation in Berlin ein? Hat die Berliner Polizei ein strukturelles Problem mit Rechtsextremismus und Rassismus in ihren Reihen?

Ich weiß immer nicht, was ich dazu sagen soll. Sicher gibt es diese Haltungen in der Polizei. Über das Ausmaß kann man letztlich nur spekulieren. Wie definieren wir „strukturelles Problem“? Rechtsextreme Strukturen innerhalb der Polizei sind nicht zu tolerieren. Entsprechende Haltungen und Meinungen bei Einzelnen werden sich nie ganz verhindern lassen. Wichtig ist, dass Beamt*innen nicht rassistisch agieren.

Wie würden Sie die Herausforderungen bei der Bearbeitung von Rechtsextremismus und Rassismus innerhalb der Polizei allgemein beschreiben? Bräuchte es beispielsweise mehr Offenheit gegenüber Kritik – von innen und außen?

Diese Themen müssen beständig in der Debatte sein. Gleichzeitig sollte aber versucht werden, die Beamt*innen nicht pauschal unter Generalverdacht zu stellen, dann erreicht man nämlich niemand. Generell muss sich die Polizei viel stärker gegenüber Kritik öffnen. Externe Beschwer-

destellen, aber auch Möglichkeiten im Innern könnten eine wichtige Rolle spielen.

Berlins Innensenator hat im vergangenen Jahr ein elf Punkte umfassendes „Konzept zur internen Vorbeugung und Bekämpfung von möglichen extremistischen Tendenzen“ vorgestellt, das anders als auf Bundesebene u. a. eine Einstellungsstudie unter Berliner Polizist*innen vorsieht. Was könnte eine solche Studie bringen und wie müsste sie Ihrer Meinung nach aussehen, um die beabsichtigten Erkenntnisse zu liefern?

Der Elf-Punkte-Plan ist zumindest mal ein Anfang. Bei Einstellungsuntersuchungen bin ich immer eher skeptisch, schließlich beteiligen sich da eher „die Guten“ bzw. werden bestimmte Ansichten oder Einstellungen ja nicht geäußert. Klar lässt sich so was methodisch berücksichtigen, aber ich kenne mich da nicht so aus.

Einige der aktuellen Maßnahmen wurden nicht zuletzt auf Druck einer kritischen Öffentlichkeit angestoßen. Was müsste aus Ihrer Sicht darüber hinaus passieren, um die demokratische Kultur in der Berliner Polizei zu stärken und Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in der Behörde nachhaltig und erfolgreich zu begegnen?

Einige der Maßnahmen dürften sich mittel- und langfristig positiv auswirken. Man wird sehen, inwieweit sie nur symbolische Politik sind oder Feigenblattfunktion haben. Wichtig ist es, die Menschen in der Polizei mitzunehmen. Aber grundsätzlich kommt es vor allem darauf an, den Rechtsruck in der Gesellschaft zu stoppen. Die Polizei agiert ja nicht im luftleeren Raum. ↩

235 30. JULI 2020 BERLIN-LICHTENBERG: Eine Person wir aus antimuslimischer Motivation angegriffen. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht. ReachOut **236** 1. AUGUST 2020 BERLIN-PRENLAUER BERG: Eine Person wird bedroht. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht. ReachOut **237** 1. AUGUST 2020 BERLIN-MITTE: Zwei Männer im Alter von 24 und 29 Jahren werden gegen 1.25 Uhr im Monbijoupark von einem 19- und einem 22-jährigen Mann aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt und körperlich angegriffen. Polizei Berlin 19.10.2020 **238** 1. AUGUST 2020 BERLIN-REINICKENDORF, U-BAHNHOF ALTTegel: Gegen 2.00 Uhr werden ein 30-jähriger Mann und eine 41-jährige Frau im U-Bahnhof Alt-Tegel von einem 20-jährigen Mann rassistisch beleidigt. Die 41-Jährige wird ins Gesicht geschlagen und der 30-Jährige wird gekratzt und verletzt. Polizei Berlin 14.01.2021 **239** 1. AUGUST 2020 BERLIN-FRIEDRICHSHAIN: Der Sänger einer irischen Punkband wird wegen einem durchgestrichenen Hakenkreuz, das er an seiner Kopfbedeckung trägt, in der Mainzer Straße von einer Person beleidigt und von vier weiteren Personen angegriffen und am Kopf mit einem Schlagring schwer verletzt. Register Friedrichshain-Kreuzberg **240** 1. AUGUST 2020 BERLIN-MITTE: Während einer Anti-Corona-Maßnahmen-Demo wird ein Journalist von einem der Demo nahestehenden Fotografen gestoßen und mit der Kamera geschlagen. twitter.com **241** 2. AUGUST 2020 BERLIN-TREPTOW: Ein 28-jähriger Mann wird gegen 23.30 Uhr in der Oberspreestraße von einem 34-jährigen Mann rassistisch beleidigt und zu Boden gestoßen. Polizei Berlin 03.08.2020 **242** 3. AUGUST 2020 BERLIN-NEUKÖLLN: Einer der Betroffenen der rechten Anschlagsserie erhält sechs SMS mit massiv bedrohendem Inhalt. Register Neukölln **243** 3. AUGUST 2020 BERLIN-SPANDAU: Auf einem Spielplatz im Münsinger Park wird eine Frau, deren Kind mit einem anderen Kind in Streit geraten ist, von einer Frau aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus beleidigt und geschlagen. Zeug*innen rufen die Polizei und es wird Anzeige erstattet. Register Spandau **244** 5. AUGUST 2020 BERLIN-TREPTOW: Gegen 14.35 Uhr wird ein 44-jähriger Mann von einem 48-jährigen Mann am Adlergestell aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt und mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin 25.02.2021 **245** 5. AUGUST 2020 BERLIN-MITTE: Zwei Männer im Alter von 20 und 22 Jahren werden gegen 19.10 Uhr in der Spandauer Straße von einem 32-jährigen Mann aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin 19.10.2020 **246** 5. AUGUST 2020 BERLIN-REINICKENDORF, S-BAHNHOF FROHNAU: Eine Gruppe von fünf Jugendlichen, im Alter zwischen 16 und 21 Jahren, wird gegen 20.45 Uhr im S-Bahnhof von zwei unbekannt Tätern rassistisch beleidigt. Zwei der Jugendlichen werden mit einem Schraubenschlüssel angegriffen. Polizei Berlin

14.01.2021 **247** 6. AUGUST 2020 BERLIN-KÖPENICK: In einem Imbiss am S-Bahnhof Grünau werden gegen 20.04 Uhr drei Männer im Alter von 30, 39 und 50 Jahren von einer Frau und einem Mann im Alter von 46 Jahren aus rassistischer Motivation beleidigt und mit Faustschlägen angegriffen. Auch der zur Hilfe eilende Imbissmitarbeiter wird rassistisch und LGBTIQ*feindlich beleidigt und geschlagen. Polizei Berlin 14.01.2021 **248** 6. AUGUST 2020 BERLIN-SPANDAU: Gegen 23.35 Uhr wird ein 30-jähriger Mann in der Cautiusstraße in Hakenfelde von einem 32-jährigen Mann aus antimuslimischer Motivation beleidigt. Der 30-Jährige kann den Schlägen des 32-Jährigen ausweichen. Polizei Berlin 19.10.2020 **249** 7. AUGUST 2020 BERLIN-WEISSENSEE: Ein 33-jähriger Mann wird gegen 2.50 Uhr in einem Park an der Berliner Allee aus einer Personengruppe heraus aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin 19.10.2020 **250** 7. AUGUST 2020 BERLIN-STEGELITZ: Gegen 4.00 Uhr wird ein 19-jähriger Jugendlicher an der Kreuzung Brentano- Ecke Rückertstraße aus einer Gruppe von fünf Männern heraus rassistisch beleidigt und mit einem Gegenstand, der wie ein Messer aussieht, bedroht. Polizei Berlin 07.08.2020 **251** 7. AUGUST 2020 BERLIN-TEMPELHOF: Ein Mann wird von einem Nachbarn in der Hilbertstraße im Treppenhaus eines Mietshauses rassistisch motiviert beleidigt und geschlagen. ReachOut **252** 7. AUGUST 2020 BERLIN-MITTE, U-BAHN: Gegen 17.10 Uhr wird ein 28-jähriger Mann in der U-Bahn von einem unbekannt Mann aus LGBTIQ*feindlicher Motivation ins Gesicht geschlagen. Auf dem U-Bahnhof Jannowitzbrücke schlägt der Unbekannte erneut zu und wirft das Handy des 28-Jährigen auf den Boden. Polizei Berlin 25.02.2021 **253** 8. AUGUST 2020 BERLIN-KÖPENICK: Ein 38-jähriger Mann wird gegen 18.30 Uhr am Müggelseedamm von einem unbekannt Mann rassistisch beleidigt. Dem Schlag mit einem Fahrradschloss kann der 38-Jährige ausweichen. Polizei Berlin 19.10.2020 **254** 8. August 2020 Berlin-Prenzlauer Berg: Gegen 20.15 Uhr wird ein 36-jähriger Mann in der Landsberger Allee aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus beleidigt und genötigt. Als er sein Kind abholt, wird er von Nachbar*innen daran gehindert das Haus zu verlassen. Der 36-Jährige erstattet Anzeige. ReachOut **255** 9. AUGUST 2020 BERLIN-SPANDAU: Gegen 4.15 Uhr wird ein 31-jähriger Mann am Haselhorster Damm von einem 41-jährigen Mann aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt und mit einem messerähnlichen Gegenstand angegriffen. Polizei Berlin 19.10.2020 **256** 10. AUGUST 2020 BERLIN-MITTE: Eine Person wird aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus angegriffen. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht. ReachOut **257** 10. AUGUST 2020 BERLIN-MITTE: Eine Frau wird in der Brunnenstraße in der Nähe des U-Bahneingangs Rosenthaler Platz von fünf Männern aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus be-

Was ein Untersuchungs- ausschuss bringt

⇨ Der rechte Terror hat in Berlin eine lange, blutige Tradition. Wird sich ein zukünftiger Untersuchungsausschuss zum Neukölln-Komplex dieser Geschichte stellen? Dies wäre ein Zeichen des politischen Wandels – und bitter nötig. Denn immer wieder haben Justiz und Polizei in Berlin den rechten Terror verharmlost. Entscheidend dürften die Hartnäckigkeit und die Kenntnisse der Abgeordneten sein, die sich der Aufklärung annehmen. Und der Druck, den die Zivilgesellschaft außerhalb der Parlamente aufbauen kann.

Für eine strukturierte Aufarbeitung des rechten Terrors und der Verbindungen in die Behörden, die extrem rechte Netzwerke stützen oder deren Strafverfolgung im Wege stehen, bieten sich parlamentarische Untersuchungsausschüsse an. Allein 13 dieser Gremien gab es bislang auf Bundes- und Länderebene, um den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) und das Versagen der Behörden zu untersuchen. Genug Erfahrung also, um zu zeigen, ob und wie diese parlamentarischen Instrumente sinnvoll sein können.

Wir haben die Möglichkeiten der erfolgreichen Aufklärung, aber auch die Gründe für das überwiegende Scheitern der Ausschüsse an verschiedenen Stellen bereits erläutert (vgl. Keller 2019 und 2020, NSU-Watch 2020). Die mühevolle Kleinarbeit hat beispielsweise im Bundestag, in Thüringen und Sachsen eine Menge Fakten und Zusammenhänge zu Tage gebracht, die uns dabei helfen, das Unterlassen der Behörden zumindest in Umrissen zu verdeutlichen.

Inzwischen wird ein Neukölln-Ausschuss nicht mehr nur von den Betroffenen der Anschläge gefordert, die unter anderem eine breit unterstützte Petition initiiert hatten und wie etwa die Gruppe BASTA aus Britz ihre Forderungen auf einer wöchentlichen Kundgebung vor dem Landeskriminalamt deutlich machen. Wie der Tagesspiegel im September berichtete, sprach neben Politiker*innen der Grünen und der Linken zuletzt Innensenator Andreas Geisel (SPD) von der Möglichkeit, „dass wir womöglich in der kommenden Legislaturperiode rückblickend einen Untersuchungsausschuss bekommen werden“. Innensenator Geisel lehnte bisher einen solchen Ausschuss immer ab, konnte sich damit aber auch in der eigenen Partei nicht durchsetzen. Er hatte stattdessen ein weiteres Kontrollgremium vorgeschlagen.

Ulli Jentsch
(apabiz /
NSU-Watch)
und
Caro Keller
(NSU-Watch)

Die Aufarbeitung des Neukölln-Komplexes

Die Ausgangslage für einen Untersuchungsausschuss zur Neuköllner Anschlagsserie ist dabei durchaus ähnlich wie beim NSU-Komplex. Es geht auch in Berlin im Kern um eine militante Kampagne einer vernetzten und bewaffneten Neonaziszene, die sich selbst ermächtigt hat, von ihnen als politische Gegner*innen oder „Volksfeinde“ markierte Menschen anzugreifen, zu terrorisieren und mit dem Tod zu bedrohen. Die Täter*innen handeln aus der Deckung der Anonymität, obwohl ihre Strukturen hinlänglich bekannt sind. Und: Die Ermittlungsbehörden sind seit vielen Jahren nicht in der Lage, gerichtsfeste Beweise für deren Tatbeteiligung zu liefern. Die Frage, ob es an strukturellem Versagen der Behörden oder auch an politischer Deckung der Taten durch einzelne Mitglieder liegt, steht seit Monaten im Raum.

Wie beim NSU-Komplex sind es im Fall Neukölln die Betroffenen selbst, die die Nicht-Verfolgung der Neonazis durch die Behörden und den mangelnden Schutz im Bezirk zum Thema machten. Ausgelöst durch den öffentlichen Druck wurden im Zuge von journalistischen Recherchen, aber auch bei neuen Aktivitäten der Behörden, zuletzt immer wieder neue Details bekannt. Dadurch konnte zwar immer noch nicht die Tatserie aufgeklärt werden, aber eins wurde deutlich: Die Arbeitsweisen sowohl der Polizei als auch der Staatsanwaltschaft gehören auf den Prüfstand. Die Untersuchung rassistischer, antisemitischer und extrem rechter Strukturen in den Behörden muss Teil eines eventuell kommenden Ausschusses sein.

In den von uns begleiteten Ausschüssen zum NSU-Komplex hat sich gezeigt: Wenn die Parlamentarier*innen an diesem Punkt der Untersuchung konsequent dranbleiben, werden weitaus mehr Informationen und Details offenbar als erwartet. Der oft genutzte Spruch, die Behörden seien „auf dem rechten Auge blind“, ist nicht haltbar. Vielmehr haben sie im NSU-Komplex aktiv weg geschaut. Ähnliche Ergebnisse sind bei der Untersuchung des Neukölln-Komplexes zu erwarten. Einen Teil der Aufklärung werden daher solche zähen Erörterungen einnehmen, wer wen und zu welchem Zeitpunkt observiert habe, welchen Charakter Treffen zwischen Beamt*innen und Neonazis hatten und wer wann von Ermittlungsergebnissen erfahren habe. Dies berührt

polizeiliche und geheimdienstliche Interessen im Kern. Und werden die sich einem parlamentarischen Willen zur Aufklärung beugen? Den Behörden ist der Schutz der Mitarbeiter*innen – und dazu gehören auch die als Vertrauenspersonen geführten Informant*innen aus der Neonaziszene – in vielen Fällen wichtiger gewesen als die Verantwortung vor der Öffentlichkeit. Lügende, verschweigende oder verharmlosende Behördenmitarbeiter*innen sind eines der Hindernisse, die der Wahrheitsfindung im Wege stehen.

Die Aufklärung von Strukturen der militanten extremen Rechten ist voraussetzungsvoll. Neonazis arbeiten klandestin, sie verdecken ihre Taten und verschleiern ihre Ziele. Sie lügen und

Die Untersuchung rassistischer, antisemitischer und extrem rechter Strukturen in den Behörden muss Teil eines eventuell kommenden Ausschusses sein.

sie lenken den Verdacht auf andere. Das gilt für die terroraffinen Strukturen um so mehr. Wenn aus dem Studium von Akten und der Befragung von Zeug*innen in einem parlamentarischen Ausschuss etwas herauspringen soll, ist ein Verständnis von den Wirkungsweisen von gesellschaftlichem und institutionellem Rassismus genauso elementar wie das Wissen über die Kontinuität der Nazistrukturen in Berlin. Dieses Wissen ist nicht selbstverständlich vorhanden und es ist sehr ungleich verteilt, auch bei den „Politprofis“ im Parlament. Deshalb lohnt es sich, das kollektive Wissen über Nazistrukturen und die mangelnde Strafverfolgung durch Behörden immer wieder zu verdeutlichen und die Arbeit der Abgeordneten daran zu messen.

Wer auch immer in persona hinter den Anschlägen in Neukölln steckt, sie nutzen Netzwerke und Daten, die ihnen andere überlassen haben: Personen, die bekannt sind und die früher die Strukturen geprägt haben. Die Anti-Antifa-Arbeit wird in Berlin seit den frühen 1990er-Jahren von einem kleinen, personell begrenzten Kreis durchgeführt. Die Ideen, gegen „die Roten“ eine militante Kampagne zu führen, kursieren noch immer und sind wiederholt auf fruchtbaren Boden gefallen, ohne den engeren Rahmen der Neonaziszene jemals zu überwinden. Ähnliche Kampagnen mussten wir in Berlin immer wieder erleben: zuletzt in den Jahren 2009 bis 2012 aus dem Kreis des Netzwerkes Nationaler Widerstand Berlin (NW-Berlin) (vgl. MBR 2017, Kröger 2012). Wir sprechen hier im Kern von wenigen Dutzend Personen, die während der jeweiligen Kampagnen aufgefallen sind, bei der NPD und deren Jugendorganisation, beim NW-Berlin, den Freien Kräften Berlin Neukölln, beim Dritten Weg und anderen, die potenziell mit verantwortlich sind für den rechten Terror in Berlin (vgl. MBR 2012).

Gegen Links geht immer: Die Kontinuität der Neonazistrukturen

Inhaltlich hat die Berliner Neonaziszene schon immer – und das heißt bereits seit mehr als 50 Jahren – einen strammen und militanten Antikommunismus vertreten. Die ersten Gewaltaktionen fanden bereits in der Mitte der 1960er Jahre in Berlin (West) statt, seit der Wende zu den 1970er Jahren und durchgehend bis heute sind neonazistische Gruppen mit einer militanten Agenda nachweisbar (vgl. Spindler 1993, Holthusen/Jänicke 1994). Anfangs waren diese verstrickt mit und wechselseitig unterwandert von den Geheimdiensten aus Ost und West und manche rechtskonservative Vereinigung der Stadt stand in dem Ruf, freundschaftliche Kontakte auch zu potenziell gewaltbereiten Personenkreisen zu haben (vgl. Jentsch 2011). Dies ist eine der Konstanten, die seit Jahrzehnten die Strukturen der militanten neonazistischen Szene in Berlin prägt. Ein frühes Beispiel: Der Anschlag der Europäischen Befreiungsfront (EBF) im November 1970 auf die sowjetische Gedenkwanne in Berlin-Tiergarten forderte einen Schwerverletzten. Der 20-jährige Iwan Iwanowitsch Schtscherbak wurde an der Hand und in die Brust getroffen

und schwer verletzt. An einem Pavillon im Tiergarten wurden mehrere Parolen hinterlassen wie „Zerschlagt die rote Korruption“, „Auftakt gegen den Bolschewismus“ und „Widerstand gegen den Ausverkauf Deutschlands“, unterschrieben wurde mit dem Schriftzug „Europäische Befreiungsfront“ (Jentsch 2010).

Der Haupttäter, Ekkehard Weil, machte vor Gericht deutlich, in welche Netzwerke er eingebunden war, wer geplant und Waffen besorgt hatte. Seine Kontakte reichten über das engere extrem rechte Spektrum hinaus bis in die Ränder des Berliner Konservatismus. Der Abgeordnete Hans Reif (FDP) äußerte 1971 vor dem Parlament seine „Überzeugung (...), daß es sich hier unmöglich um einen Einzeltäter, um einen Alleingang, gehandelt haben kann“ (Jentsch 2011). Die Berliner Justiz zeigte jedoch wenig Engagement, auch in späteren Prozessen gegen Weil, seine Helfershelfer zur Verantwortung zu ziehen. Das mag auch daran gelegen haben, dass seine Kontakte direkt in das stramm militaristische Milieu führten: Eine „Odalgruppe“ der EBF hatte laut Aussage von Weil vor dem Anschlag eine Fluchhilfe aus der DDR nach West-Berlin geplant. Daran seien Angehörige der Bundeswehr und „Waffenkenner der nationalen Jugend“ beteiligt gewesen. Sein während des ersten Prozesses geäußertes Credo, er habe einen Beitrag leisten wollen, dass „seine heißgeliebte Heimat Berlin nicht die Beute der Sowjetunion werde“, zeigt, wie stark das Motiv Antikommunismus war.

Gerüchte über extrem rechte Sympathisanten Weils in Justiz und Polizei wurden selbst im Parlament geäußert. Trotzdem schrieb der Berliner Innensenator Heinrich Lummer zehn Jahre später in einer der seltenen staatlichen Dokumentationen der damaligen Zeit unverdrossen, Weil sei ein „neonazistischer Einzeltäter“ (Senator für Inneres 1981: 27) gewesen. Dieses eine Beispiel zeigt bereits, wie der Umgang mit den Gewalttaten der extremen Rechten auch in Berlin traditionell verankert ist, selbst wenn die Veränderungen seither ebenso erkennbar sind. Die antikommunistische „Frontstadt“-Ideologie aber ist eine bisher unaufgeklärte Konstante in Justiz und Polizei in Berlin (West), auch über die Vereinigung der beiden Stadtteile hinaus. Erst im Jahr 2002 wurde die 1960 gegründete Freiwillige Polizeireserve aufgelöst, nachdem schon 1993 eine interne Untersuchung feststellte, dass von 2.500 Mitgliedern 500 Personen eine problematische Vergangenheit hatten, viele darunter auch eine extrem rechte Einstellung (vgl. Wieland 2000, AIB 1993).

Ein zukünftiger
Untersuchungs-
ausschuss zum
Neukölln-
Komplex wäre
ein Zeichen des
politischen
Wandels – und
bitter nötig.

Die Kontinuität der Nicht-Aufklärung

So mag die gebremste Strafverfolgung gegen rechten Terror in Teilen der Berliner Justiz und Polizei auch den Charakter einer weltanschaulichen Auseinandersetzung haben. Diese Form der „Nicht-Feindschaft“, diese Kollusion zwischen neonazistischen Gewalttätern und extrem rechten Mitgliedern einer Behörde, ist kein spezifisches Berliner oder nur deutsches Phänomen und sie hat auch nicht mit den Sympathien in der Polizei für die extrem rechte Alternative für Deutschland (AfD) begonnen. Sie wächst dort, wo es einen gemeinsamen Feind über die politischen Lager hinaus gibt und ein politisches Klima, das Gewaltanwendung gegen politische Gegner*innen legitim erscheinen lässt. Solch ein politisches Klima kann durchaus Behörden in Teilen oder im Ganzen korrumpieren. Die Feindschaft wendet sich nicht immer alleine gegen eine „linke Bedrohung“, sondern sie richtet sich

auch gegen rassistisch ausgegrenzte Personen und andere, die gesellschaftlich stigmatisiert, an den Rand gedrängt und zur Gefahr für die Gesellschaft erklärt werden. Solch eine Art von Interessenidentität haben wir im NSU-Komplex immer wieder thematisiert und sie wird auch den Behörden in Berlin zum Vorwurf gemacht. Wie im Fall des Mordes an Burak Bektaş am 5. April 2012, wo Angehörige und solidarische Menschen – wie die bereits kurze Zeit nach dem Mord gegründete Initiative – seit Jahren fragen, ob Rassismus das Tatmotiv war und zudem aus rassistischen Motiven nicht ausreichend ermittelt und deshalb auch nach neun Jahren noch kein Täter gefunden wurde.

Noch 1994 hieß es in einer wissenschaftlichen Studie optimistisch, die neonazistische Szene in Berlin stünde unter einem „vergleichsweise starken Druck von Administration und Antifa“. Davon kann heute im Fall des Neukölln-Komplexes jedoch nicht die Rede sein. Hintergrund dürfte auch sein, dass die Berliner Ermittlungsbehörden von einem strukturellen Umbruch in den nächsten stolpern. Das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz wurde infolge eines ganzen Jahrzehnts der Skandale im Jahr 2000 zur heutigen nachgeordneten Abteilung im Innen-senat degradiert. Die Neuordnung wurde auch von einem personellen Wechsel begleitet, und so wurde damals Claudia Schmid neue Abteilungsleiterin – und Hoffnungsträgerin. Heute erinnert man sich vor allem an ihren Rücktritt Ende 2012, nachdem bekannt geworden war, dass die Behörde Akten mit Bezug zum NSU-Komplex vernichtet hatte. Doch noch näher dran am NSU war in den 2000er-Jahren die Behörde, die inzwischen maßgeblich die Bearbeitung der militanten Neonazis übernommen hat und auch die Führung von V-Personen: das Berliner Landeskriminalamt (LKA). Hier arbeitete man mit mehreren Spitzeln, die auch über das Umfeld des NSU berichteten, darunter einen, dessen Hinweise durchaus zu einem frühzeitigen Auf-fliegen des NSU-Kerntrios hätte führen können. Es war damit das einzige LKA bundesweit, das in diesem Bereich des NSU-Komplexes auftaucht (Förster 2013). Jedoch reichten die Vorkomm-nisse im Berliner Verfassungsschutz und die verdeckten Operationen des LKA Berlin nicht aus, um einen Untersuchungsausschuss im Abgeordnetenhaus einzusetzen; weder in den SPD/CDU-Landesregierungen noch danach unter Rot-Rot-Grün. Stattdessen gab es wüste Sitzungen, Akteneinsicht nur hinter verschlossenen Türen und Sonderermittler.

Die Betroffenen des rechten Terrors haben ebenso wie die Öffentlichkeit ein Recht darauf, dass ein kommender Untersuchungsausschuss zum Neukölln-Komplex mehr liefert als Imagepflege.

Arbeit mit Voraussetzungen

Es zeigt sich immer wieder, dass es eine gewisse Beißhemmung gegenüber der Arbeit des Berliner LKA in der Landespolitik zu geben scheint. Die Nicht-Aufklärung des NSU-Komplexes in Berlin dürfte daher in einem kommenden Ausschuss wie der sprichwörtliche „rosa Elefant“ im Raum stehen. Denn auch dies ist eine Erfahrung mit Untersuchungsausschüssen und konkret deren Erkenntnisse zum NSU-Komplex: Wenn man ihre Arbeit ernst nimmt, müssen die Strukturen von Ermittlungsbehörden verändert werden. Beamt*innen in den Behörden müssten ihre Posten verlieren, die Behörden neu aufgestellt werden, um rechtem Terror sowie rechter Ideologie innerhalb (!) und außerhalb etwas entgegenzusetzen zu können. Der Verfassungsschutz müsste abgeschafft werden, nähme man die Ergebnisse der Ausschüsse ernst.

Bis dahin wird es auch in Berlin entscheidend sein, wie ernst es den Parlamentarier*innen mit der Kontrolle der Behörden ist. Dass der Verfassungsschutz jetzt von einer internen „Arbeitsgruppe Kontrolle Verfassungsschutz“ fachlich beaufsichtigt wird, kann nicht beruhigen. Diese Arbeitsgruppe musste zuletzt tätig werden, nachdem ein Zwischenbericht zur Frage, ob der Berliner Landesverband der AfD als „rechtsextrem“ einzustufen sei, an die nämliche Partei sowie die extrem rechte Wochenzeitung Junge Freiheit durchgestochen worden war. Wie der Begleitbrief zeigte, wurde der Bericht durch einen Sympathisanten der AfD geleakt. In der Folge wurde ein Abteilungsleiter in der Behörde vorläufig freigestellt. Eine interne Fachaufsicht ist aber keine Kontrolle; die Kontrolle der Exekutive steht dem Parlament zu und die muss es auch wahrnehmen.

„Die Opfer glauben nicht an den Aufklärungswillen der Behörden“, so wird das Verhältnis der Betroffenen bezüglich der Arbeit der Ermittlungsbehörden inzwischen in der Presse beschrieben (Plarre 2021). Weder der Abschlussbericht zur polizeiinternen Untersuchung durch die „Besondere Aufbauorganisation Fokus (BAO Fokus)“ noch der vor kurzem erfolgte Bericht von Sonderermittler*innen können den Verdacht ausräumen, dass es eine Weitergabe von Informationen und willentlich gebremste Ermittlungen in Polizei und Staatsanwaltschaft gegeben hat. Ein Untersuchungsausschuss nach

den Wahlen im September 2021 scheint greifbar nah, auch wenn jetzt noch weitere interne Untersuchungen anstehen.

Die Betroffenen des rechten Terrors haben ebenso wie die Öffentlichkeit ein Recht darauf, dass ein kommender Untersuchungsausschuss zum Neukölln-Komplex mehr liefert als Imagepflege. Ein Ausschuss allein bringt noch keine Aufklärung. Die Forderungen einer transparenten und an demokratischen Regeln orientierten Ermittlungs- und Polizeiarbeit, die frei von Willkür und diskriminierenden Einstellungen ist, fangen mit der Einsetzung eines Ausschusses erst an. Er kann ein Baustein sein, dem bisher ungestraften, jahrelangen Terror der Neonazis in Berlin den Boden zu entziehen. ↩

Als apabiz (antifaschistisches pressearchive und bildungszentrum berlin e.V.) recherchieren, dokumentieren, archivieren, analysieren, informieren und publizieren wir seit 1991. Thematisch befassen wir uns unter anderem mit der militanten Neonaziszene, extrem rechten Parteien, Organisationen und Netzwerken sowie der Entwicklung ideologischer Ausrichtungen der extremen Rechten und der rechten Medienlandschaft. Wir betreiben das größte und umfangreichste öffentlich zugängliche Facharchiv zur extremen Rechten in Deutschland nach 1945. Darüber hinaus sind die Bildungsarbeit sowie eigene Publikationen wichtige Schwerpunkte unserer Arbeit. Über die extreme Rechte in Berlin berichten wir auf unserem Blog rechtsaussen.berlin.

Die unabhängige Beobachtungsstelle NSU-Watch – Aufklären & Einmischen hat sich im Jahr 2012 gegründet, um die Aufklärungsbemühungen zum NSU-Komplex zu unterstützen und kritisch zu begleiten. NSU-Watch wird von einem Bündnis aus rund einem Dutzend antifaschistischer und anti-rassistischer Gruppen und Einzelpersonen aus dem ganzen Bundesgebiet getragen, die teilweise seit Jahrzehnten zum Themenkomplex Rechter Terror arbeiten. Kern der Arbeit von NSU-Watch war bzw. ist die Beobachtung des NSU-Prozesses am Oberlandesgericht in München sowie der diversen parlamentarischen Untersuchungsausschüsse im Bundestag und in den Ländern.

Verwendete Literatur

- AIB (1993): Berlin: „Freiwillige Polizei-Reserve“ - Neonazis in Uniform? In: AIB 22 / 2.1993, online unter <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/berlin-freiwillige-polizei-reserve-neonazis-uniform>, zuletzt eingesehen am 12.5.2021.
- Förster, Andreas (2013): Mindestens 24 Spitzel im NSU-Umfeld. Online unter <https://www.nsu-watch.info/2013/04/mindestens-24-spitzel-im-nsu-umfeld/>, zuletzt eingesehen am 12.5.2021.
- Holthusen, Bernd / Jänicke, Michael (1994): Rechtsextremismus in Berlin. Aktuelle Erscheinungsformen, Ursachen, Gegenmaßnahmen. Marburg/Berlin: Schüren Verlag.
- Jentsch, Ulli (2011): „Rechtsradikale Umtriebe in Berlin“. Online unter: <https://rechtsaussen.berlin/2011/05/vor-40-jahren-rechtsradikale-umtriebe-in-berlin>, zuletzt eingesehen am 12.5.2021.
- Jentsch, Ulli (2010): Schüsse auf Sowjetsoldat. Online unter: <https://rechtsaussen.berlin/2010/11/vor-40-jahren-schusse-auf-sowjetsoldat>, zuletzt eingesehen am 12.5.2021.
- Keller, Caro (2020): Was Untersuchungsausschüsse gegen rechten Terror bringen. Online unter: <https://netzpolitik.org/2020/was-untersuchungsausschuesse-gegen-rechten-terror-bringen/>. Zuletzt eingesehen am 11.05.2021.
- Keller, Caro (2019): Ein vollständigeres Bild. Die Untersuchungsausschüsse zum NSU-Komplex unter Beobachtung. In: Benjamin-Immanuel Hoff/Heike Kleffner/Maximilian Pichl/Martina Renner (Hg.): Rückhaltlose Aufklärung? Hamburg: VSA-Verlag.
- Kröger, Martin (2012): Initiativen klagen Untätigkeit gegen Rechts an. Neues Deutschland v. 2.2.2012. Online unter <https://www.neues-deutschland.de/artikel/217329.initiativen-klagen-untaetigkeit-gegen-rechts-an.html>, zuletzt eingesehen am 14.5.2021.
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) (2012): Klose, Bianca und Sebastian Wehrhahn: Es brennt. Online unter: <https://rechtsaussen.berlin/2012/05/es-brennt/>, zuletzt eingesehen am 12.5.2021.
- MBR (2017): Einschüchterung als Strategie. Online unter: <https://rechtsaussen.berlin/2017/06/einschuechterung-als-strategie/>, zuletzt eingesehen am 14.5.2021.
- NSU-Watch (Hg.) (2020): Aufklären & Einmischen. Der NSU-Komplex und der Münchener Prozess. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Plarre, Plutonia (2021): Das Vertrauen ist dahin. Taz v. 22.2.2021. Online unter <https://taz.de/Neukoellner-Anschlagsserie!/5750246/>, zuletzt eingesehen am 15.5.2021.
- Senator für Inneres (1981): Rechtsextremismus in Berlin.
- Spindler, Uwe (1993): Die Entwicklung des Rechtsextremismus in West-Berlin. Eine Chronologie. In: Robert Harnischmacher (Hg.): Angriff von Rechts. Rostock: Hanseatischer Fachverlag für Wirtschaft, S. 33-52.
- Wieland, Wolfgang (2000): Reserve hat niemals Ruh'. Die unendliche Geschichte der Freiwilligen Polizei-Reserve Berlin. In: Bürgerrechte & Polizei/CILIP Nr. 66 (2/2000), online unter <https://archiv.cilip.de/alt/ausgabe/66/wieland.htm>, zuletzt eingesehen am 12.5.2021.

277 23. AUGUST 2020, BERLIN-PRENZLAUER BERG: Eine asiatisch gelesene Frau wird gegen 6.30 Uhr von einem unbekanntem Autofahrer in der Torstraße aus rassistischer Motivation mit einem Corona-Bezug beleidigt und bedroht. Der Unbekannte wirft der 29-Jährigen einen Döner ins Gesicht, sodass sie vor Schreck ausweicht und dadurch ihr Fahrzeug beschädigt. Register Prenzlauer Berg **278**

278 24. AUGUST 2020 BERLIN-NEUKÖLLN: Spielende Kinder werden gegen 14.30 Uhr von einem 57-jährigen Mann in der Neckarstraße von einem Balkon aus rassistisch beleidigt und mit Gegenständen beworfen. Der 57-Jährige hält einen waffenähnlichen Gegenstand in der Hand und rennt später schreiend hinter den Kindern her. Polizei Berlin 25.08.2020, Tagesspiegel 25.8.2020 **279**

279 26. AUGUST 2021 BERLIN-PRENZLAUER BERG, U-BAHN: Gegen 9.30 Uhr wird eine 23-jährige Frau in einem Zug am S-Bahnhof Schönhauser Allee von einem unbekanntem Paar aus rassistischer Motivation angegriffen. Die 23-Jährige wird von dem Mann beleidigt und geschlagen. Polizei Berlin 14.01.2021 **280**

280 27. AUGUST 2020 BERLIN-REINICKENDORF: In einer Schule wird einer Frau aus antimuslimischer Motivation das Kopftuch heruntergezogen. Inssan e.V. **281**

281 28. AUGUST 2020, BERLIN-INTERNET: Mehrere Personen erhalten Drohungen im Internet. Zum Schutz der betroffenen Personen werden keine weiteren Informationen veröffentlicht. ReachOut **282**

282 28. AUGUST 2020 BERLIN-NEUKÖLLN: Sieben Frauen im Alter von 15 bis 71 Jahren und ein 24-jähriger Mann werden gegen 15.00 Uhr in der Straße Am Grünen Weg in Britz von einer 45-jährigen Frau antimuslimisch beleidigt und mit Pfefferspray ins Gesicht gesprüht. Polizei Berlin 19.10.2020 **283**

283 28. AUGUST 2020 BERLIN-SPANDAU, BUSLINIE M32: Gegen 17.40 Uhr wird ein 17-jähriger Jugendlicher in einem Bus der Linie M32 von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt. An der Haltestelle Brunsbütteler Damm wird der 17-Jährige von dem Unbekannten in ein Gebüsch gestoßen. Er wird mit einer Bierflasche, der er ausweichen kann, beworfen und verletzt. Auch drei Zeug*innen werden von dem Unbekannten bedrängt. Polizei Berlin 29.08.2020 **284**

284 29. AUGUST 2020 BERLIN-KREUZBERG: Ein 39-jähriger Mann, der gegen 5.00 Uhr mit zwei Begleiter*innen in der Oranienstraße unterwegs ist, wird von einem unbekanntem Paar aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt. Der 39-Jährige wird von dem Mann mit einer Glasflasche auf den Kopf geschlagen. Polizei Berlin 29.08.2020, queer.de 29.08.2020 **285**

285 29. AUGUST 2020 BERLIN-MITTE, S-BAHN: Ein Paar mit einem Kind wird gegen 10.00 Uhr in der S-Bahn zwischen Hauptbahnhof und Friedrichstraße von mehreren Personen aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus beleidigt und von einer Person angespuckt. Eine Frau greift ein und unterstützt das Paar. Register Mitte **286**

286 29. AUGUST 2020 BERLIN-WEDDING: Gegen 11.45 Uhr wird ein 38-jähriger Mann in der Utrechter Straße von zwei unbekanntem Männern aus LGBTIQ*feindlicher Motivation in seine Wohnung gedrängt und geschlagen.

Polizei Berlin 19.10.2020 **287** 29. AUGUST 2020 BERLIN-MITTE: Eine asiatisch gelesene Frau, die eine Maske trägt, wird in der Luisenstrasse aus einer Gruppe heraus rassistisch beleidigt und damit bedroht, sie in die Spree zu werfen. Die Gruppe hat vorher an einer Demonstration gegen die Eindämmungsmaßnahmen der Covid-19-Pandemie teilgenommen. Register Mitte **288**

288 29. AUGUST 2020 BERLIN-CHARLOTTENBURG, U-BAHNHOF MIERENDORFF-PLATZ: Gegen 22.00 Uhr wird eine 27-jährige Frau, die mit ihrem Säugling auf dem U-Bahnhof Mierendorffplatz steht, von einer 35-jährigen Frau rassistisch motiviert angeschrien. Ein 52-jähriger Mann greift ein und wird von der 35-Jährigen rassistisch beleidigt, mit einer Flasche geschlagen und verletzt. Polizei Berlin 30.08.2020 **289**

289 31. AUGUST 2020 BERLIN-WILMERSDORF: Eine Person wird aus antisemitischer Motivation angegriffen. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) **290**

290 2. SEPTEMBER 2020 BERLIN-FRIEDRICHSHAIN: Ein 22-jähriger Mann wird gegen 19.50 Uhr in der Erich-Steinfurth-Straße von einem 66-jährigen Mann rassistisch beleidigt. Der 22-Jährige kann dem Tritt des 66-Jährigen ausweichen. Polizei Berlin 19.10.2020 **291**

291 3. SEPTEMBER 2020 BERLIN-KREUZBERG: Eine Person wird aus antisemitischer Motivation angegriffen. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) **292**

292 5. SEPTEMBER 2020 BERLIN-KREUZBERG, U-BAHNLINIE 8: Zwei Männer im Alter von 31 und 35 Jahren werden gegen 18.30 Uhr in der U-Bahn aus einer Gruppe von Jugendlichen heraus aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt und geschlagen. Der 35-Jährige wird, auf dem Boden liegend, getreten und verletzt. Polizei Berlin 06.09.2020, queer.de 06.09.2020 **293**

293 6. SEPTEMBER 2020 BERLIN-MITTE: Gegen 14.00 Uhr wird eine Frau in der Köpenicker Straße von einem unbekanntem Mann gestoßen. Als die 40-jährige Tochter eingreift, wird sie von dem Unbekannten rassistisch und antisemitisch beleidigt, verfolgt und mit einem Stein, der nicht trifft, beworfen. Polizei Berlin 25.02.2021 **294**

294 7. SEPTEMBER 2020 BERLIN-STEGLITZ: Gegen 14.50 Uhr wird eine 38-jährige Frau auf der Schlossstraße von einer Frau rassistisch beleidigt und die Unbekannte versucht, sie zu treten. Polizei Berlin 25.02.2021 **295**

295 7. SEPTEMBER 2020 BERLIN-TIERGARTEN: Gegen 19.15 Uhr wird ein 22-jähriger Mann an der Kreuzung Beussel- Ecke Zwinglistraße von einem 39-jährigen Nachbarn aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt und mit bespuckter Hand auf den Rücken geschlagen. Polizei Berlin 08.09.2020, queer.de 08.09.2020 **296**

296 8. SEPTEMBER 2020 BERLIN-MITTE: Ein*e Demonstrant*in gegen eine LGBTIQ*feindliche Kundgebung am Roten Rathaus wird von einem Mitarbeiter des „Demo für alle“-Tourbusses aus LGBTIQ*feindlicher Motivation gestoßen. Register Mitte

Mobilisierung für eine solidarische Migrationspolitik von unten im Pandemiejahr 2020

⇨ Seit 2018 setzt sich die Seebrücke für sichere Fluchtwege und eine solidarische Migrationspolitik von unten ein. Neben der Lage auf dem Mittelmeer rückte 2020 vor allem die Situation von Geflüchteten in den EU-Lagern auf den griechischen Inseln in den Fokus der Arbeit auch unserer Lokalgruppe in Berlin. Trotz der Corona-Pandemie konnte die Seebrücke zusammen mit vielen anderen Akteur*innen in zahlreichen Aktionen den Widerstand der Zivilgesellschaft gegen das unmenschliche Grenzregime der EU in die Öffentlichkeit tragen. Auf Initiative der Seebrücke erklären sich seit 2018 Städte und Kommunen zu Sicheren Häfen, stellen sich also öffentlich gegen die Abschottungspolitik der Bundesregierung und sind bereit, über ihre Verpflichtung gemäß des Königsteiner Schlüssels hinaus geflüchtete Menschen bei sich aufzunehmen. 2020 hat sich die Zahl der Sicheren Häfen in Deutschland auf über 200 fast verdoppelt. Auch Berlin hat 2020 mit einem Landesaufnahmeprogramm wichtige Schritte unternommen, sein Bekenntnis zum Sicheren Hafen in die Tat umzusetzen. Doch gleichzeitig betreibt der Berliner Senat eine brutale Abschiebepolitik, für fast zehn Prozent der bundesweiten Abschiebungen 2020 war Berlin verantwortlich. Auch die Abschottung der Festung Europa hat 2020 ein neues Maß der Gewalt erreicht.

Gewalteskalation an der türkisch-griechischen Grenze

Nachdem zu Beginn des Jahres Appelle zur Aufnahme zumindest der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten aus den Lagern auf den griechischen Inseln im Sande verlaufen waren, eskalierte Ende Februar 2020 die Situation an der türkisch-griechischen Grenze. Um Druck auf die EU auszuüben, öffnete die Türkei einseitig ihre Grenze. Im Namen der EU reagierte Griechenland mit extremer Gewalt. Griechisches Militär und Frontex schossen mit Tränengas, Blendgranaten, Wasserwerfern, Gummigeschossen und auch scharfer Munition auf Flüchtende, darunter viele Kinder. Mehrere Menschen verloren dabei ihr Leben. Eine Frau aus Syrien war höchstwahrscheinlich das erste Todesopfer der Gewalteskalation. Griechische Soldaten schossen auf sie und ihren Mann, als sie am 29. Februar versuchten, den Grenzfluss Evros zu überqueren.

Die Frau verschwand, bis heute ist unklar, ob sie erschossen wurde oder ertrank. Am 2. März wurde der 22-jährige Syrer Muhammad al-Arab, am 4. März der 42-jährige Muhammad Gulzar aus Pakistan allen Beweisen nach von griechischen Grenzsoldaten erschossen. Das belegt die Rekonstruktion von Journalist*innen und der unabhängigen Rechercheagentur Forensic Architecture. Mindestens sechs weitere Schutzsuchende wurden am 4. März am Grenzzaun durch Schüsse griechischer Grenzer schwer verwundet.

Auf den griechischen Inseln wurden unterdessen Geflüchtete, Helfer*innen, Politiker*innen und Journalist*innen von griechischen und eigens aus anderen europäischen Ländern angehenden Rechtsextremen bedroht, gejagt und attackiert. Rechtsextreme versperren mit Steinen und Ketten die Zufahrtswege zum Lager Moria, setzten ein nicht mehr genutztes Begrüßungszentrum für Geflüchtete in Brand und hinderten Boote mit Flüchtenden gewaltsam am Anlegen. Mindestens zwei Menschen ertranken in diesen Tagen. Der fünfjährige Saydoune und der erst zwei Wochen alte Qotaïba Hossam Najm starben am Morgen des 2. März bei der Überfahrt nach Lesbos. Die griechische Küstenwache behauptet, die Flüchtenden hätten ihr Boot selbst zum Kentern gebracht, um ihre Rettung zu erzwingen. Doch Überlebende berichten, dass die Küstenwache ihr Boot bedrohte und beschädigte und sich anschließend weigerte, ihnen rechtzeitig zu Hilfe zu kommen. Auch in den folgenden Tagen kam es zu unzähligen gewaltsamen Pushbacks und schweren Menschenrechtsverletzungen. Griechische Sicherheitskräfte griffen Boote mitten auf dem Meer an, stahlen ihnen Treibstoff und Motoren, bedrängten sie in lebensgefährlichen Manövern. Sie bedrohten die Flüchtenden mit Schüssen und schlugen sie mit Metallstangen. Hunderte Menschen wurden in Seenot stundenlang sich selbst überlassen, obwohl Schiffe der griechischen Küstenwache und FRONTEX in unmittelbarer Nähe waren. Wie u. a. Mare Liberum berichtet, haben die Menschenrechtsverletzungen an der türkisch-griechischen Grenze auf See wie an Land seitdem noch zugenommen.

All dies wurde von der EU nicht nur gebilligt, sondern noch befeuert. Eine Delegation um EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen besuchte am 3. März die Grenze. Sie dankte Griechenland dafür, als „Schild Europas“ zu wirken. Kein Wort dazu, dass die griechische Regierung das Asylrecht und damit ein grundlegendes Menschenrecht einfach außer Kraft gesetzt hatte. Kein Wort zu der Gewalt, auch gegen Kinder, der Er-

Besonders freuten wir uns, dass wir dank des neuen Formats in Videobeiträgen Menschen direkt aus dem Lager Moria einbinden konnten.

schießung von Muhammad al-Arab am Vortag. Bis heute sind die Tode an der griechisch-türkischen Grenze im Februar und März 2020 nicht offiziell aufgeklärt, niemand zur Rechenschaft gezogen.

Gegen diese menschenverachtende Politik Europas organisierte sich schnell breiter zivilgesellschaftlicher Protest. Eine spontan organisierte Aktionswoche der Seebrücke versammelte vom 2. bis 8. März in über 90 europäischen Städten zehntausende Menschen auf der Straße. In einem Bündnis mit We'll Come United, Reakt – Aktion against Repression, No Nation Truck, Alarmphone und vielen anderen organisierten wir in Berlin eine Demo direkt am Abend des 3. März und eine weitere wenige Tage später. Über 12.000 Menschen prangerten damit die massive Gewalt gegen Menschen auf der Flucht an und forderten unter dem Motto „Open the borders! Save lives! Fight fascism!“ die sofortige Grenzöffnung. Am 9. März kamen anlässlich des Deutsch-Griechischen Wirtschaftsforums in Berlin griechische und deutsche Politiker*innen zusammen, darunter Angela Merkel und der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis. Wir nutzten die Gelegenheit für eine Kundgebung vor dem Tagungsort, um unseren Protest noch einmal direkt an die politischen Entscheidungsträger*innen zu richten.

Zuspitzung durch Corona

Wenig später erreichte die Corona-Pandemie Europa, die die Situation an den europäischen Außengrenzen schnell in den Hintergrund drängte.

**Der Brand in Moria
war keine einzelne,
unvorhersehbare
Katastrophe, sondern
politisch gewollt,
eine dramatische
Zuspitzung der
schon lange beste-
henden Zustände
an den europäischen
Außengrenzen.**

Dabei verschlechtert die Pandemie die Lage der Menschen dort noch einmal drastisch. Durch COVID-19 sind die Menschen in den EU-Lagern einer neuen, lebensbedrohlichen Gefahr ausgesetzt. Selbst einfachste Schutzmaßnahmen wie Social Distancing oder regelmäßiges Händewaschen sind in den Lagern unmöglich. Die Lager sind vollkommen überfüllt, die hygienische und medizinische Versorgung absolut unzureichend. Während Geflüchtete in den Lagern an den europäischen Außengrenzen – und auch in Massenunterkünften in Deutschland – fast schutzlos der Pandemie ausgeliefert wurden, holte die Bundesregierung in kürzester Zeit 200.000 deutsche Tourist*innen aus dem Urlaub zurück. Die Hotels des Landes standen leer und hätten zur kurzfristigen Unterbringung zahlreicher Menschen genutzt werden können. Der Staat offenbarte damit seine rassistischen Prioritäten: Das Leben von Menschen auf der Flucht ist ihm nichts wert. Die Pandemie wird sogar noch dazu instrumentalisiert, eine stärkere Segregation der Geflüchteten in menschenunwürdigen Lagern und Massenunterkünften sowie die tödliche Blockade von Seenotrettung und sicheren Einreisemöglichkeiten, wie etwa den Familiennachzug, zu rechtfertigen. Eindeutig sind diese Zustände nicht das Resultat von Unvermögen oder Scheitern, sondern politisch gewollt.

Dagegen versuchten wir uns während des Lockdowns online zu organisieren und neue Formen des Protests zu finden. Am 29. März veranstalteten wir eine erste Online-Demo, um auch und gerade in Zeiten der Pandemie auf die unhaltbaren Zustände in den Lagern aufmerksam zu machen. Unzählige Gruppen und Einzelpersonen folgten unserem Aufruf und schickten uns Fotos von selbstgemalten Bannern, Rede- und Musikbeiträge, die wir im Livestream der Online-Demo abspielten. Besonders freuten wir uns, dass wir dank des neuen Formats in Videobeiträgen Menschen direkt aus dem Lager Moria einbinden konnten. Um unseren Protest direkt an die politischen Entscheidungsträger*innen zu adressieren, planten wir auch für unsere Online-Demo eine „Route“ mit virtuellen Stopps auf den Social-Media-Profilen des Bundesministerium des Innern, Auswärtiges Amt, der Bundesregierung, der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der Innenkommissarin Ylva Johansson. Bei den Routenstopps riefen die beiden Moderator*innen der Demo die über 6.000 Teilnehmer*innen auf, unsere Forderungen nach der sofortigen Evakuierung der Lager auf den griechischen Inseln und die Aufnahme

der Menschen in Deutschland in Tweets und Kommentaren an die jeweiligen Politiker*innen zu richten. Während der Demo schafften wir es so mit dem Hashtag #LeaveNoOneBehind auf Twitter-Trend Nummer 1 in Deutschland. Auch in den folgenden Wochen schlossen sich viele uns an und trugen mit Bannern an Balkonen und Fenstern ihren Protest und ihre Solidarität mit Menschen auf der Flucht trotz der Pandemie aus ihrem Zuhause in den öffentlichen Raum.

Auch in den folgenden Wochen schlossen sich viele an und trugen mit Bannern an Balkonen und Fenstern ihren Protest und ihre Solidarität mit Menschen auf der Flucht aus ihrem Zuhause in den öffentlichen Raum.

Obwohl es schwierig war, in dieser Zeit öffentlichen Druck herzustellen, kamen wir unserer Vision einer solidarischen Migrationspolitik von unten zumindest einen kleinen Schritt näher: Im Juni 2020 beschloss Berlin ein Landesaufnahmeprogramm, um schutzsuchende Menschen direkt aus den griechischen Lagern aufzunehmen. Zwar liegt die Aufnahmekapazität nach eigenen Aussagen von Vertreter*innen der Berliner Landesregierung weit höher, doch zumindest 300 Menschen will Berlin aufnehmen. Berlin hatte sich schon 2018 auf Initiative der Seebrücke zum Sicheren Hafen erklärt und ein Jahr später das Bündnis „Städte Sichere Häfen“ mitgegründet, das die Städte untereinander vernetzt. Als Stadtstaat hat Berlin mehr rechtliche Möglichkeiten als die Kommunen, eine solidarischere Migrationspolitik

umzusetzen, die sich gegen die Abschottungspolitik der EU und der Bundesregierung stellt. Doch obwohl die Möglichkeit der eigenständigen Aufnahme durch die Bundesländer explizit im Aufenthaltsgesetz festgehalten ist und noch nie zuvor ein*e Bundesinnenminister*in ein Landesaufnahmeprogramm abgelehnt hatte, verweigerte Horst Seehofer sein notwendiges Einverständnis und blockierte damit das Berliner Landesaufnahmeprogramm wie auch entsprechende Programme in Thüringen und Bremen. Er verwies auf eine europäische Lösung, von der er wusste, dass sie nicht kommen wird.

Moria brennt immer noch

Unter der fortwährenden Blockade des Bundesinnenministeriums eskalierte die sich seit langem immer weiter zuspitzende Lage in Griechenland, als Moria Anfang September in Flammen aufging. Trotz bereits vorangegangener Feuer, in denen eine Mutter mit ihrem Kind und ein weiteres Kind ums Leben kamen, wurde das Lager unverändert weitergeführt, die knapp 13.000 dort zusammengepferchten Menschen wurden weitgehend sich selbst überlassen. Doch diesem Brand fielen nun weite Teile des Lagers zum Opfer. Die Menschen flüchteten aus den Flammen und verteilten sich gezwungenermaßen in der Umgebung, ohne Nahrung oder Schutz vor Wetter, Wind und Kälte. Viele verloren ihre wenigen Habseligkeiten. Noch am selben Abend riefen wir

Wir forderten
gemeinsam die
sofortige Evakuierung
aller Menschen aus
Moria und allen
anderen Lagern an
den europäischen
Außengrenzen.

gemeinsam mit Links*Kanax, dem Flüchtlingsrat Berlin, We'll Come United, borderline-europe, Seawatch, Unteilbar und vielen weiteren zu einer Demonstration in Berlin auf, um uns gegen diese untragbaren Zustände zu stellen. Und vor allem, um deutlich zu machen, „wir haben Platz“, um die Lager an den europäischen Außengrenzen sofort vollständig zu evakuieren und die Menschen aufzunehmen. Mehr als zehntausend Menschen versammelten sich spontan unter diesem Motto und zogen in Wut und Solidarität durch die Straßen Berlins.

Der Brand in Moria erfuhr zumindest kurzzeitig breite mediale Aufmerksamkeit, meist jedoch im Sinne einer „humanitären Katastrophe“. Die Formulierung erweckt den Anschein, jene sei aus dem Nichts entsprungen. Und sie entlässt die europäischen Entscheidungsträger*innen aus der Verantwortung, die trotz der schon lange untragbaren Zustände und vieler Warnungen nichts für eine Veränderung getan haben. Auch jetzt forderten nur wenige Politiker*innen eine sofortige Aufnahme, die meisten Entscheidungsträger*innen der deutschen und der EU-Politik stahlen sich aus der Verantwortung. Nur auf die Aufnahme weniger Kinder konnten sich einige EU-Staaten einigen. Doch damit fanden wir uns nicht ab und mobilisierten gemeinsam mit dem Aktionsbündnis Antira, Migrantifa Berlin, Pro Asyl, We'll Come United, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und vielen anderen für eine weitere Demonstration, der sich wenige Tage später wieder über zehntausend Menschen in Berlin anschlossen, vereint unter dem Motto „Es reicht! Wir haben Platz!“. Die verschiedenen Redner*innen der Demo machten immer wieder deutlich, dass der Brand in Moria keine einzelne, unvorhersehbare Katastrophe war, sondern politisch gewollt, eine dramatische Zuspitzung der schon lange bestehenden Zustände an den europäischen Außengrenzen. Wir forderten gemeinsam die sofortige Evakuierung aller Menschen aus Moria und allen anderen Lagern an den europäischen Außengrenzen. Wir forderten, dass Deutschland bei der Aufnahme vorangeht und ein zweites Moria verhindert. Doch leider wurden wir Zeug*innen davon, wie genau solch ein zweites Moria ins Leben gerufen wurde. Auf einem ehemaligen Minenfeld direkt am Meer wurde ein noch ungenügenderes Lager aufgebaut, in das Geflüchtete dadurch gezwungen wurden, dass sie außerhalb des Lagers ausgehungert wurden und keinerlei Unterstützung erfuhren. Die Bundesregierung übernahm auch jetzt keine Verantwortung, erklärte sich trotz

deutschlandweiter zivilgesellschaftlicher Proteste und zu diesem Zeitpunkt bereits über 170 aufnahmebereiten Städten nicht zur schnellen Aufnahme der 13.000 Menschen aus Moria bereit. Nur rund 1.500 Menschen, deren Asylverfahren zudem bereits abgeschlossen sein musste, sollten innerhalb eines halben Jahres in Deutschland aufgenommen werden. Ansonsten vertröstete die Bundesregierung auf eine europäische Lösung.

Dagegen organisierten wir uns angesichts steigender COVID-19-Infektionszahlen in den folgenden Wochen wieder vorrangig digital und veranstalteten mit der Seebrücke überregional im Dezember die Kampagne „Wärme für Alle! Kein weiterer Winter in den Lagern!“. In der Online-Demo der Kampagne bekamen wir neben u. a. Europe Must Act, medico international und Migrantifa Berlin auch Unterstützung von Menschen, die uns direkt von der Lage auf den griechischen Inseln und der Balkanroute berichteten. Im Rahmen eines bundesweiten Aktionstags entschieden wir uns in Berlin für eine kleine Kundgebung mit ausreichend Platz in der Hasenheide. Mit strengem Hygienekonzept zeigten wir Präsenz für eine Politik der Solidarität und Aufnahme und die Abschaffung aller Camps. Dass diese Camps entgegen aller Forderungen weiterbestehen, wurde spätestens einen Tag vor Weihnachten medial wieder erschütternd in Erinnerung gerufen, als nun das Camp Lipa in der Nähe von Bihać in Bosnien brannte. Mehr als 1.400 Menschen flüchteten sich aus einem überfüllten, nicht winterfesten, nicht ans Strom- und Wassernetz angeschlossenen Lager wieder vor Bränden, dieses Mal in schneebedeckte Wälder und Felder. Andere Unterkünfte wurden nicht bereitgestellt – Behörden blieben inaktiv, Anwohner*innen protestierten dagegen – und die Unterstützung durch private Organisationen blieb verboten, sodass viele Menschen nach starken Schneefällen gezwungenermaßen wieder in das ausgebrannte Lager zurückkehrten, obwohl es dort quasi nichts gab. Eine breite zivilgesellschaftliche Empörung blieb unter Debatten um Weihnachts-Familienbesuche und mögliche Silvesterlockerungen aus.

Brücken statt Mauern bauen

Wie kann Bewusstsein für die Situation von Menschen auf der Flucht und an den europäischen Außengrenzen entstehen, für Lebensrealitäten,

die für die meisten sicheren und privilegierten Europäer*innen weit entfernt scheinen, die aber das direkte Resultat der EU-Politik sind? Wie kann die Brücke geschlagen werden zwischen einem solchen Bewusstsein und konkreten Handlungen und Veränderungen für Menschen auf der Flucht? Die hier beschriebenen sind nur einige der Schreckensnachrichten des letzten Jahres von den Zuständen an den EU-Außengrenzen. Die bisherige deutsche und EU-weite Migrationspolitik ist von tief verankertem Rassismus geprägt. Wir sehen aber auch, dass sich immer mehr Menschen offen gegen die Abschottungspolitik Europas aussprechen. Das Städtebündnis Sichere Häfen wächst, mittlerweile 252 Kommunen haben sich zu Sicheren Häfen erklärt. Inzwischen hat die Berliner Landesregierung vor dem Bundesverwaltungsgericht Klage gegen Horst Seehofers Ablehnung ihres Landesaufnahmeprogramms eingereicht. Wir werden nicht müde, Veränderungen anzustreben, auch wenn es noch ein langer Weg hin zu Bewegungsfreiheit für alle Menschen ist. Auch 2021 werden wir Aktionen anstoßen und die anderer Akteur*innen mittragen und unterstützen. Wir werden gemeinsam laut sein, aufrufen, fordern, erinnern und gedenken. ↩

*Die Seebrücke ist eine internationale Bewegung, getragen von verschiedenen Bündnissen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft. Wir solidarisieren uns mit allen Menschen auf der Flucht und erwarten von der deutschen und europäischen Politik sofort sichere Fluchtwege, eine Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme der Menschen, die fliehen mussten oder noch auf der Flucht sind – kurz: Weg von Abschiebung und Abschottung und hin zu Bewegungsfreiheit für alle Menschen.*

„Wie viele andere, haben wir einiges gelernt“

Interview mit
Markus
Tervooren (VVN /
BdA Berlin)

⇒ Im Jahr 2020 jährte sich mit der Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands auch die Befreiung Berlins und seiner Bezirke zum 75. Mal. Der 8. Mai 2020 war einmalig gesetzlicher Feiertag. Mit welchen Plänen für Feierlichkeiten und Gedenkveranstaltungen war die Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) ursprünglich in das Jahr gestartet?

Rund um den 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, versuchen wir alljährlich verstärkt in die Öffentlichkeit zu gehen. Zum 75. Jahrestag hatten wir uns einiges mehr vorgenommen. Es ist uns trotz Pandemie allerdings auch einiges gelungen. Aber unsere ursprünglichen Pläne, alle unsere Gedenk- und Befreiungsfeierlichkeiten im größeren Rahmen durchzuführen, unsere letzten „Zeitzeug:innen“ noch einmal auch auf offiziellen Gedenkveranstaltungen zu Wort kommen zu lassen, von denen zu diesem Anlass sicherlich viele unserer Einladung gefolgt wären, waren leider nicht durchführbar. Auch die Veranstaltungen zur Befreiung der überlebenden Häftlinge der Konzentrationslager Ravensbrück und Sachsenhausen im April, bei denen wir ja über die Lagergemeinschaften und Komitees vertreten sind, entfielen. Geplant war auch die Übergabe der ersten 100.000 Unterschriften unserer Petition „Den 8. Mai zum Feiertag machen! Was 75 Jahre nach Befreiung vom Faschismus getan werden muss!“, die wir in nur vier Wochen gesammelt hatten. Geplant war, die Unterschriften mit einer großen Kundgebung vor dem „Reichstag“ dem Bundestag zu übergeben. So blieb es bei einer Übergabe an ein paar wenige Abgeordnete im kleinsten Kreise. Das offizielle Berlin musste sich also kaum dem 75. Jahrestag der Befreiung stellen, diesem Ereignis, dass die Grundlagen unserer heutigen Gesellschaft legte – schade. Auch am 9. Mai, dem Tag des Sieges, den wir seit 20 Jahren mit einem Fest – „Wer nicht feiert, hat verloren!“ – am Sowjetischen Ehrenmal in Treptow zusammen mit der russischen, bzw. postsowjetischen Community feiern, mussten unsere Zeitzeug:innen zu Hause bleiben. Wir hatten unter anderen eine Sanitäterin der Roten Armee eingeladen. Das werden wir leider nicht nachholen können.

Wie ihr in einem offenen Brief an den Berliner Senat schreibt, sind dann infolge der Corona-Pandemie gerade in Berlin nicht nur das offizielle Gedenken von Bundestag und Bundesregierung, Abgeordnetenhaus und Senat, sondern auch die geplanten Aktivitäten von Parteien und zahlreichen Initiativen

fast zum Erliegen gekommen. Wie habt ihr euch als Berliner VVN-BdA auf die neue Situation eingestellt?

Zum 75. Jahrestag der Befreiung haben wir trotz der Pandemie in den Berliner Bezirken unsere „traditionellen“ Gedenk- bzw. Befreiungsfeierlichkeiten durchgeführt. Aber wir haben dabei ausdrücklich auf ein größeres Publikum verzichtet und stattdessen dazu aufgerufen, dezentral und individuell zu gedenken und das auch zu dokumentieren. Und das hat überraschend gut geklappt. An hunderten Orten in Berlin, sowjetischen Ehrenmälern, Stolpersteinen, Straßenschildern, OdF-Steinen (Anm.: OdF = Opfer des Faschismus) und Gedenktafeln gedachten

Eine Rede von Peter Gingold oder Esther Bejarano auf einer Antifa-Demonstration ist im „Stream“ nicht zu ersetzen.

Menschen mit Blumen, kleinen Schildern und Plakaten den Opfern des Faschismus, den Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand und den sowjetischen Befreier:innen. Sie setzten der durch die Pandemie beförderten offiziellen Gedenkverweigerung und Geschichtsvergessenheit ein entschiedenes antifaschistisches und lebendiges Gedenken entgegen. Die Pandemie hat die Zivilgesellschaft um den 8. Mai also nicht lahmgelegt.

Das Jahr 2020 war das Jahr der Online-Veranstaltungen, Streams und Videokonferenzen. Welche

Erfahrungen habt ihr bisher mit den neuen Kommunikationskanälen gesammelt und welche Rolle haben sie in eurer erinnerungspolitischen Arbeit gespielt? Worin bestanden die Herausforderungen bezüglich der Vermittlung der Inhalte oder ggf. auch bei den Teilnehmer:innen?

Zugegeben waren und sind die digitalen Welten nicht gerade eine Stärke von uns. Aber auch wir mussten uns notgedrungen damit beschäftigen. Begegnungen, Diskussionen und persönlicher Austausch, sich kennenlernen über Generationengrenzen sind unser „Kerngeschäft“. Die persönlichen Begegnungen mit ehemaligen Widerstandskämpfer:innen sind gerade für unsere zweite und dritte Generation wichtig und prägend gewesen. Eine Rede von Peter Gingold oder Esther Bejarano auf einer Antifa-Demonstration ist im „Stream“ nicht zu ersetzen. Auf der anderen Seite funktionieren z. B. unsere Vorstandssitzungen als Videokonferenz erstaunlich gut. Wir lernen viel von den „Jüngeren“ die sich ganz selbstverständlich in und mit den digitalen Medien und Anwendungen bewegen. Aber „Präsenzveranstaltungen“ sind doch schwer zu ersetzen. Wir vermissen sie sehr.

Die Berliner VVN-BdA ist schon länger in den Sozialen Medien präsent. Inwiefern habt ihr diese Präsenz auch für eure Aktivitäten zum 75. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus eingesetzt und inwieweit habt ihr dort im Vergleich zu früheren Jahren eine veränderte Resonanz bemerkt?

Haben wir! Unsere Twitter-, Facebook- und Instagram-Accounts haben bundesweit sehr viel höhere Zugriffszahlen gehabt und die Inhalte sind wesentlich stärker geteilt und weitergereicht worden. Gerade bei den dezentralen Gedenkaktionen zum 8. Mai und den Befreiungsfeierlichkeiten haben Bilder bzw. die Dokumentation mit Fotos eine immense Rolle gespielt. Das Smartphone draufhalten ist mittlerweile in allen Altersstufen weit verbreitet.

Hunderte, ja tausende kleine dezentrale Events sind dokumentiert und über die Sozialen Medien verbreitet worden. Dabei waren auch die Interpretationen und erläuternde Texte viel diverser als in den vergangenen Jahren. Das war eine gute Erfahrung und hat tolle Partizipationsmöglichkeiten eröffnet, auch gerade in Bezug auf unsere stark gestiegene Mitgliederzahl. In dieser Hinsicht hat uns das Berliner Finanzamt mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit unseres Bundesverbandes stark „geholfen“, eine ganz wichtige Sache – unsere „Neuen“ konnten sofort loslegen.

**Die Pandemie
hat die Zivil-
gesellschaft
um den 8. Mai
also nicht
lahmgelegt.**

Wichtig waren auch unsere Petitionen zum 8. Mai und gegen den Entzug der Gemeinnützigkeit. Wir haben gelernt, dass dies gute niederschwellige Möglichkeiten sind, sich antifaschistisch zu artikulieren und solidarisch zu zeigen. Überdies sind sie auch ein tolles Kommunikationsmittel: Viele Unterstützer:innen hinterlassen ja auch ihre Kontaktdaten und wollen auf dem Laufenden gehalten werden.

Deshalb ist unsere Arbeit, nämlich die Erinnerung unauflöslich mit dem Schwur von Buchenwald und auch der Warnung Primo Levis zu verbinden, also keinen Schlussstrich unter die deutschen Verbrechen zu ziehen, so wichtig.

In dem schon erwähnten offenen Brief an den Senat fordert ihr u.a., dass der 8. Mai ein Feiertag bleiben soll. Was plant ihr für das Jahr 2021? Werdet ihr z.B. ausgefallene Veranstaltungen nachholen?

Auf den zentralen Aspekt unseres offenen Briefes an die Berliner Abgeordneten und die rot-rot-grüne Regierung, nämlich den 8. Mai in Berlin nicht nur einmalig 2020 zu einem offiziellen und arbeitsfreien Feiertag zu machen und damit in der ehemaligen Hauptstadt des nationalsozialistischen Terrors eine bundesweite Vorreiterrolle zu übernehmen, haben wir keinerlei Reaktion erhalten. Sollte die Koalition wiedergewählt werden, hat sie ja die Chance nachzuzulegen. Der 8. Mai

2023 ist ein Montag, das wäre ein schönes langes Wochenende. Wir bleiben dran und werden das auch zu einem Wahlprüfstein machen. Berlin hat sicherlich Platz für einen weiteren Feiertag, da könnten sich die jetzigen und auch die folgenden Parlamentarier:innen und Regierungen z.B. Bayern zum Vorbild nehmen. So sehr wir es begrüßen, dass der 8. März, der internationale Frauenkampftag, nun offizieller Feiertag ist, desto mehr möchten wir daran erinnern, dass dies ein rot-rot-grüner Kompromiss war. Die Diskussion um den 8. Mai muss und wird weitergeführt werden, würde doch ohne die Befreiung vom Faschismus am 8. März heute eher der Tag der deutschen Mutter begangen werden.

Die Pandemie-Situation hat sich leider noch nicht entscheidend entschärft. Wir werden also 2021 ähnlich wie 2020 verfahren. Und das wird mit den Erfahrungen des vergangenen Jahres sicherlich noch besser klappen. Zusätzlich werden wir aber am 22. Juni mit einer öffentlichen Veranstaltung auf dem Bebelplatz, der ist schön groß, an den 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion erinnern. Von der Bundesregierung und dem offiziellen Berlin ist da sicherlich wenig zu erwarten.

Seht ihr in der notgedrungenen „Digitalisierung“ der Erinnerungskultur im Jahr 2020 auch ein Potenzial, das für zukünftiges gedenkpolitisches Engagement genutzt werden kann?

Kurze Antwort – ja. Wie viele andere, haben wir einiges gelernt. Hinzu kommt ja auch, dass unsere Gründer:innengeneration mittlerweile fast komplett verstorben ist und wir für uns daher neue Formate entwickeln müssen. Die „Zeitzeug:innen“ fehlen. Andererseits gibt es mit der zweiten und dritten Generation und jenen, die z.B. noch Überlebende und Widerstandskämpfer:innen kennengelernt haben, ganz „analog“ Zeug:innen der Zeitzeug:innen.

Im Jahr 2020 hat der Berliner VVN-BdA auch Proteste auf der Straße gegen Versammlungen von Pandemiegegner_innen organisiert. Dort waren u.a. eine kontinuierliche begriffliche Gleichsetzung der Verordnungen zur Eindämmung der Coronapandemie mit dem „Ermächtigungsgesetz“ oder die bagatellisierende Aneignung der Verfolgungsgeschichte von Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus durch die Verwendung von „Judensternen“ zu beobachten. Begonnen hatte 2020 mit einer Auseinandersetzung um die Teilnahme der AfD am Gedenken zum 27. Januar in Marzahn.

Was bedeuten diese Entwicklungen für eure Arbeit, wie begegnet ihr diesen Herausforderungen, was ist nötig und welches Fazit zieht ihr aus diesem Jahr insgesamt?

Dass auf diesen Demonstrationen die Forderung und Hoffnung, aus der Geschichte zu lernen, auf so pervertierte und geschichtsfälschende Art und Weise umgesetzt wird, ist bestürzend und alarmierend. Deshalb ist unsere Arbeit, nämlich die Erinnerung unauflöslich mit dem Schwur von Buchenwald und auch der Warnung Primo Levis zu verbinden, also keinen Schlusstrich unter die deutschen Verbrechen zu ziehen, so wichtig.

Die AfD hat die Erinnerung und das oft ritualisierte Gedenken entdeckt, um einerseits ihre Version der deutschen Geschichte mit dem Holocaust als „Fliegenschiss“ und andererseits einen ausgehöhlten Demokratiebegriff, sie seien eine ganz normale, weil vielfach gewählte Partei, zu popularisieren. Deshalb versuch(t)en sie ganz ungeniert, an den Gedenkveranstaltungen auf dem Parkfriedhof in Marzahn teilzunehmen. Sie seien als BVV-Fraktion und Abgeordnete schließlich offiziell eingeladen worden. Der Interpretation von der AfD als einer demokratischen Partei und des Widerspruchs gegen deren Teilnahme als antidemokratisch folgten bedauerlicherweise dann auch die Vertreter:innen der dortigen Bezirksverordnetenversammlung (BVV) als Ausrichter:innen der Gedenkveranstaltungen zum 27. Januar. Als Antifaschist:innen die Teilnahme der AfDler:innen 2019 vereitelten, waren sie, auch nach einhelliger Meinung der BVV-Vertreter:innen, die angeblichen „Störenfriede“. Der Forderung aus unserem offenen Brief im Vorfeld, unterstützt von zahlreichen Überlebenden des NS, die Partei der Antisemit:innen und Faschist:innen doch bitte auszuladen, wurde auch im folgenden Jahr nicht stattgegeben. Stattdessen eskortierte ein massives Polizeiaufgebot inklusive Hundestaffel die AfD zum „Gedenken“. Der Bezeichnung der AfD (in diesem Fall als Zeug:in vor Gericht) von antifaschistischen Protestierenden als „Störer:innen“ folgten übrigens auch die Berliner Staatsanwaltschaft und das Amtsgericht. Der Geschäftsführer der Berliner VVN-BdA wurde als „Rädelsführer“ der antifaschistischen Proteste zu einer Geldstrafe von 1.500 Euro verurteilt.

Auch vor diesem Hintergrund muss es nicht wundern, dass sich Pandemieleugner:innen wahlweise als Anne Frank oder Sophie Scholl gerieren und sich mit Opfern der Shoa gleichsetzen, während sie gleichzeitig zusammen mit Neonazis gegen ein neues „Ermächtigungsgesetz“

demonstrieren. Auch hier hat sich ein Begriff von Demokratie und „Volkswillen“ durchgesetzt, der den durchaus antifaschistischen und humanistischen Grundtenor des Grundgesetzes ausklammert.

Genau diesen einzufordern, war und bleibt eine der zentralen Aufgaben der VVN-BdA und deshalb haben wir uns von Anfang an auf die mühsame und nicht ganz risikofreie Arbeit eingelassen, uns an den Protesten gegen die Pandemieleugner:innen, unter denen sich übrigens auch viele AfDler:innen tummeln, zu beteiligen.

An der Politik und der Gesellschaft liegt es, die Demokratie mit Inhalten zu füllen, z. B. den 8. Mai zum Feiertag zu machen, die letzten noch lebenden Opfer des Faschismus und ihre Nachfahren zu entschädigen, die Definition von Demokratie nicht dem Verfassungsschutz zu überlassen und endlich die Naziterrorserie in Neukölln aufzuklären und zu beenden. Das wäre eine Interpretation von Demokratie und Geschichte, die sich die AfD und Pandemieleugner:innen nicht so einfach aneignen könnten. Dafür werden wir kämpfen. Zuletzt: Wer will, kann uns gratulieren. Zumindest ab 2019 hat die Bundesvereinigung der VVN-BdA nach einer großartigen Solidaritätswelle ihre Gemeinnützigkeit zurückerhalten. ◀

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/BdA) ist ein überparteilicher Zusammenschluss von Verfolgten des Naziregimes, Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern, Antifaschistinnen und Antifaschisten aller Generationen. Der Name signalisiert das Besondere der VVN-BdA: die Gleichzeitigkeit, Begegnung und Gemeinsamkeit der Generationen. Sie reicht von Frauen und Männern, die den Nazis von Anfang an widerstanden, von überlebenden Häftlingen von Auschwitz, Buchenwald und Ravensbrück, bis hin zur jüngsten Generation, die heute in der VVN-BdA mitarbeitet. Sie stehen gemeinsam für antifaschistische Kontinuität: für Lernen aus der Vergangenheit; für die Vision einer antifaschistischen Zukunft; für eine Welt ohne Rassismus, Nazismus und Militarismus, ohne Ausgrenzung, ohne Faschismus und Krieg.

318 3. OKTOBER 2020 BERLIN-HOHENSCHÖNHAUSEN: Gegen 13.00 Uhr wird der Geschäftsführer der Deutschen Journalist*innen Union, der die Demonstration der neonazistischen Partei „III. Weg“ in der Ribnitzer Straße beobachtet, von einem Sympathisanten als „Scheiß Antifa“ beschimpft, mit der Faust ins Gesicht geschlagen und verletzt. Der Täter flüchtet auf einem Fahrrad. Zeug*innen beobachten den Angriff. Neues Deutschland 05.10.2020, ReachOut

319 3. OKTOBER 2020, BERLIN-MARZAHN, S-BAHN: Am Abend werden mehrere Antifaschist*innen, die zuvor gegen einen Neonaziaufmarsch in Hohenschönhausen demonstriert haben, in der S-Bahn von zwei Neonazis angegriffen und geschlagen. Auf dem S-Bahnhof Springpfuhl werden die Antifaschist*innen weiter angegriffen, bis die Polizei eingreift. Register Marzahn-Hellersdorf

320 5. OKTOBER 2020 BERLIN-REINICKENDORF: Eine Frau wird in einem Supermarkt von einer Frau aus antimuslimischer Motivation beleidigt und mit dem Einkaufswagen angefahren. Die Begleiterin der Angreiferin beleidigt und bedroht die Frau. Inssan e.V.

321 5. OKTOBER 2020 BERLIN-TREPTOW: Gegen 12.10 Uhr wird eine 46-jährige Frau, die auf der Wildenbruchstraße mit dem Fahrrad unterwegs ist, von einem 15-jährigen Jugendlichen rassistisch beleidigt, bespuckt, vom Fahrrad gestoßen. Auf dem Boden liegend tritt ihr der 15-Jährige in den Bauch. Polizei Berlin 14.01.2021

322 7. OKTOBER 2020 BERLIN-KÖPENICK, TRAMLINIE 68: Eine Frau wird in Grünau in der Tram der Linie 68 von einem Mann, der keine Maske trägt und sich selbst als „Nazi“ bezeichnet, massiv bedroht. Ein Mann, der eingreift, wird auch massiv bedroht. Der Straßenbahnfahrer hält an, öffnet die Türen und fordert den Angreifer auf, die Bahn zu verlassen. Der Fahrer hat die Polizei alarmiert und setzt die Fahrt nicht fort. Register Treptow-Köpenick

323 7. OKTOBER 2020 BERLIN-MARZAHN: Eine 29-jährige Frau wird gegen 11.25 Uhr vor einem Supermarkt in der Allee der Kosmonauten von einer 63-jährigen Frau aus antimuslimischer Motivation beleidigt und am Hinterkopf gepackt. Der 29-Jährigen wird ins Gesicht gefasst und sie wird gekratzt. Die Angreiferin versucht, ihr das Kopftuch herunterzureißen. Polizei Berlin 11.11.2020

324 9. OKTOBER 2020 BERLIN-KÖPENICK: Eine Kindergruppe wird gegen 16.40 Uhr in der Mahlower Straße von einem unbekanntem Mann mit einem Fahrrad verfolgt und rassistisch beleidigt. Ein Kind wird von dem Unbekannten mit dem Fahrrad angefahren. Polizei Berlin 11.11.2020

325 10. OKTOBER 2020 BERLIN-LICHTENBERG, TRAMHALTESTELLE: Gegen 11.30 Uhr wird eine 22-jährige Frau, die mit zwei Kindern an einer Tramhaltestelle am Anton-Saefkow-Platz steht, von einem unbekanntem Täter rassistisch beleidigt und mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin 11.11.2020

326 13. OKTOBER 2020 BERLIN-TIERGARTEN: Ein 31-jähriger Mann wird gegen 4.40 Uhr vor einem Hotel in der Paulstraße von einem unbekanntem Mann aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt, mit

dem Knie ins Gesicht gestoßen und verletzt. Polizei Berlin 13.10.2020, queer.de

327 16. OKTOBER 2020 BERLIN-SCHÖNEBERG: Gegen 0.30 Uhr wird eine 41-jährige Transperson in der Bülow- Ecke Frobenstraße aus einem Auto heraus, das mit vier Personen besetzt ist, mit einem Abschlepphaken und einem Pflasterstein beworfen. Sie wird am Rücken getroffen. Polizei Berlin 16.10.2020, queer.de

328 19. OKTOBER 2020 BERLIN-NEUKÖLLN: Zwei Männer im Alter von 74 und 86 Jahren werden gegen 11.45 Uhr von einem 52-jährigen Mann in der Zadekstraße aus antiziganistischer Motivation beleidigt, mit Fäusten geschlagen und verletzt. Als der 86-Jährige stürzt, versucht der Angreifer ihn mit seinem Rollator zu schlagen. Polizei Berlin 20.10.2020, Berliner Morgenpost 20.10.2020

329 20. OKTOBER 2020 BERLIN-WILMERSDORF: Gegen 13.05 Uhr wird eine 31-jährige Frau auf einem Parkplatz in der Eislebener Straße von einem 57-jährigen Autofahrer rassistisch beleidigt. Die 31-Jährige kann durch einen Sprung zur Seite verhindern, von dem PKW angefahren zu werden. Polizei Berlin 14.01.2021

330 20. OKTOBER 2020 BERLIN-PANKOW: Zwei Jugendliche im Alter von 14 und 13 Jahren werden gegen 16.00 Uhr auf einem Spielplatz im Obernburger Weg aus einer Gruppe von drei unbekanntem Tätern heraus aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt. Die Jugendlichen werden von der Gruppe verfolgt und einer von ihnen wird mit einem Gegenstand geschlagen. Zeug*innen greifen ein und verhindern, dass die Jugendlichen mit einem Baseballschläger geschlagen werden. Polizei Berlin 11.11.2020

331 23. OKTOBER 2020 BERLIN-WEDDING: Eine armenische Familie erhält einen Brief mit Morddrohungen, unterzeichnet mit: „Die Grauen Wölfe.“ Register Mitte

332 24. OKTOBER 2020 BERLIN-LICHTENBERG: Gegen 22.20 Uhr wird eine 49-jährige Frau, die von einem 26-jährigen Mann begleitet wird, auf der Lichtenberger Brücke von einem 35-jährigen Mann aus antimuslimischer Motivation beleidigt. Der 26-Jährige wird von dem 35-Jährigen mit einem spitzen Gegenstand an der Schläfe verletzt. Polizei Berlin 11.11.2020

333 26. OKTOBER 2020 BERLIN-FRIEDRICHSHAIN: Ein Journalist der Sendung ZAPP, der vor dem Kino Kosmos wegen der „Querdenker-Demo arbeitet, wird von Demoteilnehmer*innen umzingelt, gestoßen, bedroht und gegen das Bein getreten. Register Friedrichshain-Kreuzberg

334 9. OKTOBER 2020 BERLIN-SPANDAU, U-BAHNHOF HASELHORST: Einer 28-jährigen Frau wird auf dem U-Bahnhof Haselhorst aus antimuslimischer Motivation von einem unbekanntem Täter das Kopftuch von hinten heruntergerissen. Polizei Berlin 11.11.2020

335 29. OKTOBER 2020 BERLIN-SPANDAU: Ein 41-jähriger Mann wird gegen 16.50 Uhr in einem Friseurgeschäft in der Schönwalder Straße von einem 27-jährigen Mann aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt und mit der Faust auf den Kopf geschlagen. Polizei Berlin 25.02.2021

336 1. NOVEMBER 2020 BERLIN-NEUKÖLLN: Gegen 20.15 Uhr wird ein 27-jähr-

358 23. NOVEMBER 2020 BERLIN-FRIEDRICHSHAIN: Ein Radiomoderator wird von einer Person, die sich „Hithelfer88“ nennt und sich den Anti-Antifa Germanen zuordnet, in einer Mail mit dem Tod bedroht. Register Friedrichshain-Kreuzberg 359 28. NOVEMBER 2020 BERLIN-HELLERSDORF: Gegen 20.30 Uhr werden zwei Männer im Alter von 23 und 24 Jahren in der Stendaler Straße von zwei 38 und 41 Jahre alten Männern aus antimuslimischer Motivation beleidigt und mit einem Messer bedroht. Ein Mann wird von einem Kopfstoß getroffen und der andere wird mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin 25.02.2021 360 28. NOVEMBER 2020 BERLIN-TIERGARTEN: Gegen 18.00 Uhr wird ein 29-jähriger Mann in der Waldstraße in Moabit von zwei Männern im Alter von 32 und 65 Jahren aus LGBTIQ*feindlicher Motivation ins Gesicht geschlagen und getreten, mit einem Gürtel gewürgt und verletzt. Polizei Berlin 25.02.2021 361 30. NOVEMBER 2020 BERLIN-CHARLOTTENBURG: Es findet ein antisemitischer Angriff statt. Auf Wunsch der Betroffenen werden keine weiteren Informationen veröffentlicht. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) 362 11. DEZEMBER 2020 BERLIN-KREUZBERG: Eine Frau, die mit ihrem 5-jährigen Kind unterwegs ist, wird gegen 16.50 Uhr aufgrund von Antischarzem Rassismus im Bahnhof Schönleinstraße auf der Rolltreppe von hinten an den Haaren gezogen und getreten. Sie fällt auf die Rolltreppe. Der Angreifer tritt weiter auf sie ein. Passant*innen greifen ein und können weitere Schläge und Tritte verhindern. ReachOut 363 12. DEZEMBER 2020 BERLIN-TREPTOW: Am Nachmittag wird ein Mann von drei Männern im Treptower Park rassistisch beleidigt und angegriffen. Dem Betroffenen wird dabei mit einem Schlagring ins Gesicht geschlagen. Register Treptow-Köpenick 364 12. DEZEMBER 2020 BERLIN-FRIEDRICHSHAIN: Eine Frau wird vor dem Ringcenter von einer Teilnehmerin einer sogenannten „Friedenskundgebung“, die auch von extrem rechten Querdenken-Gruppierungen unterstützt wird, bedrängt und gestoßen. Register Friedrichshain-Kreuzberg 365 14. DEZEMBER 2020 BERLIN-FRIEDRICHSHAIN: Eine Frau wird von einem Busfahrer antimuslimisch und mit Corona-Bezug beleidigt und mit dem Ellenbogen zu Boden gestoßen. Der Busfahrer verweigert ihr den Ausstieg. Die Frau ruft die Polizei. Inssan e.V. 366 14. DEZEMBER 2020 BERLIN-PANKOW: Nach 14.00 Uhr wird ein 32-jähriger Mann von einem Busfahrer der Linie 154 rassistisch und antimuslimisch beleidigt und mit dem Ellenbogen gegen die Brust gestoßen. Tagesspiegel 17.12.2020 367 14. DEZEMBER 2020 BERLIN-MARZAHN: Ein 28-jähriger Paketzusteller wird gegen 14.30 Uhr in einem Hausflur in der Trusetaler Straße von einem Mieter rassistisch beleidigt und gestoßen. Dem Schlag mit einem Schlüsselbund gegen den Kopf kann der 28-Jährige ausweichen. Polizei Berlin 25.02.2021 368 18. DEZEMBER 2020 BERLIN-MITTE, U-BAHNLINIE 2: Eine Frau wird in der U-Bahn der Linie 2

von einer unbekanntenen Frau aus antisemitischer Motivation beleidigt und bedroht. Nachdem die Unbekannte ausgestiegen ist, geht sie zu der Frau, fixiert sie durch die Scheibe und spuckt sie an. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) 369 18. DEZEMBER 2020 BERLIN-SCHÖNEBERG: Ein 25-jähriger Sicherheitsmitarbeiter eines Supermarktes am Nollendorfplatz wird gegen 19.15 Uhr von einer 55-jährigen Kundin, die keinen Mund-Nasen-Schutz trägt, rassistisch beleidigt und angespuckt. Polizei Berlin 19.12.2020 370 19. DEZEMBER 2020 BERLIN-ZEHLENDORF: Gegen 20.35 Uhr wird ein 34-jähriger Mann in der Breisgauer Straße von einem 17-jährigen Jugendlichen aus LGBTIQ*feindlicher Motivation beleidigt, von hinten angegriffen und mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin 25.02.2021 371 21. DEZEMBER 2020 BERLIN-SCHÖNEBERG: Gegen 0.30 Uhr wird ein Fenster einer Wohnung, die zur jüdischen Gemeinde gehört, in der Passauer Straße von unbekanntenen Täter*innen eingeworfen. Verletzt wird niemand. Polizei Berlin 07.01.2021 372 21. DEZEMBER 2020 BERLIN-SPANDAU: Eine Mitarbeiterin der Berliner Tafel in der Schönwalder Straße wird gegen 14.30 Uhr von einer 69-jährigen Frau gestoßen. Die 69-Jährige äußert rassistische Parolen und wirft Flyer der extrem rechten Kleinpartei „Der III. Weg“ in den Raum. Polizei Berlin 25.02.2021 ↩

Die Statistiken zu den Angriffen befinden sich auf den Seiten 53-57.

Literatur

Literaturhinweise

Amjahid, Mohamed: Der weiße Fleck. Eine Anleitung zu antirassistischem Denken, Piper, München 2021.

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V. (apabiz)/Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin: „Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945“ (Katalog zur Ausstellung), Berlin 2019.

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V. (apabiz): magazine [Publikationsreihe zur Analyse extrem rechter Printpublikationen], Berlin 2018: kostenloser Download unter: <http://www.apabiz.de/publikationen/magazine>. Aktuelle Ausgaben: Rechte Männerbilder (2020), Europa und die Rechte (2020) Rechte Geschichtspolitik (2021).

Aydemir, Fatma/Yaghoobifarah, Hengameh (Hrsg.): Eure Heimat ist unser Albtraum, Ullstein Taschenbuch Verlag, Berlin 2020

Bender, Justus: Der Plan. Strategie und Kalkül des Rechtsterrorismus, Matthes & Seitz, Berlin 2021.

Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (Bundesverband RIAS): Antisemitismus im Kontext der Covid-19-Pandemie, Berlin 2020: kostenloser Download unter: <http://report-antisemitism.de/publications>.

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V./Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V./Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR): Druck aus den Parlamenten. Zum Umgang sozialer Organisationen mit Anfeindungen von rechts, Berlin 2020: kostenloser Download unter: <http://mbr-berlin.de/publikationen-und-handreichungen>.

Dissens - Institut für Bildung und Forschung e.V.: Dieses Genderdings! Grundlagen zu Geschlecht, Familie, Sexualität und Liebe – Eine pädagogische Handreichung, Berlin 2018: kostenloser Download unter: <http://www.dissens.de/materialien>.

Debus, Katharina/Laumann, Vivien (Hg.): Pädagogik geschlechtlicher, amouröser und sexueller Vielfalt. Zwischen Sensibilisierung und Empowerment. Berlin 2018: kostenloser Download unter: <http://www.dissens.de/materialien>.

Doppe, Blu/Holtermann, Daniel (Hg.): Vom Scheitern, Zweifeln und Ändern. Kritische Reflexionen von Männlichkeiten, Unrast Verlag, Münster 2021.

European Centre for Press and Media Freedom (ECPMF)/Media Freedom Rapid Response: Feindbild Journalist 5, Leipzig 2021: kostenloser Download unter: <http://www.ecpmf.eu/feindbild-journalist-2021>.

Glöckner, Olaf/Jikeli, Günther (Hg.): Das neue Unbehagen. Antisemitismus in Deutschland heute, OLMS, Reihe: Haskala – Wissenschaftliche Abhandlungen, 53, Hildesheim 2019.

Hasters, Alice: Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen aber wissen sollten, Hanserblau, München 2019.

Hagen, Nikolaus/Neuburger, Tobias (Hg.): Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft. Theoretische Überlegungen, Empirische Fallbeispiele, Pädagogische Praxis, Innsbruck University Press, Innsbruck 2020: kostenloser Download unter: http://www.uibk.ac.at/iup/buch_pdfs/antisemitismus/10.1520399106-015-4.pdf.

Holtermann, Daniel (Hg.): Boys in Care – Jungen stärken bei der Wahl eines sozialen, erzieherischen oder pflegerischen Berufs. Handbuch für pädagogische Fachkräfte, die mit Jungen* arbeiten, und Multiplikator*innen für geschlechterreflektierte Berufsorientierung. Berlin 2019: kostenloser Download unter: <http://www.dissens.de/materialien>.

Kleffner, Heike/Meisner, Matthias (Hg.): Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde, Herder-Verlag, Freiburg 2021.

Laabs, Dirk: Staatsfeinde in Uniform. Wie militante Rechte unsere Institutionen unterwandern, Ullstein Buchverlage, Berlin 2021.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)/Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (Bundesverband RIAS): Auch digital sichere Räume schaffen – Online-Veranstaltungen und -Seminare schützen. Zum Umgang mit rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Störungen und Bedrohungen, Berlin 2020: kostenloser Download unter: <http://mbr-berlin.de/publikationen-und-handreichungen>.

NSU-Watch: Aufklären und einmischen. Der NSU Komplex und der Münchener Prozess, Verbrecher Verlag, Berlin 2020.

ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus: „Wir leben mit den Familien...“ Erfahrungen von Integrationslots_innen in Berlin, Berlin 2018: kostenloser Download unter: <http://www.reachoutberlin.de>.

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin): Antisemitische Vorfälle 2020, Berlin 2021: kostenloser Download unter: <http://report-antisemitism.de/publications>.

Reporter ohne Grenzen: Jahresbilanz 2020, Berlin 2021: kostenloser Download unter: <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/jahresbilanz/2020>.

Steinhagen, Martin: Rechter Terror. Der Mord an Walter Lübcke und die Strategie der Gewalt, Rowohlt Verlag, Hamburg 2021.

Steinke, Ronen: Terror gegen Juden. Wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt. Berlin Verlag, Berlin/München 2020.

Täubrich, Malte / Jansen, Malte: Unterstützende Lebenswelten gegen sexualisierte Gewalt schaffen. Ein Praxishandbuch für Fachkräfte, die mit Jungen* arbeiten, Berlin 2019: kostenloser Download unter: <http://www.dissens.de/materialien>.

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG)/ Bundesverband Mobile Beratung e.V. (BMB): Bedroht zu werden, gehört NICHT zum Mandat. Ein Ratgeber zum Umgang mit rechten Bedrohungen und Angriffen für Kommunalpolitiker*innen und Kommunalverwaltung, Berlin 2021: kostenloser Download unter: <http://verband-brg.de/publikationen>.

Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V./ Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR): Handlungssicher im digitalen Raum – Betreuung von Social-Media-Kanälen. Wie umgehen mit rechten Kampagnen und Bedrohungen? Berlin 2020: kostenloser Download unter: <http://mbr-berlin.de/publikationen-und-handreichungen>.

Adressen

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V. (apabiz)

Lausitzer Straße 10, 10999 Berlin
Tel.: +49 (0)30 611 62 49
Mail: mail@apabiz.de
Web: www.apabiz.de, www.rechtsausen.berlin

Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V. (Berliner VVN-BdA)

Magdalenstraße 19, 10365 Berlin
Tel.: +49 (0)30 555 79 08 30
Mail: berlin@vvn-bda.de
Web: www.berlin.vvn-bda.de

Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in verdi Berlin-Brandenburg

Jörg Reichel (dju-Landesgeschäftsführer)
Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin
Tel.: +49 (0)30 88 66 54 08
Mail: joerg.reichel@verdi.de
Web: www.dju-berlinbb.verdi.de

Dissens – Institut für Bildung und Forschung e.V.

Allee der Kosmonauten 67, 12681 Berlin
Tel.: +49 (0)30 54 98 75 30
Mail: institut@dissens.de
Web: www.dissens.de

Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR)

Alt-Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin
Web: www.hwr-berlin.de

Ich bin kein Virus – Dein Netzwerk gegen Rassismus

c/o korientation e.V.
Rosenthaler Str. 39, 10178 Berlin
Web: www.ichbinkeinvirus.org

Initiative Schwarze Menschen in Deutschland Bund e.V. (ISD)

ISD Bund Büro Berlin
Lausitzer Straße 10, 10999 Berlin
Tel.: +49 (0)30 69 81 70 21
Mail: isdbund@isdonline.de
Web: www.isdonline.de

Internationales Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung e.V. (IIBSA)

Michaelkirchstraße 7, 10179 Berlin
Tel.: +49 (0)30 55 21 49 34
Mail: mail@iibsa.org
Web: www.iibsa.org

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

c/o Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK)
Gleimstraße 31, 10437 Berlin
Tel.: +49 (0)30 817 98 58 10
Mail: info@mbr-berlin.de
Web: www.mbr-berlin.de

NSU Watch „Aufklären & Einmischen / Aydınlatma ve Müdahale“

c/o apabiz e.V.
Lausitzerstr. 10, 10999 Berlin
Tel.: +49 (0)30 611 62 49
Mail: mail@nsu-watch.info
Web: www.nsu-watch.info

ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Beusselstraße 35 (Hinterhaus 4. Etage)
10553 Berlin
Tel.: +49 (0)30 69 56 83 39
Mail: info@reachoutberlin.de
Web: www.reachoutberlin.de

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

c/o Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK)
Gleimstraße 31, 10437 Berlin
Tel.: +49 (0)30 817 98 58 18
Mail: info@report-antisemitism.de
Web: www.report-antisemitism.de

Seebrücke Lokalgruppe Berlin

Mail: berlin-info@seebruecke.org
Web: www.seebruecke.org

Impressum

Berliner Zustände 2020

Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Die Texte sowie alle bisherigen Ausgaben von Berliner Zustände – Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind unter schattenbericht.de und mbr-berlin.de abrufbar.

Herausgeber*innen:

MBR & apabiz im Juli 2021

ViSdP:

Christoph Schulze
c/o apabiz e.V.
Lausitzer Straße 10
10999 Berlin

Druck:

Drucktechnik Altona

Gestaltung & Infografiken:

Lisa Klinkenberg (Büro Achso)

Lektorat:

Birgit Lulay

Schutzgebühr: 4 Euro

Weitergabe oder Vervielfältigung:

Diese Publikation wird Ihnen für nicht kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgebenden und Autor*innen behalten sich das Urheberrecht vor. Für den Inhalt der jeweiligen Artikel sind die Autor*innen verantwortlich und geben nicht zwingend die Meinung der Redaktion wider. Um neben der weiblichen und männlichen auch alle anderen Geschlechtsidentitäten zu berücksichtigen, mitzudenken und zu adressieren, erfolgt eine gendergerechte Schreibweise. Die Form wurde den Autor*innen überlassen und kann daher differieren. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur in nicht kommerziellen Publikationen bei Angabe der Quelle sowie Zusendung eines Belegexemplars gestattet. Bitte senden Sie uns im Fall der Weiterverarbeitung in anderen Dokumenten vorab die entsprechenden Passagen zur Autorisierung zu. Die Weiterverwendung in kommerziellen, insbesondere mehrwertsteuerpflichtigen Publikationen bedarf der

ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung der Herausgebenden und Autor*innen. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte keine Gewähr übernehmen. Entsprechende Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf mögliche Rechtsverstöße überprüft. Rechtswidrige Inhalte waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist jedoch ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir entsprechende Links umgehend entfernen. Die herausgebenden Projekte werden gefördert durch das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung.

Hrsg:
apabiz &
MBR
07/2021



**Ein Schattenbericht
über Rechtsextremismus,
Rassismus
und Antisemitismus**

